

Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

7/8 | 2016 € 10,80



Willkommen

Integration nachgefragt

Golineh Atai | Thomas Meyer | Armin Thurnher |
Aiman Mazyek · Wolfgang Thierse | Klaus J. Bade |
Christoph Zöpel | Hans-Joachim Schabedoth |
Peter Brandt | Jutta Scherrer u.a.

Außerdem:
Russland

Europaweit hat eine neue politische Konfliktlinie begonnen, sich in die Gesellschaften einzufressen: völkisch kulturalistische Identitätspolitik, mal verbrämt, mal offen, wird zur politischen Markscheide. Die »Identitären« wollen die ethnische und/oder kulturelle Reinheit ihres Volkes verteidigen, die es in Wahrheit nirgends je gab. Aber sie haben furchterregenden Erfolg fast überall in Europa, auch in Ländern wie den skandinavischen, die so lange ein Hort von Toleranz und gesellschaftlicher Solidarität waren. Sogar in Frankreich, der Wiege der modernen politischen Kultur mit ihren Menschenrechten und ihrem Vernunftkult, sind sie zur Macht geworden. Und in Ungarn, wo sie vor zwei Jahrzehnten als Außenseiter begannen und nun das Land regieren und umprägen mit der simplen Parole: »Wir, die Unsrigen, die wahren Ungarn« gegen die »unserer Art Fremden«, die von außen Geprägten. Identitätspolitik steht immer gegen kulturell-politischen Pluralismus, Liberalität und Demokratie. Die Sozialdemokraten sind dort nicht deshalb zur Splitterpartei geschrumpft, weil sie zu marktkritisch oder zu egalitär waren, sondern weil sie als Fremdlinge im eigenen Land gebrandmarkt wurden, von denen die »Unsrigen« we sensmäßig nichts Gutes erwarten können. Sie werden versuchen, diesen Weg in allen Ländern Europas entschlossen zu gehen. Gewiss, dieser Aufstieg hat viele Ursachen. Dazu gehören aber immer auch die Erfahrung oder die Angst vor sozialer Degradierung und Verunsicherung sowie ein gewachsenes Maß an politischem Vertrauensverlust. Wobei diese beiden eng verschwistert sind. Wo soziale Sicherheit und Gerechtigkeit verloren gingen, gefühlt oder real, bis ins Herz der bürgerlichen Mitte, massiv aber auch in ehemaligen Hochburgen der Arbeiterparteien, wachsen die Angst vor dem »Fremden« und der Vertrauensverlust in die etablierten Parteien. Die meisten davon Betroffenen sehen keineswegs von Haus aus im dumpfen Rechtspopulismus die Lösung ihrer Probleme. Um sie für die Demokratie neu zu gewinnen, ist eine glaubhafte Politik für soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und Zuversicht sowie ihre aktive Einbeziehung in das Gespräch über die Zukunft des Landes der beste Weg.



Der Erfolg einer umsichtigen Politik der »doppelten Integration«, gleichzeitig der hiesigen Prekären und der neuen Flüchtlinge, ist ein Grundstein der dafür geeigneten Politik. Das ist das eine Thema dieser Ausgabe. Das andere handelt von Russland, diesmal konzentriert auf den Aufstieg der Identitätspolitik auch dort mit ihren Folgen für den Verlust von Offenheit, Liberalität und Demokratie – das ist nicht das ganze Bild, aber eine bedrohlich wachsende Facette.

Thomas Meyer



Folgen Sie uns auf: www.facebook.com/NeueGesellschaftFrankfurterHefte

Die NG/FH können Sie auch digital lesen, im Browser oder als App: für PC/Mac, Smartphone und Tablet.

1 Editorial

Zur Sache

4 *Ein neues sozialdemokratisches Jahrhundert*
Thomas Meyer

Aktuelles

9 *Österreichs Strategien gegen die neuen Rechten*
Armin Thurnher

13 *Nuit debout: mehr als nur Chaoten*
Rudolf Walther

16 *Deutschland driftet weiter auseinander*
Philipp Fink/Heinrich Tiemann

Integration nachgefragt

21 *Religion und Integration*
Gespräch zwischen Aiman Mazyek und Wolfgang Thierse

31 *Eine Einwanderungsverfassung für die Einwanderungsgesellschaft*
Farhad Dilmaghani/
Johannes Eichenhofer

34 *Empowerment und Netzwerkbildung*
Uwe Hunger/ Leonie Koning/
Stefan Metzger

38 *Am Ende der Kette*
Rainer Gries

43 *Für eine Weltflüchtlingskonferenz*
Klaus J. Bade

46 *Staat und Religion in der Flüchtlingsdebatte*
Kurt Graulich

51 *Integration in der Schule*
Nora von Dewitz/Mona Massumi

Russland auf autoritärem Pfad

54 *Wladimir Putin – Lehrmeister der russischen Geschichte*
Jutta Scherrer

57 *Verflechtungen ohne Wandel: Russlandpolitik in der Krise*
Felix Hett

60 *Eine Reise nach Tschetschenien*
Golineh Atai

65 *Der kalte Wind der Sowjetzeit*
Alexander Wolf

Sozialdemokratie. Eine Debatte

- 70** *Die Zukunft der industriellen Produktion*
Christoph Zöpel
-
- 74** *Die Zuspitzung muss jetzt beginnen*
Hans-Joachim Schabedoth

Zur Diskussion

- 77** *Zum Umgang mit Rechtspopulismus – eine Replik*
Ralf Melzer

online/offline

- 83** *Wer ist noch echt? Chatbots auf dem Vormarsch*
Aleksandra Sowa

Zeit für Geschichte

- 87** *Jürgen Kocka: Die Entstehung der Arbeiterklasse in Deutschland*
Peter Brandt

Kultur und Kritik

- 90** *Handke, Thoreau, Stevenson und James*
Hanjo Kesting
-
- 93** *Zum 90. Geburtstag von Hermann Kant*
Wolf Scheller
-
- 95** *Migration in Zeiten der Globalisierung*
Ulrich Baron
-
- 100** *Welt-Flucht*
Carl Wilhelm Macke
-
- 103** *Neue Bücher zum »Boomkontinent« Afrika*
Andreas Eckert
-
- 106** *Über Kulturbegriff und -politik der AfD*
Kristina Volke
-
- 109** *Kultur, Kultur...*
Johano Strasser
-
- 112** Impressum

Thomas Meyer

Ein neues sozialdemokratisches Jahrhundert

Im Jahr 1983 stellte Ralf Dahrendorf seine berühmte Diagnose: Das sozialdemokratische Jahrhundert sei zu Ende, die Ziele dieser Bewegung seien fast alle erreicht, sie prägten nun nicht nur die Gesellschaft, sondern sogar die Programme aller Parteien sowie das öffentliche Bewusstsein. Soweit die Analyse. Und dann folgte das liberale Wunschdenken: mit diesem Erfolg hätten sich die sozialdemokratischen Parteien historisch überflüssig gemacht. Für die Analyse sprach damals viel. Aber heute, nach drei Jahrzehnten neoliberaler Dominanz, ist sie komplett überholt. Ausmaß und Gründe dafür müssen die sozialdemokratischen Parteien jetzt sorgfältig analysieren, wenn ihnen ein echter Neuanfang gelingen soll.

Zu vieles in den Schlüsselbereichen der sozialen Sicherheit, der Einbettung der Märkte, der Parität der Tarifparteien, der sozialen Mobilität, der Chancengleichheit, des Aufstiegsversprechens für alle – all dessen, was Dahrendorfs Befund einst rechtfertigte –, hat sich seither in die Gegenrichtung entwickelt. Die neoliberale Ära ermöglichte eine »stille Revolution« unterhalb der Wahrnehmungsschwelle der medialen Öffentlichkeit, die vieles vom ehemals sozialdemokratischen Bild der Wirklichkeit verwischt oder unkenntlich gemacht hat (Wolfgang Streeck). Das Gesamtbild hat sich gewandelt: Die Klassengesellschaft und die Dominanz der Märkte sind zurückgekehrt, die soziale Marktwirtschaft ist zu einem neuartigen »Feudalkapitalismus« (Sighard Neckel) mutiert. Das Leistungsprinzip und das Aufstiegsversprechen, fundamentale Legitimationsnormen unserer Gesellschaft, werden auf ganzer Linie demontiert, weil an der Spitze obszöne Ungleichheit der Einkommen und Vermögen ohne nachweisliche Leistungen zur Gewohnheit werden, dabei die prekäre Arbeit wächst und gleichzeitig nicht nur die Aufstiegschancen schwinden, sondern großen Gruppen der Abstieg droht: Wir sind zur »Abstiegsgesellschaft« geworden (Oliver Nachtwey). Kein Wunder, wenn massenhafter Vertrauensverlust in die Zukunft und die Parteien, denen die Hoffnungen galten, nun um sich greift. In dieser Stimmung gedeiht der Rechtspopulismus prächtig.

Die einst prägnanten Züge der sozialen Demokratie im Bild der Gegenwartsgesellschaft sind verblasst und das Versprechen, für das die Sozialdemokratie heute steht, ist nicht deutlich genug konturiert, um glaubhaft zu machen, dass sie das Blatt wieder wenden kann – und will.

Das Polanyische Pendel

Hat sich die sozialdemokratische Partei, die doch schon so viel erreicht hatte, also letztlich bloß als ein Sisyphus entpuppt? Ja, das auch, aber gewiss nicht nur, denn der

große Stein des Fortschritts ist nicht zur Talsohle zurückgerollt. Und außerdem: Auch ein sozialer Sisyphus wäre im demokratischen Kapitalismus immer ein echter Held. Jedenfalls in Zeiten, in denen nach der plausiblen These des großen Wirtschaftshistorikers Karl Polanyi der soziale Fortschritt nur möglich ist als eine Pendelbewegung zwischen Perioden der sozialen Eindämmung des Kapitalismus und Perioden, in denen dieser einen Teil des an die Gesellschaft verlorenen Terrains durch Expansion zurückgewinnt – bis dann die Schmerzgrenze erreicht ist, welche die gesellschaftlichen Energien seiner Eindämmung aufs Neue mobilisieren. Jetzt ist das Pendel zu weit ins Unsoziale zurückgeschwungen und die Sozialdemokratie selbst hat ihm das mitunter erleichtert (Finanzmarktliberalisierung), manchmal aber durchaus erschwert (Mindestlohn). Der neue sozialdemokratische Bundeskanzler Österreichs, Christian Kern, hat recht: Die Zeit ist jetzt reif für ein neues sozialdemokratisches Jahrhundert.

Auch sehr lange Listen mit (guten) Einzelreformen greifen daher heute zu kurz. Es geht um eine historische Schubumkehr des Polanyischen Pendels auf ganzer Linie. Das Problem sind ja nicht allein die teils krassen und weiter wachsenden Ungleichheiten in vielen Einzelbereichen – die ganze Struktur und Dynamik der Gesellschaft ist aus dem Gleichgewicht geraten. Die politisch-ökonomische Grundkonstellation selbst hat sich im Kern verändert und produziert systematisch antisoziale Effekte. Die Dominanz der unterregulierten Finanzmärkte ist ungebrochen (Martin Hellwig), die Soziale Marktwirtschaft ist demontiert (Marcel Fratzscher) und von einem leistungsfremden »Patrimonial-Kapitalismus« (Thomas Picketty) bzw. einem »Feudalkapitalismus« (Sighard Neckel) abgelöst. Zentrale Elemente der einstigen Wirtschaftsdemokratie wurden geschwächt (wie Neokorporatismus, Stakeholder-Kontrolle des Managements, flächendeckende Tarifpartnerschaft mit starken Gewerkschaften, effektive Marktregulation). Im finanzmarktgesteuerten Shareholder-Kapitalismus genehmigt sich eine selbstrekrutierende Führungskaste Fantasiegehälter und Luxusrenten ohne realen Leistungsbezug, derweil für ein rundes Drittel der Arbeiter und Angestellten die Jobs und Lebenslagen immer prekärer geworden sind und ihre Arbeitseinkommen stagnieren oder gar sinken. Im Kern dieser Struktur entsteht eine ungesunde Dynamik mit vielen problematischen Folgen, von der Kurzfristorientierung der Investitionsentscheidungen, über die Einengungen des Blickfelds im Unternehmen auf die Shareholderinteressen bis hin zur wuchernden Ungleichheit, der fortwährenden Widerlegung der Leistungsnorm und einer die Sozialkultur des ganze Landes verderbenden Enthemmung von Teilen der Eliten.

Eine neue strategische Reformpolitik muss im Kern dieser Dynamik ansetzen und von dort aus Klassengesellschaft und Feudalkapitalismus überwinden, vor allem mittels Stärkung der Wirtschaftsdemokratie (Stakeholder-Prinzip, Tarifpartnerschaft, Regulierung), effektiver Finanzmarktkontrolle sowie einer symbolisch und real wirkungsvollen Grenze für die zulässige Relation von Durchschnitts- und Höchstehinkommen (durch Gesetz oder Steuern). Ins Zentrum substanzieller Reformen müssen sodann die von Karl Lauterbach als Wurzeln einer »Zweiklassengesellschaft« bloßgelegten verfestigten Ungleichheiten in den Fundamentalbereichen

des menschlichen Lebens treten (Gesundheitszustand, Lebenserwartung, Bildung, Medizin, Pflege und Renten).

Offene Fragen

Das Gegenbild zum neuen Kapitalismus hat einen Doppelnamen: Soziale Demokratie und Gute Gesellschaft. Der Grundriss für beide braucht nicht neu erfunden zu werden, aber seine Koordinaten bedürfen der Aktualisierung. Zu den skizzierten Hauptelementen einer sozialen Schubumkehr müssen plausible Antworten auf offene Fragen hinzukommen, die heute gestellt werden.

Gleichheit oder Freiheit? Die sozialdemokratische Kommunikation von Gleichheit ist meist defensiv und daher verwundbar. Ihr Gleichheitsbegriff ist seinem Wesen nach aber durch Freiheit bestimmt. Es geht dabei um die gleiche Freiheit aller. Und zwar die ganze Freiheit mitsamt den materiellen Voraussetzungen eines selbstbestimmten Lebens. Nur gleiche Freiheit ist realisierte Freiheit für alle. Ohne ein hohes Maß an Gleichheit der realen Lebenschancen, eine Art soziale Sockelgleichheit (Bildung, Einkommen, soziale Sicherheit, inklusionssichernde Renten, öffentliche Güter in der Lebenswelt) degeneriert Freiheit zum Privileg der Vermögenden und bleibt ein leeres Versprechen für die Vielen. Ungleichheiten, die darüber hinaus verbleiben, stehen Gerechtigkeit und Solidarität nur dann nicht im Weg, wenn sie aus allen zugutekommenden Leistungen resultieren. Wirkliche Freiheit ist Gleichfreiheit (Étienne Balibar). Ein Begriff wie gemacht für die Offensive.

Die digitale Revolution hat die Gesellschaft schon tief verändert mit empfindlichen Folgen für Arbeit, Freiheit und Privatheit. Zum Guten gewendet und sozial beherrscht wird ihre weitere Entwicklung nur, wenn ihre Baupläne nicht länger von den selbstverliebten libertären Utopikern des Silicon Valley entworfen und exekutiert werden, die meinen, etwas so Engstirniges und Gestriges wie soziale Grenzen und demokratische Regeln ignorieren zu dürfen. Die allen Hervorbringungen dieser hemdsärmelig gemanagten Zukunftswerkstätten innewohnende Zwiespältigkeit muss durch entschieden gestaltende Politik in soziale Bahnen gelenkt werden, die der ganzen Gesellschaft und dem Freiheitsverlangen all ihrer Bürger gerecht werden. Das Internet ist ein öffentlicher Raum und muss als solcher mit den Mitteln demokratischer Politik gestaltet werden. Die digitale Umgestaltung der Arbeitswelt bedarf, wie im alten Erfolgsmodell Deutschland, eines erneuerten Zusammenwirkens von Unternehmen, Gewerkschaften und Staat.

Globale Gerechtigkeit ist, nach dem Urteil vor allem intellektueller und zivilgesellschaftlicher Kritiker, das Hauptdefizit der Linken und speziell der SPD. Das trifft für die öffentliche Kommunikation wohl zu, aber sehr viel weniger für die Programmatik. Letztere enthält sehr weitreichende und aktuelle Wegweisungen zu diesem Thema. Als einzelnes Land könnte die Bundesrepublik, wenn sie wenigstens den selbstgesetzten Vorgaben folgte, mit ihrer Entwicklungspolitik (das Ziel sind 0,7 % des BSP) vor allem bei kluger Schwerpunktsetzung viel mehr bewirken, aber der Hauptfaktor für eine gerechtere Welt besteht in einer koordinierten Politik der reichen Länder zur Erreichung der Millenniumsziele der UN, die im Wesentlichen auf eine Durchsetzung der sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte der UN-Charta setzen,

wozu sich diese Länder ja gemeinsam verpflichtet haben. Dazu gehört eine faire Handelspolitik, die den eigenen Spielraum der ärmeren Länder für Entwicklung nicht länger verengt. Die korrupten Eliten und räuberischen Clans, die vielerorts ihre Länder ausrauben, können, sofern sie nicht flagrante Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen, von außen oft nur indirekt bekämpft werden, wenn an der richtigen Stelle angesetzt wird. Krasses Staatsversagen, Armut, Not, Repression, Lebensgefahr und dann Massenflucht, also globale Ungleichheit in ihrer schlimmsten Form, sind häufig die Folge von innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Macht, Anerkennung und Chancen. Aber erst eine Außenwelt, die teils aus Desinteresse, teils aus Eigennutz nicht alles unternimmt, um Aggressoren den Zugang zu Waffen und Finanzen zu verwehren, sondern oft das Gegenteil bewirkt, verschärft solche fatalen Krisen und lässt sie zum Dauerzustand werden. Globale Gleichheitspolitik der SPD verlangt daher Einwirkung auf die eigene Regierung, damit diese in ihrer Entwicklungspolitik sowie beim Waffenhandel diese Zusammenhänge strikt beherzigt und in allen internationalen Institutionen und Organisationen massiv in diese Richtung wirkt. Dass das alles sehr direkt auch in unserem eigenen Interesse ist, hat die Brandt-Kommission schon 1979, also vor über 30 Jahren bewiesen, die Flüchtlingsströme der Gegenwart machen es nun auf dramatische Weise augenfällig.

Die neue Identitätspolitik. Wohl am schwersten zu meistern ist für Sozialdemokraten die in ganz Europa heraufziehende Drohung einer neuen identitätspolitischen Konfliktlinie quer durch die Gesellschaft. Ihre Entschärfung dürfte für eine längere Zeit über die Stellung und Größenordnung der sozialdemokratischen Parteien in Europa mitentscheiden. Es geht dabei nicht nur um den Rechtsradikalismus, den hart zu bekämpfen immer schon sozialdemokratische Politik war. Aber die Fähigkeit der populistischen *Identitätsunternehmer* zur emotionalen und politischen Mobilisierung steht dem Kampf der Ideologien des 20. Jahrhunderts kaum nach. Sie können – fürs Erste – auf die Unterstützung vieler demokratischer Protestwähler hoffen, die keineswegs teilen, was in ihren Programmen steht. Sie experimentieren mit einem ideologisch zugerüsteten völkischen Fundamentalismus, der stellvertretend für andere, eigentlich soziale und politische Konflikte steht, diese aber kulturalistisch verschiebt und auflädt. Nur solange die sozialen Konflikte ungelöst bleiben, die ihr Kulturalismus zu überwinden vorgibt, können sie als breite Protestbewegung Erfolg haben. Ungleichheit, Abstiegsangst und Unsicherheit spielen dabei eine Schlüsselrolle. Die Traditionspartei der kleinen Leute wäre schlecht beraten, überließe sie jenes Drittel der Gesellschaft der AfD, das schon durch die eingefahrene Ungerechtigkeit und Unsicherheit entfremdet und nun durch die Fehler der Merkelschen Flüchtlings- und Integrationspolitik in Panik zu geraten droht. Der demokratische Cordon sanitaire darf nicht zwischen diesen Menschen und der »anständigen« Gesellschaft errichtet werden, sondern zwischen den nur Verunsicherten und den harten Aktivisten des organisierten Rechtspopulismus. Wolfgang Thierse hat diese Grenzlinie treffend markiert: »Wir ahnen, dass die deutsche Gesellschaft sich durch Migration stark verändern wird (...). Individuelle und kollektive Identitäten werden infrage gestellt – durch das Fremde und die Fremden, die uns nahegerückt sind – durch die Globalisierung, die offenen Grenzen, die Zuwanderer, die Flüchtlinge. Die

Folgen sind Entheimungsängste, die sich in der Mobilisierung von Vorurteilen, in Wut und aggressivem Protest ausdrücken.«

Wer der Gesellschaft eine tiefgreifende Wandlung in Aussicht stellt, ohne zu sagen, wohin die Reise gehen soll und ob die Wegstrecke gesichert ist, nährt solche Ängste. Wenn öffentliche Debatten, verlässliche Wegweisungen und sichere Leitplanken für den großen Wandel ausbleiben, kann der Voluntarismus einer Kanzlerin, die noch vor wenigen Jahren das »absolute Scheitern des Multikulturalismus« verkündete, kein Vertrauen schaffen. Die wachsenden Ängste um Arbeitsplätze, soziale Sicherheit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und die vertraute Lebenswelt, die ja nicht gänzlich unreal sind, müssen ernst genommen und zum Ausgangspunkt für eine sozialdemokratische Alternative gemacht werden, die der Identitätspolitik der Populisten mit überzeugenden Taten das Wasser abgräbt. Die Vorstellung geht in die Irre, die moderne Welt zerfalle nun mal in naturwüchsige Kommunitaristen, die keine Fremden ins Land lassen wollen, und weltreisenden Kosmopoliten, die die Tore nicht weit genug aufreißen können. Beides sind irreal konstruierte Extrempunkte eines Kontinuums. Zwischen den künstlichen Extremen finden sich die wirklichen Menschen mit ihren unterschiedlichen Haltungen, die meisten sind solche, die Heimat wollen, aber sich gegen Zuwanderung nicht völlig verschließen, wenn diese überschaubar ist, und Weltbürger, die für das »Fremde« weit offen sind, aber doch einen Ort auf der Welt wollen, an dem sie zuhause sein können. Sozialdemokratisch ist die Annäherung beider durch eine überzeugende Flüchtlings- und Integrationspolitik. Dazu gehört der von Sigmar Gabriel vorgeschlagene große Solidarpakt, der die von den Identitätspolitikern gewünschte Konfliktlinie zwischen dem unteren Drittel der einheimischen Bevölkerung und den Flüchtlingen überwindet (doppelte Integration) und eine umfassende Integrationspolitik (Schule, Ausbildung, Wohnen, Sprache, Landeskunde).

Aufgaben genug für ein neues sozialdemokratisches Jahrhundert. Es muss gleich beginnen, bevor es dafür zu spät ist.



Thomas Meyer

ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der NG/FH. In der edition suhrkamp erschien 2015: *Die Unbelangbaren: Wie politische Journalisten mitregieren.*

thomas.meyer@fes.de

Armin Thurnher

New Deal in der Alpenrepublik

Österreichs Strategien gegen die neuen Rechten

Was ist nur in Österreich los? Flüchtlingskrise, Europäische Krise, Finanzkrise, Wahlsieg der Rechten in ganz Europa – wem fällt da international noch auf, wenn die Sozialdemokratie in einem österreichischen Bundesland, im Burgenland, ihr selbst-aufgelegtes Tabu bricht und mit der rechten FPÖ koalitiert? So geschehen am 6. Juni 2015. In Oberösterreich folgte der Regierungspartner ÖVP im Herbst darauf diesem Beispiel. Schon stellte FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache vor den Wiener Gemeinderatswahlen unter dem Eindruck der Flüchtlingswelle des Sommers 2015 die Machtfrage. Er wollte Bürgermeister werden. Aber das »Rote Wien« tickt anders. Bürgermeister Michael Häupl wich nicht von seiner Haltung ab, Flüchtlingen zu helfen, wenn diese in Not in der österreichischen Hauptstadt ankommen. Er gewann im Oktober 2015 die Wahl, was heutzutage heißt, er hielt die Verluste in Grenzen, verlor »nur« 5 % und erreichte 39,6 %. Die FPÖ erreichte weniger als sie erhoffte, gewann »nur« 5 % und erreichte immerhin 30,8 %.

Und sie stellt in Wien den bedeutungslosen, aber dem Titel nach ansehnlichen Vizebürgermeister. Besetzt hat sie das Amt mit Johann Gudenus, dem Sohn des rechtsextremen Ex-FPÖ-Abgeordneten John Gudenus. »Jetzt heißt es ›Knüppel aus dem Sack!‹ für alle Asylbetrüger, Verbrecher, illegalen Ausländer, kriminellen Islamisten und linken Schreier!«, erklärte der Sohn 2013. Jetzt werde »aufgeräumt in unserem schönen Österreich«. Den Vater schloss die Partei aus, als er öffentlich im KZ Mauthausen die Existenz von Gaskammern bezweifelte, den Sohn, einen eifrigen Russlandbesucher, machte sie zum Vizebürgermeister.

Verschwimmender Rand zum Rechtsextremismus ja, Antisemitismus nein, lautet bei der FPÖ seit ein paar Jahren die Parole. Man bemüht sich um Kontakte zu Israel. Auch der rechte Kandidat zur Wahl des Bundespräsidenten, Norbert Hofer, war schon dort gewesen. Er hatte die Knesset besucht, was er gern im TV berichtete, allerdings ohne offizielle Einladung, was er unterschlug.

Die Wahl zum Bundespräsidenten löste im europäischen Westen viel politische Besorgnis über Österreich aus, denn dieser Norbert Hofer siegte im ersten Wahlgang mit 35,1 % der Stimmen vor dem zuerst favorisierten, als Unabhängigen angetretenen Alexander Van der Bellen, dem ehemaligen Bundessprecher der GRÜNEN (21,3 %). Dabei übersahen die Besorgten, dass die FPÖ in der Sonntagsfrage seit einiger Zeit mit deutlich über 30 % führt, weit vor den beiden Regierungsparteien, die abgeschlagen zwischen 20 und 25 % herumkriechen. Auch die Ergebnisse der Regionalwahlen re-

flektieren – siehe oben – diesen Trend. Hofers Wahl in Runde eins erschien wie ein Fanal. Was bei den Einschätzungen selten berücksichtigt wurde: Die beiden Regierungsparteien verzichteten aufgrund interner Eifersüchteleien oder schierer Indolenz darauf, ihre besten Kandidaten aufzustellen. Hätte die SPÖ Altkanzler Franz Vranitzky aufgestellt und die ÖVP Ex-EU-Landwirtschaftskommissar Franz Fischler, wären weder Hofer noch Van der Bellen in den zweiten Wahlgang gekommen. Der ehrenwerte rote Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Ex-Gewerkschaftsboss, und der ebenso ehrenwerte schwarze Andreas Khol, Ex-Nationalratspräsident, hätten zum Ende ihrer Karriere Besseres verdient gehabt als die kümmerlichen 11,3 und 11,1 %, die auf sie entfielen.

Die unabhängige Verfassungsrichterin Irmgard Griss wurde Dritte. Ihre 18,9 % erklärten zum Teil, wogegen sich der Unmut der Wählerschaft richtet: gegen die Regierungsparteien. Norbert Hofer war ja nicht der strahlende Kandidat der Rechten gewesen, er weigerte sich sogar zuerst zu kandidieren, mit der Begründung, er sei »zu jung«. Seine anfangs sympathisch erscheinende Bescheidenheit erscheint nach seinen zahlreichen kalkulierten Fehlaussagen allerdings in einem anderen Licht.

Das Muster des Knessetbesuches kann noch als harmlos gelten im Vergleich zur Tatsache, dass Hofer seine jahrelange Tätigkeit als NLP- und Crash-Rhetorik-Trainer nicht nur bagatellierte, sondern komplett aus seinem Lebenslauf auf seiner Website strich. Hofer tut nett und bescheiden, er ist aber trainierter Rhetorikprofi, knallharter Ideologe und Autor des Parteiprogramms der FPÖ.

Seine Ansagen, man werde sich noch wundern, was er aus dem Amt des Bundespräsidenten mache, lösten zu Recht Alarm aus. Denn dieses Amt wird in realpolitischer Tradition »sanft« ausgeübt. In der Zweiten Republik waren nur rote und schwarze Bundespräsidenten im Amt. Sie beschränkten sich auf die Rolle des Staatsnotars. Aber in einer autoritären Korrektur der Verfassung war 1929 das Amt mit quasi-diktatorischen Befugnissen ausgestattet worden. Die Sozialdemokraten stimmten nur zu, weil ihnen die Christlichsozialen die direkte Volkswahl zugestanden; in der Zweiten Republik nahm man die Reform von 1929 nie zurück.

Der Präsident ernennt seither Kanzler und Minister, er kann sie auch entlassen. Er führt den Oberbefehl über das Heer, bestimmt die Außenpolitik mit, kann Notverordnungen erlassen und er entscheidet, wen er mit der Regierungsbildung betraut. Hofers Ziel war klar: Würde die Regierung zum Beispiel keine ihm passende Ausländerpolitik machen, würde er für andere Verhältnisse sorgen. Dass dieser Mann im ersten Wahlgang 35 % der Stimmen erhielt, hat aber nicht nur mit seinen Plänen zu tun, es waren auch Protestmotive gegen die Regierungsparteien dabei: Ihre Stammwähler wählten gar nicht oder Hofer.

Bei der Kundgebung zum 1. Mai in Wien, einer machtvollen Demonstration, die die Wiener SPÖ noch immer mit traditionell rund 100.000 Teilnehmern feiert, entlud sich der Unmut der Menge auch über dieses schwache Wahlergebnis gegen Kanzler Werner Faymann. Dessen von einer Werbeagentur ausgeheckter Slogan, »genug gestritten«, mit dem er seine erste Wahl 2008 gewann, nachdem er per Intrige Kanzler und Parteigenossen Alfred Gusenbauer ausgeschaltet hatte, erwies sich als nicht mehr tragfähig.

Eine Zeitlang funktionierte Faymanns Konzept, mit dem Boulevard zu regieren, den er mit fetten Inseratenbudgets alimentierte, auf Dauer richtete es Übles an. Es setzte die Zerstörung der österreichischen Öffentlichkeit fort, in der nur Teile des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und wenig relevante Zeitungen ansatzweise Funktionen einer kritischen Öffentlichkeit ausüben, und stärkte das medial-boulevardeske Milieu, das den Aufstieg der Rechten offen fördert – und sei es nur als probates Mittel, von der Regierung Inserate abzupressen.

»Werner, der Kurs stimmt«, stand auf vorgedruckten Täfelchen, die Faymanns letzte Getreue brav bei der Kundgebung am 1. Mai trugen. Die Frage, welcher Kurs denn gemeint sie, erübrigte sich. Die *Kronen Zeitung*, das Unheilsblatt des Landes, hatte zuvor den Kanzler per wiederholter Schlagzeilen auf Beibehaltung des »harten Asylkurses« eingeschworen.

Rest an Glaubwürdigkeit verspielt

Faymann war im Sommer 2015, beeindruckt von der Welle der Hilfsbereitschaft, für einen menschenfreundlichen Umgang mit Flüchtlingen eingetreten, ohne dies weiter politisch zu argumentieren und ohne den Ausnahmecharakter der Notfallsituation herauszustellen. Er hingte sich wie gewohnt an die Rockzipfel Angela Merkels, eine politische Verhaltensweise, die in Österreich zwar eingeübt ist und bewährt scheint, sich als öffentliches Verhalten jedoch geringer Popularität erfreut. Von Ausländern lassen wir uns nämlich nichts, von den Deutschen gar nichts sagen. Und von der EU schon überhaupt nichts.

Als Faymann unter dem Druck schlechter Umfrageergebnisse und auf Initiative des jungen, karrierebewussten konservativen Außenministers Sebastian Kurz auf einen harten Kurs gegenüber Asylbewerbern umschaltete, empörte das nicht nur die Parteilinke, es kostete ihn auch den Rest an Glaubwürdigkeit. Nach dem Ergebnis des ersten Wahlgangs wussten alle außer Faymann und seinem treuen, ihm an politischer Intelligenz weit überlegenen Intimus Josef Ostermayer, der aber selbst nie die Nachfolge anstrebte, dass es vorbei war.

Am Ende bewies Faymann Entschlussfähigkeit. Er trat rasch zurück und machte den Weg für seinen Nachfolger Christian Kern frei. Der kam zwar als Generaldirektor vom verstaatlichten Bahnunternehmen ÖBB, hatte seine Karriere aber in der SPÖ begonnen und erwies sich sogleich als politisch artikulatio[n]sfähiger als sein Vorgänger. Zudem sind Manager in Österreich prinzipiell angesehener als die einigermaßen diskreditierten Politiker.

Kerns Bestellung trug dazu bei, dass Van der Bellen überraschend die Stichwahl gegen Hofer gewann, mit knapp 30.000 Stimmen Vorsprung ergab sich sein Sieg erst nach Auszählung der Briefwahlstimmen am Montag nach der Wahl.

Kern stellte einen New Deal in den Raum, was sich aber in der öffentlichen Wahrnehmung darauf reduzierte, dass er vom Koalitionspartner einen neuen Stil verlangte. Deal oder Stil, Hauptsache neu, könnte man meinen. Aber die an einer Koalition mit den Freiheitlichen interessierte Fraktion des christlich-konservativen Koalitionspartners ÖVP und der für die Parteiführung vorgesehene erst 30 Jahre alte Außenminister Sebastian Kurz versuchten, Kern gleich einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Mit ein paar Aktionen alten Stils führten sie vor, dass der Wille zum Streit in der Koalition über dem Willen des ÖVP-Parteivorsitzenden Reinhold Mitterlehner zur Zusammenarbeit steht. Selbstbeschädigungen werden in Kauf genommen, man kann nicht miteinander und scheint doch aneinander gefesselt. Das Ergebnis ist Lähmung. Motto: Der Vater ist selbst schuld, dass mir die Hände erfrieren, hätte er mir neue Handschuhe gekauft!

Ja, die Regierungsparteien sind selbst schuld, dass die Freiheitlichen in Umfragen an der Spitze liegen und bei allen Wahlen zulegen. Die FPÖ nutzt jede Gelegenheit, das »System« zu diskreditieren. Ihr neuester Coup ist eine Anfechtung der Bundespräsidentenwahl. Das Hauptargument: Briefwahlkuverts seien frühzeitig geöffnet worden. Einer relativ neuen Gesetzesverordnung zufolge dürfen diese erst am Montag nach der Wahl geöffnet werden, in vielen Fällen dürfte das schon am Sonntag geschehen sein; Beisitzer der FPÖ bezeugten ausnahmslos die ordnungsgemäße Auszählung; später änderten sie ihre Meinung.

Der Verfassungsgerichtshof muss nun die Substanz der Anfechtung überprüfen, möglicherweise muss die Stichwahl wiederholt werden, auch wenn das Ergebnis von den vorzeitigen Öffnungen offenbar nicht berührt wird. Die FPÖ hat ihr Ziel so oder so erreicht, »das System« ist wieder einmal diskreditiert.

Steht Österreich damit an der Schwelle zur Orbánisierung? Gewiss nicht. Die Wahl zeigte trotz des keineswegs überzeugenden Kandidaten Van der Bellen, dass die extreme Rechte zwar populär ist, dass die Wählerschaft aber davor zurückschreckt, sie in Spitzenämtern zu sehen. Der Rechten ist es allerdings gelungen, im Doppelspiel mit dem Boulevard und mit einer virtuoson Handhabung der Sozialen Medien so etwas wie die kulturlose Hegemonie zu erlangen.

Wann immer gegen sie ein Abwehrdiskurs geführt wird, leben sie auf. Einen glaubwürdigen politischen Diskurs zu führen, haben die Regierungsparteien jedoch verlernt. Christian Kern, der neue Kanzler, scheint entschlossen, das zu ändern; jedenfalls ist seine Rede vom New Deal und seine Ablehnung europäischer Austeritätspolitik so zu verstehen. Sein Konkurrent Sebastian Kurz hingegen setzt auf gnadenlosen Populismus und versucht, mit stets neuen Forderungen nach Verschärfungen in der Asylfrage zu punkten.

Die Lage der österreichischen Wirtschaft ist nicht schlecht. Der soziale Friede scheint ungefährdet. Das Ausländerthema schafft wie überall unproportional Unruhe vor allem dort, wo es am wenigsten spürbar ist. Mit dem Wahlsieg Van der Bellens, der sich auch nach einer Anfechtung durch die schlechten rechten Verlierer gewiss wiederholen lässt, mit den neuen Exponenten der Regierungsparten und einer nicht zu unterschätzenden Zivilgesellschaft sind hinreichend Unterschiede zu Ungarn und Polen gegeben, die zumindest die Perspektive eröffnen, dass Österreich nicht so schnell von der Rechten regiert werden wird.



Armin Thurnher

ist Herausgeber und Chefredakteur der Wiener Wochenzeitung *Falter*. Zuletzt erschien bei Zsolnay sein Buch *Republik ohne Würde*. Im Herbst erscheint ebendort sein neuer Essay *Ach Österreich*.

thurnher@falter.at

Rudolf Walther

Nuit debout: mehr als nur Chaoten

Verglichen mit den 70er Jahren hat sich auch in Frankreich die Zahl der Streiktage reduziert: von knapp 300 auf 100 je 1.000 Arbeitstage. Aber die Streikbereitschaft liegt immer noch 25 Mal höher als in der Bundesrepublik. Jede Regierung der V. Republik hat es fertiggebracht, mit Gesetzesvorhaben die Gewerkschaften zu provozieren und deren Mitglieder für Streiks zu mobilisieren. Die Regierung von Manuel Valls legte im Februar eine Arbeitsrechtsreform vor, die die Gewerkschaften als Kampfansage verstanden. Mit ihr sollte der unübersichtliche Dschungel des »Code du travail« mit seinen 3.600 Seiten etwas gelichtet werden. Das Arbeitsrecht sollte »vereinfacht«, der »soziale Dialog« gestärkt und vieles »liberalisiert« werden. Die »Reform« trug die Handschrift des altliberalen Wirtschaftsministers Emmanuel Macron und gehorchte den marktüblichen Imperativen: »Mehr arbeiten! Weniger verdienen! Leichter kündigen!« Die Gewerkschaften verstanden dies von Anfang an nicht als Einladung zum »sozialen Dialog« und zu mehr »Sozialpartnerschaft« nach deutschem Modell und antworteten mit Protesten und Streiks.

Im Gefolge dieser Proteste bildete sich im März die soziale Bewegung »Nuit debout« (»Nachts aufstehen« oder frei übersetzt: »Wir waren eingeschlafen und werden erwachen«). Sie wurde zum Flächenbrand, der sich auf 170 Städte ausbreitete, in denen zumeist junge Menschen über ein anderes Leben in einer gerechteren Gesellschaft diskutieren. Auch die Streikbewegung gegen die Arbeitsrechtsreform gewann an Schwung. Am 31. März demonstrierten im ganzen Land weit über eine Million Menschen, obwohl die drei großen Gewerkschaftsverbände gespalten waren: der Allgemeine Gewerkschaftsbund CGT und die sogenannte Force Ouvrière (CGT-FO) streikten dafür, dass das Vorhaben zurückgezogen werde, die CFDT (Französischer Demokratischer Gewerkschaftsbund) wollte die Gesetzesvorlage punktuell abschwächen. Die Unternehmerverbände heizten den Konflikt an, indem sie Maximalforderungen stellten, die weit über die Vorlage der Regierung hinausgingen. Die Regierung spielte zunächst auf Zeit, war aber zu Konzessionen bereit, als sich in vielen Städten eine Kooperation zwischen streikenden Gewerkschaften und den Protestierenden von »Nuit debout« anbahnte.

Eine Initialzündung für die breite Protestbewegung bildeten außer der Arbeitsrechtsreform zwei satirische und kritische Dokumentarfilme: *Merci patron!* von François Rufin und *Demain* von Cyril Dion und Mélanie Laurent, die in über 250 Kinos liefen und allein zwischen dem 24. Februar und dem 14. April von rund zwei Millionen Menschen besucht wurden. Ruffins erklärtes Ziel war es, »die Menschen aus dem privaten Unter-sich-sein« herauszulocken. *Le Monde* sprach von der Geburt des »Cinéma de combat« (»Kampfkino«). Zunächst in Paris, dann auch schnell in weiteren Städten, entstand eine bunte Protestbewegung von 18- bis 30-jährigen Arbeitslosen, Gewerkschaftern, Gymnasiasten, Praktikanten, Studenten, prekär Beschäftigten, Wohnungslosen, Hausbesetzern, militanten Ökologen. Sie waren vereint in der Gewissheit, dass keine Partei, keine Wahl, kein Parlament, keine Regierung und schon gar nicht die kapitalistische Wirtschafts- und Sozialordnung ihnen einen Zugang zu

Bildung, Beruf, Wohnung und Lebenschancen verschaffen wolle und könne. Sie protestierten, wie *Le Monde* es am 8. April 2016 bündig formulierte, gegen »das prekäre Leben und eine unbewohnbare Welt«. Der Soziologe und Ökonom Frédéric Lordon formulierte das Ziel der Bewegung provokativ mit dem Satz »Wir fordern nichts«, d.h., »Wir fordern alles« – einen totalen Systemwechsel. Allenfalls am Rande der Bewegung wird die Paradoxie registriert, dass dieser abstrakte Universalismus in eine politische Sackgasse führt, in die noch alle Minderheiten gerieten, wenn sie beanspruchten, alle zu vertreten und für alles zu sprechen.

Unter dem Namen »Nuit debout« versammeln sich die Protestierenden nach der Großdemonstration gegen die Arbeitsrecht»reform« vom 31. März abends auf der Pariser Place de la République Nacht für Nacht und feiern, tanzen und diskutieren bis in die Morgenstunden. Viele übernachteten in Zelten und improvisierten Unterständen. Gegen die Vermutung, es handle sich um ein bloßes Strohfeder, das bald von selbst erlöschen werde, bekräftigten die Demonstranten ihren politischen Willen mit einer neuen Zeitmessung: Sie zählten nach dem erfolgreichen Märztag einfach weiter, und so wurde aus dem 5. April der 36. März.

Aneignung des öffentlichen Raums

Die Protestbewegungen in vielen Städten wurden in den französischen Medien aufmerksam verfolgt und diskutiert. Ein Smartphone-Filmer fand mit seinen Kurzfilmen innerhalb weniger Tage 80.000 Follower bzw. Klicks. In den Printmedien kamen die Proteste ebenso auf die Seite eins wie bei Nachrichtensendungen im Fernsehen auf den ersten Platz. Zwar besuchten einzelne Politiker die Place de la République diskret, aber sie fanden keine Führungskräfte, mit denen sie vor die Kameras treten konnten. Die Protestbewegung bewegt sich chaotisch zwischen Diskussionen und Abstimmungen in Vollversammlungen, Arbeitsgruppen und informellen Zirkeln, aber auf jeden Fall ohne wahrnehmbare Hierarchien. Von sich aus lehnt die Protestbewegung jede Anlehnung an Parteien oder gar die Regierung ab und beschränkt sich darauf, sich den öffentlichen Raum wieder anzueignen, nachdem er über Monate im Namen des Ausnahmezustandes von den Ordnungskräften besetzt worden war. Einzig Vertreter der Schülerorganisationen, die rund 100 Gymnasien im ganzen Land blockierten und Mitschüler, Lehrer und Schulleitungen zu Diskussionen zwangen, waren bereit zu einem Gespräch im Erziehungsministerium, das – in bewährter Taktik – durch seine Gesprächsbereitschaft die Wogen glätten und der Blockadewelle den Wind aus den Segeln nehmen wollte.

Die konservative französische Presse, vorab *Le Figaro* des Medien- und Rüstungsunternehmers Serge Dassault, der rund 70 Zeitungen kontrolliert, begann schnell mit einer regelrechten Hetzkampagne gegen »Nuit debout«. Die Bewegung wurde reduziert auf die sehr kleine Minderheit von gewalttätigen Demonstranten, die fortan die Schlagzeilen füllten. Am 22. April unterstellte der Leitartikel des *Figaro* der Bewegung pauschal eine »totalitäre Ideologie«, »Islam-Marxismus«, »Menschenrechtlerum« und »Robespierismus«. Skibrillen, die einige Demonstranten zum Schutz gegen Tränengasangriffe der Polizei tragen, wurden zu »Waffen« erklärt.

Berechenbar war auch die Reaktion führender deutscher Medien. Fast zwei Wochen war die Protestwelle überhaupt kein Thema. Erst am 11. April brach die FAZ das Schweigen unter dem Titel »Wenn das Volk aufwacht«. Der kurze Bericht der Pariser Korrespondentin Michaela Wiegel war ressentimentgeladen und demagogisch. Unter einem Bild, das sechs vermummte und Steine werfende Chaoten bzw. Autonome (französisch »casseur«) zeigt, suggeriert der Bericht, die Protestbewegung argumentiere und agiere nur mit Steinen und Krawall. Tatsache ist, dass es sich bei der polizeibekanntem, rund 300 Jugendliche umfassenden Pariser Gruppierung MILI (»Mouvement inter-luttes indépendant«) um Leute handelt, die jede Demonstration für ihre wirren Ziele zu instrumentalisieren versuchen. Martina Meister, die Korrespondentin für die Berliner *WELT* und den Zürcher *Tagesanzeiger* nutzte die Proteste für eine platte Gewerkschaftsschelte unter dem Titel »Der letzte Dinosaurier« und stellte sich auf die Seite der Regierung und ihre »Reform«. Christian Wernicke, der Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung*, verniedlichte den politischen Protest zum harmlosen Happening von »französischen Nachtmenschen«. Erst nach zwei Wochen umfangreicher Berichterstattung in den französischen Medien brachten deutsche Medien handwerklich vertretbare Reportagen über die Bewegung, die sich mittlerweile auf das ganze Land ausgebreitete hatte. Allerdings verschwand diese Art Berichterstattung bald wieder und wurde abgelöst von Artikeln über Zusammenstöße zwischen Demonstranten mit der für ihre Brutalität bekannten, kasernierten Spezialpolizei CRS.

Die Bewegung »Nuit debout« fand trotzdem große Resonanz. Überall solidarisierten sich Gruppen vor allem aus dem kulturellen Sektor mit den Pariser Demonstranten von »Théâtre debout«, über »Musée debout« und »Art debout« bis zu »Orchestre debout« und »Bibliothèque debout«. Charlene Dinhut, Programmdirektorin des Centre Pompidou erklärte: »Die Kultureinrichtungen sind nicht ausgenommen von den Fragen, die »Nuit debout« zur Diskussion stellt«.

Angst vor der Instrumentalisierung

Führende französische Intellektuelle, denen sich auch der deutsche Soziologe Wolfgang Streeck anschloss, formulierten in einem Aufruf (*Le Monde* vom 4. Mai 2016) als Ziel von »Nuit debout« eine »Kooperation mit den Gewerkschaften und der Arbeiterklasse«. Die Chefs der beiden großen Gewerkschaftsverbände CGT (Philippe Martinez) und CGT-FO (Jean-Claude Mailly) erklärten: »Wir sind für die Abstimmung der Kämpfe« von Gewerkschaften und »Nuit debout«. Dazu kam es bisher aber nur auf lokaler Ebene, denn die Angst vor der Instrumentalisierung ist wechselseitig sehr groß.

Von konservativer Seite wird die Protestbewegung entweder als »Westentaschenrevolution« (*Le Figaro* vom 27. April 2016) von »militanten Kleinbürgern« (*Le Figaro* vom 21. April 2016) verhöhnt oder dämonisiert: »Nuit debout« – das sind »heute Dutzende angezündeter Autos, geplünderte Geschäfte, beschädigte öffentliche Räume, vertriebene Anwohner«. Einen Höhepunkt erreichte die Kampagne gegen »Nuit debout« nach einem als provokativ empfundenen Besuch des rechts stehenden Philosophen und Akademiemitglieds Alain Finkielkraut auf der Place de la République.

Er wurde beschimpft, beleidigt und von einer vulgären Person sogar bespuckt. Im konservativen Wochenblatt *Le Point* (21. April 2016) verglich der Philosoph Michel Onfray diese widerliche Attacke »mit der auf dem Unterarm eintätowierten Häftlingsnummer der Vorfahren« Finkielkrauts, die als polnische Juden in deutsche Konzentrationslager verschleppt worden waren. Die Spucke deutete Onfray forsch als verwundend »wie ein Messerstich« und »als letzte Warnung vor der Katastrophe«. In seinem weinerlichen Bericht über den Vorfall zog Finkielkraut selbst ähnlich unpassende Register und bezichtigte »die Avantgarde« von »Nuit debout jedes abweichende Denken zu eliminieren, als ob das 20. Jahrhundert nicht stattgefunden hätte« und sprach – in dramatisierender Anspielung auf das Schicksal seiner Vorfahren – von der »Ächtung des Andersseins« und der »Wiedererfindung des Totalitarismus«. Diejenigen, die den Protest für eine kurzlebige, medial inszenierte Bewegung hielten, haben sich getäuscht.



Rudolf Walther

ist Historiker und freier Publizist. Er arbeitet für schweizer und deutsche Zeitungen und lebt in Frankfurt am Main. Unter dem Titel *Aufgreifen, begreifen, angreifen* erscheint im Herbst der fünfte Band der Reihe mit seinen Arbeiten im Oktober-Verlag.

rudolf.walther@t-online.de

Philipp Fink/Heinrich Tiemann

Deutschland driftet weiter auseinander

2015 war erneut ein gutes Jahr für die deutsche Volkswirtschaft. Im Gegensatz zu früheren Wachstumsphasen hat sich seit der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 das deutsche Wachstum zu einer wahren Jobmaschine entwickelt. So gehörte die Arbeitslosenquote von 5,6 % laut EUROSTAT zu den niedrigsten in der EU. 2005 betrug sie dagegen noch 11,7 %. Fragt man allerdings danach, wo die Arbeitsplätze entstanden sind, woher die Wachstumsimpulse stammen und welche Region von der guten Konjunktur profitieren konnte, entsteht ein differenzierteres Bild des Aufschwungs. Denn bei genauerer Betrachtung fällt auf, dass jenseits der glänzenden gesamtwirtschaftlichen Zahlen nicht alle Gegenden gleichermaßen profitiert haben. Die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Regionen, die sogenannten räumlichen Disparitäten, sind groß und haben seit 2009 – trotz der guten Konjunktur – sogar zugenommen. Etliche Gegenden im Osten und Norden des Landes hinken den Boomregionen im Süden und im Westen hinterher. Sie sind zudem nicht in der Lage, sich eigenständig aus dieser Lage zu befreien, und es wird von Jahr zu Jahr schwieriger.

Die von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängten Regionen haben immer mehr Schwierigkeiten bei der Bereitstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ihre Kommunen befinden sich zunehmend in einem Teufelskreis aus Verschuldung, Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit und Abwanderung. Die Bewohner müssen mit einer schlechteren Ausstattung der sozialen und physischen Infrastruktur vor Ort auskommen. Letztendlich schwinden ihre Chancen, erfolgreich am Arbeitsleben

ebenso wie auch an den sozialen und kulturellen Alltagsbeziehungen teilzunehmen. Angesichts dieses Ergebnisses rückt das vom Grundgesetz vorgegebene Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in immer weitere Ferne.

Auch nach einem Vierteljahrhundert Deutsche Einheit ist das Land wirtschaftlich und demografisch immer noch geteilt. Zwar konnten die Kreise in Ostdeutschland von der guten Konjunktur profitieren. In puncto Wirtschaftswachstum, Einkommensentwicklung und Beschäftigung hat sich ihre Lage verbessert. Doch sie leiden immer noch an den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Wiedervereinigung. Denn im Vergleich zu den wirtschaftsstarken Regionen im Süden und im Westen des Landes ist die Bilanz im Osten immer noch unterdurchschnittlich. Zudem haben Kreise in Ostdeutschland nach wie vor mit der Abwanderung junger und gut ausgebildeter Menschen in die Wachstumszentren im Süden und Westen des Landes zu kämpfen. Ausnahmen bilden die Wachstums- und Beschäftigungsinseln Jena, Leipzig und einige Landeshauptstädte. In Summe gilt, dass das seit der Wiedervereinigung bestehende West-Ost-Gefälle im wirtschaftlichen und sozialen Bereich in den vergangenen Jahren wieder größer geworden ist.

Aber nicht nur der Osten wird von den starken Regionen in Süddeutschland abgehängt. Auch Kreise in West- und Norddeutschland haben mit einer hohen Arbeitslosenrate, hoher Kinderarmut und mit steigenden kommunalen Schulden zu kämpfen, die einen eingeschränkten kommunalen Handlungsspielraum und weniger Investitionen nach sich ziehen. So ist neben dem West-Ost-Gefälle auch das Süd-Nord-Gefälle in Deutschland deutlich nachweisbar, wenn auch nicht so stark.

Besonders häufig gehören ländliche Regionen zu den Verlierern, aber nicht nur. Denn auch Städte werden abgehängt. Abgehängte Kreise besitzen eine schlechtere Infrastruktur, es wandern überdurchschnittlich viele Menschen ab und sie nehmen deutlich weniger am Wohlstand teil als Kreise in der Nähe der prosperierenden Metropolräume. Die Nähe zu wirtschaftlich starken Wachstumskernen entscheidet darüber, ob Städte schrumpfen oder Landkreise boomen, mitunter liegen sie sogar geografisch nebeneinander.

Die Wirtschaftskraft gibt die Richtung vor

Ausschlaggebender Faktor für die Disparitäten sind insbesondere Ungleichgewichte in der Wirtschaftskraft der Regionen, die sich beispielsweise in Unterschieden des Bruttoinlandsprodukts zeigen. Die Gewinner-Regionen sind vor allem in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg zu finden. Sie laufen den restlichen Gebieten des Landes in Sachen Wirtschaftskraft und Beschäftigung davon. Sie profitieren von der Zuwanderung aus den anderen Landesteilen, besserer Qualifizierung ihrer Bewohner und einer attraktiveren Infrastruktur für innovative und zumeist exportierende Unternehmen.

Ganz eindeutig zeigt sich die auseinandergehende Schere beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, das 2012 im Westen durchschnittlich um mehr als ein Viertel (26,6 %) höher lag als im Osten. Im Extremfall kann das rund 80.000 Euro pro Erwerbstätigen ausmachen, wie beim Vergleich des bayerischen Ingolstadt (117.800 Euro) mit Eisenach in Thüringen (39.600 Euro). Die Lage am Arbeitsmarkt folgt einem

ähnlichen Muster. Ostdeutschland ist nach wie vor von hoher Arbeitslosigkeit geprägt (10,7%), im Westen und im Norden lag dagegen die Quote bei knapp 6% – Ausreißer fanden sich im Ruhrgebiet (z.B. Duisburg 12,8%, Gelsenkirchen 14,3%) und an der Nordseeküste (Wilhelmshaven 12,3%). In vielen Kreisen Süddeutschlands herrschte dagegen Vollbeschäftigung bei einer Arbeitslosigkeit von weniger als 3%.

Entsprechend können die Bewohner der Gewinner-Regionen bessere Markteinkommen erzielen. Das Haushaltseinkommen lag im Osten um 18% niedriger als im Westen. Deutschlandweit führend ist Heilbronn mit rund 3.300 Euro monatlich. An letzter Stelle steht der Landkreis Vorpommern-Greifswald mit rund 1.350 Euro im Monat. Zu den Verlierern gehören aber auch Kreise aus dem Ruhrgebiet, aus Niedersachsen, aus dem Saarland oder Hessen. Haushalte mit geringen Einkommen sind oftmals angewiesen auf öffentliche Leistungen und haben hohe Schulden. So bestehen in Bezug zum Anteil an Beziehern von Arbeitslosengeld II (ALG II) immer noch sehr deutliche Unterschiede zwischen West und Ost sowie zwischen Nord und Süd. Im Westen haben vor allem kreisfreie Städte (z.B. Mannheim, Ludwigshafen, Kassel, Städte des Ruhrgebiets, Hof, Kaiserslautern, Emden) und die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg hohe Anteile an Erwerbspersonen, die auf die Grundsicherung angewiesen sind. Im Osten ist dies eher ein flächendeckendes Phänomen. Spitzenreiter sind Sachsen-Anhalt (14,6%) und Mecklenburg-Vorpommern (13,9%). Die geringsten ALG II-Quoten von weniger als 3% wiesen 61 von 96 Kreisen in Bayern und 15 von 44 Kreisen in Baden-Württemberg auf.

Schulabbrecherzahlen und Kinderarmut

Problematisch für die Kreise, die mit geringer Wirtschaftskraft, hoher Langzeitarbeitslosigkeit und geringem Einkommen zu kämpfen haben, ist, dass sie zusätzlich hohe Schulabbrecherzahlen und eine hohe Kinderarmut haben. Beide Indikatoren gelten als Frühwarnsignale für die künftige soziale Entwicklung. Denn Schulabbrecher finden nur schwer gut bezahlte Arbeit. Kinder, die in Armut leben, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit als Erwachsene selbst arm zu sein. Bezüglich der Kinderarmut gibt es große regionale Unterschiede. Während im Osten fast flächendeckend jedes fünfte Kind in Armut aufwächst, sind es im Westen vor allem Kinder in kreisfreien Städten, die von Armut betroffen sind. Besonders besorgniserregend ist die Kinderarmut in Städten wie Bremerhaven und Gelsenkirchen mit mehr als 35%. Vor allem in ostdeutschen Kreisen verlassen viele Schüler ohne Abschluss die Schule (Spitzenreiter Mansfeld-Südharz und Altmarkkreis Salzwedel mit jeweils mehr als 15%). Dagegen verzeichneten die Kreise im Westen des Landes Abbrecherquoten von weniger als 10% mit Ausnahme von Dithmarschen in Schleswig-Holstein und der Stadt Pirmasens in Rheinland-Pfalz.

Die Analyse der Disparitäten in ökonomischen, demografischen und infrastrukturellen Bereichen deutet darauf hin, dass es sich um eine sich selbst verstärkende Entwicklung handelt, von der die jeweiligen Regionen meistens in mehreren Bereichen betroffen sind. Die Gewinner-Regionen vornehmlich im Süden stehen immer besser da, während die abgehängten Regionen im Osten und Norden einem zunehmenden Abwärtstrend unterliegen. Der demografische Wandel und seine Auswirkungen

gen wirken als verstärkende Faktoren auf die Strukturen von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Daseinsvorsorge. Insgesamt wird deutlich, dass Kreise mit schwacher wirtschaftlicher Entwicklung, hoher Arbeitslosigkeit und unzureichender Infrastruktur durch Abwanderung und niedrige Geburtenrate zunehmend überaltern. Dort sind viele private Haushalte überschuldet und viele Kinder und Senioren leben in Armut. Deutschland driftet auch bedingt durch die demografische Entwicklung weiter auseinander.

Verschuldete Kommunen im Teufelskreis

Die Ausgaben der Kommunen und ihre Verschuldung sind ein wichtiger Gradmesser für ihre Handlungsfähigkeit und den Grad der Versorgung, den sie ihrer Bevölkerung anbieten können. Trotz guter Steuereinnahmen in den letzten Jahren hat sich die Finanzlage vieler Kommunen zunehmend verschlechtert. Denn kommunale Verschuldung und hohe Kassenkredite spiegeln die prekäre Finanzsituation wider und zeigen, dass insbesondere wirtschaftsschwache Regionen einem Teufelskreis aus fehlenden Einnahmen und steigenden Ausgaben unterliegen, aus dem sie nur schwer ausbrechen können. Es zeigt sich, dass sich in der jetzigen Wachstumsphase die Unterschiede zwischen Kommunen mit entspannter Finanzlage und solchen mit erheblichen Haushaltsdefiziten verstärken.

Hochverschuldete Kommunen waren vor allem in Westdeutschland in Nordrhein-Westfalen mit 2.582 Euro Schulden pro Einwohner, Rheinland-Pfalz mit 2.910 Euro, Saarland mit 3.075 Euro und Hessen mit 3.121 Euro zu finden. Von hoher Verschuldung in Niedersachsen betroffen waren die Kreise im Osten und Norden. Vergleichsweise gering verschuldet waren die Kreise in Süddeutschland und in Sachsen. Allerdings konnten im Osten vor allem Landkreise ihre Verschuldung gering halten bzw. zwischen 2009 und 2012 abbauen, während sie in Städten im gleichen Zeitraum zunahm. Ein weiterer Indikator für die öffentliche Finanznot sind die Kassenkredite. Ursprünglich zur kurzfristigen Finanzierung der Kassenführung gedacht, wurde dieses Instrument von vielen bereits hochverschuldeten Kommunen vor allem im Westen zur dauerhaften Finanzierung laufender Ausgaben verwendet.

Die Ungleichheiten im wirtschaftlichen und privaten Bereich schlagen sich meist auch im öffentlichen Bereich der Infrastruktur und hier insbesondere im Sozialen nieder. Wegen der Zunahme von Kassenkrediten und ihrer Häufung in den verschuldeten westdeutschen Kommunen können Städte und Landkreise ihrer Aufgabe, die öffentliche Daseinsvorsorge sicherzustellen, nicht mehr gerecht werden. Mit der geringeren Bevölkerungsdichte und der schlechteren Finanzsituation kommt es auch zur schlechteren Versorgung, beispielsweise im medizinischen und pflegerischen Bereich. Es wird deutlich, dass mittlerweile deutschlandweit erhebliche Unterschiede in der Daseinsvorsorge bestehen.

Raum zum Atmen für die Kommunen

Die Ergebnisse des Sozioökonomischen Disparitätenberichts 2015 zeigen, dass das vom Grundgesetz vorgegebene Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Praxis verfehlt wird. Es ist ein Auftrag an die Politik und eine gesamtge-

sellschaftliche Aufgabe, die entschiedenes staatliches Handeln fordert. Doch die Lösungssuche ist kompliziert. Während der Osten noch mit den wirtschaftlichen Folgen der Wiedervereinigung zu kämpfen hat, haben die Folgen eines langanhaltenden Strukturwandels die Wirtschaftsstrukturen in den abgehängten Kreisen im Norden und im Westen in Mitleidenschaft gezogen. Dagegen konnten innovative Branchen in den Boomregionen von der Globalisierung profitieren und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter ausbauen.

In jedem Fall sind die bisher diskutierten und angewandten Lösungsansätze ungeeignet, ein weiteres Vertiefen der Gräben zwischen den erfolgreichen und den abgehängten Regionen zu verhindern. In Bezug auf die Neuausrichtung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen sind bei den bisher bekannten Vorschlägen Zweifel angebracht, ob sie ausreichen, das Auseinanderdriften des Landes aufzuhalten und umzukehren. Es ist vielmehr zu befürchten, dass sich die Unwucht weiter verstärkt.

Im Gegensatz dazu hat die Friedrich-Ebert-Stiftung bereits 2013 einen Vorschlag zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit dem Ziel vorgelegt, die Kommunen in den abgehängten Kreisen wieder handlungsfähig zu machen, damit sie den beschriebenen Teufelskreis durchbrechen können. Das Konzept umfasst drei Maßnahmen: So sollen erstens die Kommunen bei den Aufgaben, die ihnen der Bund im Rahmen der Sozialgesetzgebung übertragen hat, stärker finanziell entlastet werden. Im zweiten Schritt wird eine neue »Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge« zur Sicherung der flächendeckenden Versorgung mit Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge vorgeschlagen. Der territoriale Zusammenhalt soll – im dritten Schritt – durch einen Ideenwettbewerb der Regionen, der die kommunale Zusammenarbeit verbessert und Entwicklungspotenziale vor Ort stärkt bzw. entdeckt, gefördert werden. Neben diesen kurz- und mittelfristig wirkenden Ansätzen muss die Raumordnungspolitik mit der Raumplanung wieder zu einem langfristigen Instrument der politischen Gestaltung werden, um zu gewährleisten, dass ein Ausgleich zwischen reichen und armen Regionen stattfindet, mit dem Ziel die Chancengleichheit für die Menschen vor Ort zu erreichen.

(Die Studie »Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2015« von Joachim Albrech, Philipp Fink und Heinrich Tiemann ist abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12390.pdf>)



Philipp Fink

Referent in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES, leitet den Arbeitskreis Nachhaltige Strukturpolitik.

philipp.fink@fes.de



Heinrich Tiemann

war u.a. Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien und ist Mitglied des Arbeitskreises Nachhaltige Strukturpolitik der FES.

Gespräch zwischen Aiman Mazyek und Wolfgang Thierse

Teil des Problems *und* Teil der Lösung?

Über die Rolle von Religion im Integrationsprozess

Wie kann Integration in Deutschland gelingen? Welche Funktion hat dabei die Religion, welche der Staat? Über diese und andere Fragen unterhielten sich Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland, und Wolfgang Thierse, ehemaliger Bundestagspräsident. Es moderierte Dagmar Mensink, Mitglied im Vorstand des AK Christinnen und Christen in der SPD.

NG/FH: Flüchtlinge, die dauerhaft in Deutschland leben werden, sollen sich schnellstmöglich integrieren, darin sind sich irgendwie alle einig. Wie würden Sie einem Menschen, der im letzten Jahr aus einem Kriegsgebiet hierhergekommen ist, erklären, was damit eigentlich gemeint ist?

Aiman Mazyek: Für die Mehrheit der Flüchtlinge, die ich kennengelernt habe, ist Integration eine absolute Selbstverständlichkeit. Wenn ich vor Krieg und Verfolgung flüchte, dann bringe ich mich in ein Land, in dem Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit herrschen, natürlich vollends ein. Vor diesem Hintergrund sehe ich es durchaus als eine Schwierigkeit an zu verlangen: »Du musst dich integrieren.« Deshalb ist der Flüchtling doch gekommen. Für ihn ist es selbstverständlich, u.a. die Sprache zu erlernen. Mein Schwager ist mit seinem Sohn beispielsweise aus Syrien hierhergekommen. Seine erste Frage war: »Wann beginnt die Universität für meinen Sohn? Ich will ihn einschreiben.« Ich sagte ihm: »Sachte, er muss erst einmal die Sprache lernen.« Seine Antwort: »Das machen wir alles parallel.«

Wolfgang Thierse: Ich will mal alle grundsätzlichen Definitionsversuche beiseitelassen. Integration bedeutet zunächst auch die Übernahme einer Anstrengung. Dazu gehört, die Sprache zu erlernen, Recht und Gesetz kennen zu lernen und zu respektieren, ebenso die Grundüberzeugungen des Landes, auch dessen Kultur, und sich der Mühe zu unterziehen, sich in den alltäglichen Lebensrhythmus dieser Gesellschaft einzupassen. Wenn man das an jemanden adressiert, als Wunsch, als Aufforderung, müssen wir den zu uns Kommenden natürlich auch genau die Chance dafür geben. Und deswegen heißt Integration die Chance zur gleichen Teilhabe an Bildung, an Arbeit, an sozialer Sicherheit, an Kultur und Demokratie, um die wesentlichen Dimensionen unseres Zusammenlebens zu bezeichnen.

NG/FH: Chance zur gleichen Teilhabe, das hat ja zunächst einmal mit Religion gar nichts zu tun. Und trotzdem diskutieren wir hier über weite Strecken die Frage nach der Integration mit Blick auf den Islam. Die Schlüsselfrage der Debatte ist: Gehört der Islam zu Deutschland?

Thierse: Bevor wir über den Sinn und Unsinn dieses Satzes sprechen, möchte ich anmerken: Je öfter man einen Satz wiederholt, umso sinnleierter wird er im Allgemeinen. Man muss einfach eine Trivialität aussprechen: Wer in ein anderes Land kommt, der kommt in ein geschichtlich-kulturell und damit auch religiös-weltanschaulich geprägtes Land.

Mazyek: Klar.

Thierse: Das ist keine ausgrenzende Feststellung. Und zu der geschichtlich-kulturellen Prägung dieses Landes gehört vor allem auch das Christentum und in erheblich geringerem Ausmaß der Islam. Das ist eine geschichtliche Tatsache, kein Vorwurf. Und weil der Islam die im Vergleich zum Christentum jüngere, unbekanntere und damit fremde und mit Vorurteilen belastete Religion ist, ist das ein Thema von Integration. Der Islam wird vor diesem historischen Hintergrund und wegen der geringeren Kenntnis, der geringeren alltäglichen Erfahrung mit einer anderen, auch quantitativ wichtiger werdenden Religion in Deutschland zu einer Herausforderung.

Mazyek: Das Erste kann ich nur unterstreichen. Das Christentum ist in vielfältiger Form prägend, zum Beispiel auch in manchen Kontexten als Antithese zur Aufklärung. Was ich bedaure, ist, dass man entweder eine Vereinnahmungsdebatte führt, mit Verweis auf das christlich-jüdische Abendland; oder eine Abgrenzungsdebatte, das christlich-jüdische Abendland mit Ausschlusscharakter. Wir müssen auch die jüdisch-muslimisch-hellenistischen Einflüsse respektieren, die Europa neben dem Christentum auch hat. Wir müssen allen Religionen einen Platz zuweisen und sollten auch noch einmal feststellen, dass das Christentum eben nicht aus Brandenburg oder Köln kommt, sondern aus dem Morgenland. Da muss man atmosphärisch wieder ein bisschen geradebiegen, was in dem Satz »Wir sind vor allen Dingen christlich geprägt« sehr oft mitschwingt.

Thierse: Ich verstehe nicht die Abwehr gegen die Selbstbeschreibung als »christliches Abendland«, die Sie indirekt formulieren. Ich möchte dies nicht Pegida überlassen. Ursprünglich ist damit ja die dominante Prägung Europas durch das Christentum in einer 2.000-jährigen Geschichte gemeint. – Eine kleine Nebenbemerkung: Das Verhältnis von Christentum und Aufklärung ist nicht so einfach, das ist keine Antithese...

Mazyek: ... ich hatte gesagt: *auch* als Antithese...

Thierse: ... denn das Christentum hat in bestimmter Weise die Aufklärung selbst erzeugt...

Mazyek: ... Ja, es hat den Humanismus aufgearbeitet...

Thierse: ... und damit sozusagen noch mal einen eigenen Widerspruch. Das ist eine gemeinsame Geschichte, deswegen ist es schon richtig zu sagen, die Aufklärung selbst, die das Christentum erzeugt hat, hat das Christentum erheblich verändert und zugleich den Widerspruch zum Christentum auf diesem Kontinent intellektuell etabliert.

Ich teile Ihre Auffassung, dass geschichtliche Kenntnisse dabei helfen können, allzu billige Vorurteile zu überwinden. Aber die Menschen können niemals ohne Vorurteile auskommen. Bildung, nicht nur die des Schulsystems, und auch die öffentliche Kommunikation, müssen von der Vorurteilsstruktur des Einzelnen wissen. Was fremd ist, demgegenüber kann ich noch kein differenziertes Urteil haben, sondern notwendigerweise ein Vorurteil. Und deshalb ist es Aufgabe auch des Fremden, dazu beizutragen, dass die Fremdheit überwunden wird.

Ich glaube, dass die Arbeit am differenzierten Urteil, an einer alltäglichen Kultur von Toleranz und Respekt, selbstverständlich eine Aufgabe der sogenannten Mehrheitsgesellschaft ist, darin auch der Christen, der Atheisten, der Agnostiker, aber sie ist eben ganz wesentlich auch eine Aufgabe der neuen und jüngeren muslimischen Gemeinschaft, die die Mehrheit ihnen nicht abnehmen kann. Beide haben die Aufgaben Fremdheit zu überwinden, zum differenzierten Urteil beizutragen.

Mazyek: Ich finde den Aspekt der Vorurteile – nicht jenen der Fehltritte, die man korrigieren müsste, sondern im Sinne einer vorgefassten Meinung – interessant. Es geht gar nicht ohne. Sonst würde man nicht weiterkommen.

Wir erleben aber mit dem deutlichen Hinweis auf das christliche Abendland auch eine Abwehr gegenüber anderen Einflüssen. Der kann man begegnen, indem man zumindest versucht darüber aufzuklären, welche Prägungen die anderen Kulturen und Religionen für Europa haben. Ohne die Vermittlung durch die Araber hätten wir die griechischen Philosophen nicht. Das sage ich nicht, um mein eigenes Selbstbewusstsein zu stärken, sondern um damit das Selbstverständnis, auch das von Europa, ein Stück weit zu festigen. Es geht darum, Einflüsse von muslimischen oder arabischen Philosophen auf Europa wahrzunehmen, einzuordnen und etwas präsenter zu machen.

Thierse: Das ist auch eine Aufgabe von im besten Sinne akademischer, wissenschaftlicher Arbeit, ...

Mazyek: ... ja und da ist einiges zu kritisieren ...

Thierse: ... die wirkliche Kultur- und Geistesgeschichte des europäischen Kontinents auf eine verständliche Weise den Bürgern dieses Landes nahezubringen. Eigentümlich ist doch, dass dieses dumpfe Zeug von Pegida und die derzeitige, teilweise offensive, militante Präsenz des Islam in der Welt die Europäer wieder an ihre Prägungen erinnert. Wir können uns noch daran erinnern, dass es zur liberalen Kommunikationsdominanz gehörte, den christlichen Einfluss in Europa zu vernachlässigen. Es galt als stinkkonservativ, das Wort Abendland überhaupt in den Mund zu nehmen.

Das sei ja durch die Aufklärung überwunden und die Säkularisierung sei die dominante Tendenz der Moderne. Und jetzt widerlegt der Islam global, dass dieser einfache Satz so weder in Europa noch für Deutschland stimmt. Dies ist eine Irritation auch für den aufgeklärten Teil des Landes. Diese neue, widersprüchliche Vitalität von Religion ist ein Teil der Gegenwart, über die man öffentlich reden muss. Auch deshalb sage ich etwas kämpferisch: Wenn Religion ein Teil des Problems von Integration ist, dann müssen selbst die aufgeklärten Atheisten oder Agnostiker begreifen, dass Religion auch ein Teil der Lösung des Problems sein kann und sein sollte und man sich auf neue Weise auf sie einlassen muss.

Mazyek: Wie Jürgen Habermas sinngemäß gesagt hat: Auch eine säkulare Gesellschaft ist auf Religion angewiesen, um den sozialen Kitt zu wahren. Habermas ist bestimmt nicht in seinen späten Jahren sozusagen umgekippt und hat sich dem Religiösen zugewandt.

NG/FH: Aber diese Wiederentdeckung des christlichen Abendlandes passiert ja genau in einer Situation, in der die religiösen Bindungen auch derer, die noch einer christlichen Kirche angehören, tendenziell eher abnehmen, sehr individuell werden. Wo hat die Berufung auf das christliche Abendland eigentlich ihre Basis?

Thierse: Genau deswegen ist das ja auch eine ganz schiefe Schlachtordnung, die wir da in Dresden bei Pegida erleben. Eine mehrheitlich nicht mehr christlich-religiös geprägte Menge von Menschen schwingt sich auf, das Abendland gegen dessen Islamisierung zu verteidigen. Aber ich nehme das ernster! Der Islam, sofern er sich ernst nimmt, ist eben auch eine ernsthafte Anfrage an die Überzeugungswelt der Deutschen und Europäer. Vor dem Hintergrund der Zuwanderung und der Frage nach Integration stellt sich die Frage nach dem, was wir sind und was uns eigen ist, neu. Der individualisierte, pluralisierte Kontext nimmt der Frage nichts von ihrer Ernsthaftigkeit, erschwert nur die Antwort.

NG/FH: Und gleichzeitig scheint es offensichtlich eine Sehnsucht nach einfachen Antworten zu geben.

Thierse: Die gibt es immer dann, wenn die Situation besonders unübersichtlich ist und die Probleme bedrohlich wirken. Zurzeit erleben wir, dass Einheimische so etwas wie Entheimungsängste verspüren. Die Fremden und das Fremde irritieren das Eigene, stellen das Vertraute infrage. Und nicht alle sind selbstbewusst genug, damit ohne Angst, ohne Aggressivität und Brutalität nach außen fertig zu werden.

NG/FH: Aber das Ziel in einer demokratischen, pluralen Gesellschaft muss doch sein, wie Johannes Rau es ausgedrückt hat, ohne Angst verschieden sein zu können. Die Menschen haben unterschiedliche Auffassungen darüber, wie sie leben wollen. Warum kann man diese Unterschiedlichkeit nicht einfach stehen lassen? Brauchen wir wirklich ein neues gesellschaftliches Leitbild, welches die Alteingesessenen wie die

neu Hinzugekommenen einbezieht? Reicht nicht die Rechtsordnung und das verbindliche Regelwerk, das wir in dieser Gesellschaft kennen?

Mazyek: Das Vertrauen in die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist in den letzten Jahren stark erschüttert worden. Das drückt sich z.B. darin aus, dass wir uns zwar theoretisch zubilligen, jeder solle »nach seiner Fassung selig werden« und damit die Freiheitsrechte im Grundgesetz anerkennen. Aber wenn sich dann die Muslime neue Moscheen bauen wollen, die dann möglicherweise auch noch mitten in der Stadt stehen sollen, wenn sie einen eigenen Religionsunterricht, eigene Lehrstühle usw. fordern, dann will man das plötzlich nicht mehr.

Übrigens ist der Fundamentalist eigentlich auch ein großer Zweifler, nämlich an seiner Religion. Nur deswegen begeht er auch diese Taten, wird gewalttätig, will das Leben verkürzen, will sich nicht so viel anstrengen, sondern sucht direkt das Finale, aber ein Finale ins Verderben.

Thierse: All das Notwendige, über das wir bis hierher kurz gesprochen haben, reicht aber nicht aus. Die gemeinsame Sprache, die Anerkennung von Recht und Gesetz, der Respekt vor unserer Verfassung usw. bilden noch nicht vollständig die Dimensionen der gesellschaftlichen Ordnung ab. Sondern zu dieser gesellschaftlichen Ordnung gehört ein Minimum an gemeinsamen Überzeugungen über unsere Ziele, Ideale, Normen und Werte. Z.B. gibt es kein Vertrauen, wenn nicht tendenziell ein gemeinsames Verständnis darüber existiert, was wir unter Freiheit verstehen.

Auch bei dem Begriff Gerechtigkeit gibt es nie deckungsgleiche Vorstellungen, aber es sollten doch hinreichende Überschneidungen in der Vorstellungswelt über Gerechtigkeit, Solidarität, Menschenwürde, Integrität der Person und Toleranz geben. Das ist Teil der gesellschaftlichen Ordnung. Das sollte man nicht auf eine Leitkultur verkürzen.

Das muss Gegenstand des gesellschaftlichen Dialogs aber auch des pfleglichen Umgangs miteinander sein und bleiben. Vertrauen kann man nicht dekretieren. Der Staat kann eine funktionierende Rechtsordnung als Basis bereitstellen. Aber das reicht noch nicht aus.

Mazyek: Laut einer Bertelsmann-Studie haben mehr als 20 % das Vertrauen in die Demokratie und diese Gesellschaftsordnung verloren.

Thierse: Es ist ja nicht nur die Irritation durch eine fremde Religion und Kultur, die zu diesem Verlust führt. Das Vertrauen in die gesellschaftliche Ordnung wird auch durch die massive Erfahrung sozialer Ungerechtigkeit und von Zukunftsungewissheit angesichts dramatischer ökonomischer, technologischer, wissenschaftlicher Veränderungen erschüttert. Wer über die Zukunft unseres Zusammenlebens redet, der muss also auch über die Verantwortung der sozialen und ökonomischen Eliten reden. Das obszöne Verhalten von VW-Managern beispielsweise, sich in dem Moment Boni zu genehmigen, in dem dieses Unternehmen am Rande des Ruins steht, zersetzt das Vertrauen in die Verlässlichkeit bindender Maßstäbe. Hier haben Politik und Ökonomie gemeinsam die Verpflichtung, sich erkennbar für Chancen- und Leistungsgerechtigkeit einzusetzen.

Mazyek: Die Verantwortung von Ökonomie und Politik ist für mich sehr entscheidend. Der Papst hat das in seiner Karlspreisrede sehr klar und deutlich formuliert, hat auch die Banken direkt angesprochen, die Zinspolitik thematisiert. Die Kluft ist tatsächlich vorhanden. Da müsste sich doch auch die Sozialdemokratie die Frage stellen, ob sie es nicht in der Vergangenheit versäumt hat, an den entscheidenden Stell-schrauben zu drehen.

Thierse: Im Rückblick wird noch deutlicher, dass das Ende der Zweiteilung der Welt, die Überwindung des Kommunismus, einen Schritt in die Globalisierung bedeutete und diese Globalisierung eben nicht nur eine Entgrenzung der Ökonomie und der Arbeitsteilung zur Folge hatte, sondern eben auch eine Entgrenzung und zum Teil eine Zerstörung von Verbindlichkeiten, moralischen Werten, Maßstäben, Ordnungen und Vertrauensverhältnissen bedeutete. Politik, Kultur und Religion sollten sich damit beschäftigen, das wiederherzustellen.

NG/FH: Was gibt dann noch Sicherheit und wer entscheidet im Konfliktfall?

Thierse: Politik kann immer nur für einen Teil von Sicherheit zuständig sein. Sie darf sich nicht selbst überschätzen. Politik ist zuständig für Rechtssicherheit und sie hat eine große Verantwortung für soziale Sicherheit. Aber dann gibt es noch eine Dimension, die ich etwas unscharf »menschliche Sicherheit« nenne: die Geborgenheit in menschlichen Beziehungen, familiären Strukturen, Gesellungsformen. Eine Art von Beheimatung, nach der jeder Mensch ein Bedürfnis hat, besonders wenn die Zeiten unsicher sind. Politik muss diesen Teil unserer gesellschaftlichen Beziehungen stützen, pflegen, ihm Entfaltungsmöglichkeiten geben, muss einen Sinn dafür haben.

Aber in diesem zivilgesellschaftlichen, alltäglichen, menschlichen Beziehungsgeflecht hat dann auch Religion ein besonderes Gewicht, weil sie viel mehr als andere Bereiche unseres Zusammenlebens die individuelle Vorstellungswelt prägt und darin moralische Verbindlichkeiten und auch Lebenssinn ausbilden kann. Das kann und darf Politik nicht beanspruchen. Religion hat darin einen ganz wichtigen Status. Und das gilt für das Christentum, das Judentum und den Islam gleichermaßen und ebenso für andere Weltanschauungen, sofern sie sich sozusagen dafür überhaupt zuständig fühlen, was man nicht für alle Formen des Atheismus oder Laizismus sagen kann.

NG/FH: Religion ist höchst ambivalent. Sie kann diese integrierende Funktion haben, kann aber auch – wie wir es jetzt leider vor allem mit dem Islam in Verbindung bringen – durchaus zu Gewaltexzessen führen, wenn man meint, seine Weltanschauung gewaltsam durchsetzen zu müssen. Wie schafft man es da, die Balance zugunsten der humanen und friedensfördernden Kräfte zu halten?

Mazyek: Gerade im individuellen Bereich, etwa in der Familie, kann Religion entsprechend führen, kann bei Fragen der Moral oder der Werte Integrität bewirken. Religion kann auch missbraucht werden, aber in Europa haben wir die Erfahrung gemacht, dass eher Weltanschauungen und Lebensentwürfe missbraucht wurden. Der Erste und Zweite Weltkrieg mit Millionen von Toten sind nicht im Namen des Christentums oder des Islam geführt worden, sondern im Namen von völkischen Ideologien. Wir sollten also nicht ständig alles der Religion, im speziellen Fall dem Islam, zuschreiben. Wir sollten ausgehend von unserem historischen Gedächtnis sagen: Der Missbrauch findet immer nur dann statt, wenn die Ethik, die man da bemüht, keine Rolle mehr für diese Ideologie spielt. Sondern diese wird höchstens missbraucht, als Rhetorik, um die Menschen zu erreichen.

Deswegen sind gerade muslimische Vertreter immer wieder bemüht, bei dieser Frage den ersten Teil wegzulassen, weil der viel zu lange geht und gleich zum zweiten Teil überzugehen. Der fängt mit einer apologetischen Abwehrschlacht an nach der Devise: Guck mal, wir müssen trennen zwischen dem friedlichen Islam und den Extremen oder der Religion, die missbraucht wird oder von Menschen, die sie missbrauchen etc. Aber eigentlich muss man den ersten Teil in die Beantwortung einbeziehen, um das Ganze zu begreifen. Diese Trennschärfe haben wir heute verloren.

Kürzlich gab es ein Beispiel dafür, als ein psychisch kranker Mensch bei einer Gewalttat in Bayern Allahu akbar geschrien hat. Das darf doch nicht Anlass sein, dass die Medien sofort unisono sagen: vermutlich wieder ein islamistisches Attentat. Das hat eine riesige Wirkung. Ich vermisse auch die Selbstkritik, nicht nur bei den Medien, sondern im gesamten gesellschaftlichen Kontext. Es gibt doch ein journalistisches Ethos, demzufolge die Herkunftsreligion im Fall von Straftaten erst einmal keine Rolle spielt. Wenn wir dieses Ethos aufbrechen, dann gilt das für alle und nicht nur für die Muslime. Das wird alles nicht gemacht, das heißt, wir haben also seit über einem Jahrzehnt eine Diskussion, die ständig nur darauf abzielt, irgendwelche Gewaltexzesse ausfindig zu machen und sie dann dem Islam zuzuschreiben. Das ist eine Feststellung, ohne dass ich jetzt für die Muslime die Opferrolle reklamiere. Ich sage

nicht, dass die religiöse Ebene keine Rolle spielt. Sie ist aber nur einer der Indikatoren und nicht der alleinige Indikator.

Thierse: Zunächst einmal muss man ganz nüchtern feststellen, dass die Massenverbrechen des 20. Jahrhunderts nicht durch Religion motiviert waren, sondern einerseits durch eine rassistische Ideologie und andererseits durch eine Emanzipationsideologie namens Kommunismus, der dann als Stalinismus pervertiert und exekutiert worden ist.

Wir haben aber auch kritisch darauf zu schauen, dass Religion Gewaltpotenzial hat. Religion ist wie andere ideelle Gesamtvorstellungen von Welt natürlich unausweichlich mit einem Wahrheitsanspruch verbunden. Wenn dieser als Ausschließlichkeitsanspruch gegen andere exekutiert wird, dann wird das Gewaltpotenzial von Religion sichtbar.

Der Islam könnte aus der widersprüchlichen Geschichte des Christentums selbst etwas lernen, nämlich die Erfahrung, dass es jahrhundertlang zur Begründung von Gewalt und Krieg instrumentalisiert wurde. Europa ist der Kontinent der Religionskriege. Spätestens mit dem Beginn der Reformation hat das Christentum gelernt, als eine sich selbst mäßigende Religion zu leben. Ausschließlichkeitsansprüche, Wahrheitsansprüche wurden nicht mehr – das war Schritt für Schritt ein langer Prozess – mit den Instrumenten der Gewalt und des Staates durchgesetzt. Ein mühseliger, widersprüchlicher Prozess.

Es ist auch nicht einfach so, dass Menschen dem Islam Gewalt einfach zuschreiben. Sie können gar nicht anders, als diesen Zusammenhang wahrzunehmen, weil sich Gewalttäter, von 9/11 bis hin zum IS selbst auf den Islam berufen. Über die allabendlichen Fernsehnachrichten wird dieser Zusammenhang immer wieder bestätigt. Es bedarf deshalb gemeinsamer Anstrengungen, die Selbstverständlichkeit dieser Verbindung aufzulösen und zu zeigen, was da eigentlich mit dem Islam selbst passiert.

Ich glaube, dass wir uns bei dem Satz »Der Islam gehört zu Deutschland« wieder einig sind. Dann schließen sich aber gleich zwei Fragen an: Welchen Islam meinen wir? Und: Welche Entwicklungen gibt es da? Die einfache Wiederholung des Satzes reicht nun nicht mehr aus. Mit Ihnen und vielen anderen bin ich der Meinung, dass nicht jeder Islam zu Deutschland gehört. Nicht ein freiheitsfeindlicher Islam, nicht ein militanter Islamismus.

Mazyek: Widerspruch von mir, weil Sie da einen Zusammenhang herstellen, wie er zum Teil auch die Debatte bestimmt. Sie machen eine absolut verschwindend kleine Gruppe von Terroristen, die sich – in manchen Fällen sehr explizit, in manchen Fällen durchaus mutmaßlich – auf den Islam beruft, zu Protagonisten des Islams.

Thierse: Die machen es selbst.

Mazyek: Na und? Wenn Che Guevara Gewalttaten im Namen des Sozialismus ausgeübt hat, wird er für mich doch noch nicht zur Inkarnation des Sozialismus, oder?

Thierse: Das muss er sich zurechnen lassen. Ich zitiere ein berühmtes Wort von Ernst Bloch: »Hat der Stalinismus den Sozialismus zur Unkenntlichkeit verzerrt oder zur

Kenntlichkeit gebracht?« Das war die unbequeme Frage, die er bereits in den 30er Jahren stellte. Auch in meiner eigenen Glaubensüberzeugung kann ich nicht von der problematischen Geschichte des Christentums absehen.

Mazyek: Natürlich muss ich mich mit denen auseinandersetzen. In meinem neuen Buch *Was machen Muslime an Weihnachten?* beschreibe ich, wie man in dieses fanatische Gedankengut abrutschen kann und dass der Islam selbst eigentlich genügend Schranken setzt, damit das nicht passiert. Wir müssen darüber mehr mit unserer Jugend diskutieren, mehr Präventions- und Aufklärungsarbeit leisten. Das findet längst statt, wird aber nicht wahrgenommen. Die absolut überwältigende Mehrheit der Muslime denkt so nicht und die Radikalen, die sich in der Minderheit befinden, sollte man bitte nicht ständig zu Botschaftern eines umfassenden religiösen Verständnisses machen.

NG/FH: Trotzdem bleibt die Frage, was salafistische Prediger und deren Gedankengut für junge Leute so attraktiv macht. Es sind ja nicht nur unterprivilegierte, sondern zum Teil durchaus gebildete junge Leute, die sich von dieser Ideologie packen lassen.

Mazyek: Der französische Politikwissenschaftler Olivier Roy hat das als »Jugendrevolte« beschrieben. Da sammeln sich alle, die sich auch ein Stück weit aus der Gesellschaft verabschiedet haben, zum Teil Verlierer sind, Diskriminierung, Rassismus oder Ablehnung erfahren haben. Manch einer ist dann sogar missionarisch be-seelt und sieht seine Möglichkeit für einen Endkampf, den er sich immer schon gewünscht hat. In Syrien wird das dann zu Ende gebracht.

Wissen Sie, was es für manch einen Jugendlichen bedeutet, jeden Tag zu hören, dass der Islam an allem Schuld sei, dass man angepöbelt wird, angespuckt wird, wenn man mit einer Frau auf der Straße geht, die ein Kopftuch trägt? Ganz zu schweigen von Übergriffen auf Flüchtlinge, auf Moscheen etc. Das soll keine Rechtfertigung sein, nur eine Erklärung! Oft handelt es sich um einen Menschen mit einem schwachen Gemüt, der möglicherweise auf der Kippe steht oder der in seiner Biografie irgendwelche Brüche erlebt hat.

Letzte Bemerkung: Der Prozentsatz von Jugendlichen deutsch-russischer Herkunft ist sowohl bei der AfD als auch unter den Salafisten besonders groß. Warum? Zum Teil, weil es Verlierer in der Gesellschaft sind. Aber nur bei den einen bemühen wir soziale Indikatoren, ökonomische und kulturelle Gründe, die Herkunft usw. Und bei den anderen immer den Islam.

NG/FH: Navid Kermani hat in seiner Friedenspreisrede gesagt: »Es gibt keine islamische Kultur mehr, jedenfalls keine von Rang. Was uns jetzt um die Ohren und auf die Köpfe fliegt, sind die Trümmer einer gewaltigen geistigen Implosion.« Stimmen Sie dem zu? Und: Es gibt in Deutschland seit Neuestem auch islamische Lehrstühle an Hochschulen. Sehen Sie im wissenschaftlichen Diskurs eine Chance, Impulse zu setzen, die aus dieser Krise hinausweisen?

Mazyek: Das, was wir im Nahen Osten und anderswo erleben, kann man sicherlich zum

Teil mit Einflüssen von außen begründen: mit der Globalisierung, den Kriegen der USA im Irak und in Afghanistan. Aber der Hauptgrund liegt in der tiefen geistigen und wirtschaftlichen Depression in der muslimischen Welt. Wir sind selber schuld daran.

Ich sehe aber auch sehr wohl viele Chancen, die übrigens schon längst genutzt werden. Sadiq Khan, der muslimische Bürgermeister von London, ist ein Ergebnis auch dieses Prozesses. In den USA gibt es muslimische wissenschaftliche Institute, die eine unglaublich starke intellektuelle und akademische Kraft besitzen. Das wünsche ich mir natürlich auch für Europa und speziell für Deutschland. Wir haben hier einen Nachholbedarf, obwohl es mittlerweile große Potenziale gibt. Wir haben z.B. nicht die geistige Elite aus der Türkei geholt. Ich bin selbst mit einer Türkin verheiratet, deshalb erlaube ich mir, das so zu sagen. Wir haben größtenteils ungelernete Arbeiter geholt. In England und anderswo sieht es zum Teil völlig anders aus.

Mit manchen Positionen, die in den Lehrstühlen vertreten werden, stimme ich nicht überein. So what! Es muss doch ein Wettbewerb stattfinden. Es muss die verschiedensten Impulse geben. In dieser Richtung müssen die Muslime hierzulande noch viel lernen, da sind sie noch ganz am Anfang. Ich sehe aber ganz große Möglichkeiten, dass wir das auch schaffen.

Thierse: Ich sehe diesen Prozess der Entfaltung islamischer Theologie, der innerislamischen Differenzierung, mit großer Neugier, mit Sympathie und mit ziemlich viel Hoffnung. Weil ich glaube, dass die Zukunft des Islam und des friedlichen Zusammenlebens untereinander auch davon abhängt, dass er sowohl dem Einfluss der saudi-arabischen Orthodoxie und dessen Geld, als auch dem anders gearteten Einfluss von DITIB, also der staatlichen türkischen Religionsbehörde, entzogen wird. Ich hoffe, dass damit dem Islam die Chance gegeben wird, mehr zu sein als die Verwaltung seiner eigenen Orthodoxie und er damit die Chance zu größerer Lebendigkeit erhält.

Bezogen auf die vorherige Frage bin ich ganz vorsichtig. Wir sind uns einig, dass eine rein soziale Begründung dafür, dass Leute zu Terroristen werden, nicht ausreicht. Junge Leute haben plötzlich das Bedürfnis nach radikaler Vereinfachung. Das ist ein Teil von Selbstfindung und Selbstbehauptung. Dafür bietet der Islam, in der religiösen Vielfalt, die er ja hat, etwas an. Und das Gefährliche ist, dass das, gerade unter den Bedingungen moderner Kommunikation, mit einer politisch-sozialen Radikalisierung verbunden wird. Auch das Christentum bietet so etwas an. Das schönste Beispiel ist, wenn man ins Kloster geht. Aber das ist eine friedliche Antwort auf dieses dramatische Bedürfnis. Deswegen ist es ganz wichtig, dass der Islam sagt, welche friedlichen, sehr menschlichen Formen er für dieses verständliche Bedürfnis nach radikaler Vereinfachung und Selbstfindung anbieten kann.

Mazyek: Wir brauchen keine »Ismen« und keine muslimischen Lenins, sondern einen muslimischen Gandhi. Diese Veränderung im muslimischen Prozess ist hier im Westen schon in Gang gekommen.

Thierse: Das war ja immer die Erwartung. Die eigentliche Zukunftsentwicklung des Islam, das Herauswinden aus erstarrten Formen, sowohl denkerischer wie ritueller

Art, wird nicht in seinem Stammland stattfinden, sondern eher an den islamischen Rändern, in Europa, in den USA. Da wird der Islam etwas erleben, was zum Beispiel der Global Player namens katholische Kirche auch erlebt. Der lateinamerikanische Katholizismus ist gänzlich anders als etwa der deutsche oder der asiatische. Das ist spannend und dient der Friedlichkeit einer großen Religion, dass sie in sich selbst Unterschiede plötzlich leben kann und leben muss. Das kann an Universitäten geschehen, aber auch das interreligiöse Gespräch kann da eine große Rolle spielen.

NG/FH: Nach den Anschlägen auf die Redaktion von Charlie Hebdo und auf den jüdischen Supermarkt in Paris hat Joachim Gauck bei der Mahnwache am Brandenburger Tor in Berlin gesagt: »Wir alle sind Deutschland.« Ich glaube, diesen Satz mit Leben zu füllen ist eine spannende Aufgabe, der wir uns als Demokraten stellen müssen: um der Freiheit willen.

Farhad Dilmaghani/Johannes Eichenhofer

Eine Einwanderungsverfassung für die Einwanderungsgesellschaft

Die gegenwärtigen Flucht- und Wanderungsbewegungen nach Europa und speziell nach Deutschland stellen die hiesige Zivilgesellschaft und Politik vor zahlreiche Herausforderungen. Die Antworten sind diffus, mal mehr in Richtung Abwehr, mal mehr in Richtung Integration der Flüchtlinge. Es fehlt erkennbar ein neuer Kompass für die demografische und immer diverser werdende gesellschaftliche Realität eines Einwanderungslandes. Notwendig wäre es deshalb, ein neues Staatsziel »Vielfalt und Integration« ins Grundgesetz aufzunehmen. Dieser Vorschlag geht zurück auf ein Thesenpapier des Vereins »DeutschPlus – Initiative für eine plurale Republik« aus dem Jahr 2011. Jetzt scheint der Zeitpunkt reif, darüber eine breitere Debatte zu führen.

Wenn hier für die Aufnahme von Vielfalt und gleichberechtigter Teilhabe als Staatsziel im Grundgesetz plädiert wird, bedeutet dies nicht, dass sich das Grundgesetz zu diesen Fragen bisher ausschweigen würde. Vielmehr sind diese Forderungen bereits jetzt Gegenstand individueller Menschenrechte wie der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG), dem Allgemeinen Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG), dem Diskriminierungsverbot (Art. 3 Abs. 3 GG), der Religions- (Art. 4 Abs. 1 GG) oder der Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG). Diese Menschenrechte verpflichten den deutschen Staat einerseits dazu, sämtliche Maßnahmen zu unterlassen, die den einzelnen Bürger dazu verpflichten würden, seine ethnisch-kulturelle Identität zugunsten einer kulturellen Assimilation aufzugeben. Andererseits gewähren Menschenrechte dem Einzelnen auch ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe.

So wichtig und richtig dieser individualrechtliche Ansatz auch ist, so genügt er doch nicht, um den Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft gerecht zu werden. Der Staat sollte nicht nur verpflichtet sein, individuelle Freiheitsräume und hierin entstehende Vielfalt nicht anzutasten, sich also »passiv« zu verhalten. Er sollte

sich vielmehr »aktiv« zu Vielfalt und einer Gesellschaftsordnung bekennen, in der jeder Mensch – unter Beibehaltung seiner ethnisch-kulturellen Vielfalt – die gleiche Möglichkeit auf Teilhabe an gesellschaftlichen Institutionen hat. Daher ist es dringend erforderlich, den in den Menschenrechten des Grundgesetzes bereits angelegten Wertentscheidungen für Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe aller in Deutschland lebenden Menschen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit zu einer größeren Wirksamkeit zu verhelfen. Daher schlagen wir vor, einen neuen Art. 20b in das Grundgesetz aufzunehmen: »Die Bundesrepublik Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Sie fördert daher die gleichberechtigte Teilhabe und Integration.«

Staatsziele wie das Sozialstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 1 GG) oder die Gleichberechtigung der Geschlechter (Art. 3 Abs. 2 GG) geben als verbindliche Normen des Verfassungsrechts allen drei Staatsgewalten Ziele für ihr Handeln vor, ohne dabei den Weg oder die Mittel zur Erreichung des Zieles zu benennen. Hierüber haben vielmehr die drei Gewalten bei ihrer täglichen Arbeit – d.h. der Rechtssetzung, der Rechtsdurchsetzung und der Rechtsprechung – »fortdauernd« selbst zu befinden. Entscheidend ist dabei, dass Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung die Staatsziele nicht nur zu berücksichtigen, sondern sie so weit wie möglich zu verwirklichen haben. Dies kann den Erlass von Gesetzen und Verwaltungsakten ebenso notwendig machen wie ein Gerichtsurteil, das einem Staatsziel zur Wirkung verhilft. Staatsziele sind also weitaus mehr als bloße Symbolpolitik. Verfassungsrechtlich gesehen stehen sie im gleichen Rang wie die Grundrechte des Grundgesetzes, sodass sie im Konfliktfalle von den Gerichten gegeneinander abzuwägen und miteinander in einen möglichst schonenden Ausgleich zu bringen sind. Dabei können Staatsziele einerseits die Grundrechte desjenigen beschränken, der ihnen zuwiderhandelt. Sie können aber andererseits auch die Grundrechte desjenigen stärken, der in ihrem Sinne handelt bzw. durch das Staatsziel geschützt wird.

Der Aufnahme neuer Staatsziele im Grundgesetz wird nicht selten mit Zweifeln begegnet. Befürchtet wird, dass dadurch die Verfassung überfrachtet würde. Aber weitreichende gesellschaftliche Veränderungen können das Ziel- und Wertegefüge einer Verfassung nicht unberührt lassen. Vor diesem Hintergrund erklärt sich, dass sich die über die Gefahren von Atomkraft und Luftverschmutzung aufgeklärte »Risikogesellschaft« 1994 das Staatsziel »Umweltschutz« in Art. 20a GG gegeben hat, 2002 das Staatsziel »Tierschutz«. Aus der Geschichte dieser Norm lässt sich ableiten, dass ein politisches Anliegen in den Rang eines »Staatsziels« erhoben werden kann, wenn es auf eine Entwicklung Bezug nimmt, die das Potenzial hat, die Gesellschaft grundlegend zu verändern. Ferner muss hinsichtlich des Staatsziels in der Gesellschaft bereits ein gewisses Problembewusstsein und der Wille zur politischen Gestaltung vorherrschen, der sich auch schon in der Verabschiedung von einfachen Gesetzen realisiert haben muss.

Diese Voraussetzungen treffen auch auf ein mögliches Staatsziel der Achtung ethnisch-kultureller Vielfalt und der Förderung gleichberechtigter Teilhabe zu. Dieses Ziel reagiert unmittelbar auf die Entwicklung des ethnisch relativ homogenen Nachkriegsdeutschlands hin zur jetzigen Einwanderungsgesellschaft. Den sich hieraus ergebenden Herausforderungen wird auf einfachgesetzlicher Ebene bereits in vielerlei Hinsicht Rechnung getragen – vom Aufenthalts- über das Schulrecht bis zur

epochalen Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechtes. Doch warum sollte dann überhaupt noch ein entsprechendes Staatsziel in das Grundgesetz aufgenommen werden? Und was würde sich hierdurch konkret ändern?

Erstens: Ein positives Bekenntnis zu »Vielfalt und gleichberechtigter Teilhabe« im Grundgesetz schafft einen klaren normativen Kompass für die Einwanderungsgesellschaft. Deutschland würde sich dadurch noch stärker als bisher als offenes Land charakterisieren, das bereit ist, Einwanderer und ihre Nachkommen vorbehaltlos zu akzeptieren. In einer Einwanderungsgesellschaft muss es darum gehen, »Einwanderer« und »Einheimische« für ein gelebtes Miteinander und eine gemeinsame Gestaltung ihrer Zukunft in einem Land zu motivieren. So kann das weiter befördert werden, was Bundespräsident Gauck als »neues deutsches Wir« bezeichnet.

Zweitens: Auf der Grundlage eines Staatsziels der Anerkennung kultureller Vielfalt und der Förderung gleichberechtigter Teilhabe lässt sich eine kohärente moderne Integrationspolitik formulieren, die »Integration« nicht allein als Aufgabe der Einwanderer, sondern als Prozess wechselseitig aufeinander bezogener Integrationsleistungen von Individuum und Gesellschaft ansieht. Jahrzehntlang war der Ansatzpunkt deutscher Integrationspolitik die Feststellung von »Integrationsdefiziten« auf Seiten der Einwanderer bzw. Menschen mit Migrationshintergrund, die sie durch entsprechende Integrationsleistungen zu kompensieren hatten. Demgegenüber blieben die Integrationsleistungen der »Aufnahmegesellschaft«, d.h. ihre Hälfte des Gelingens gesellschaftlicher Integration, meist im Unklaren. Eine Integrationspolitik, die sich auf die Anerkennung von Vielfalt und die Förderung gleichberechtigter Teilhabe festlegt, würde zunächst die gemeinsamen Interessen und Ziele aller in Deutschland lebenden Menschen betonen. Ausgehend von dieser Prämisse hätte die moderne Integrationspolitik sodann kritisch zu prüfen, welche bestehenden gesetzlichen Regelungen den Belangen von Vielfalt und gleichberechtigter Teilhabe entgegenstehen. Auch neue Gesetze müssten sich nun am Staatsziel Vielfalt und chancengerechte Teilhabe messen lassen. Staatsziele verpflichten die Legislative, die Exekutive und die Judikative aber auch dazu, ihnen zu möglichst großer Wirkung zu verhelfen. Aufgrund ihres verfassungsrechtlichen Rangs könnten nunmehr dem Staatsziel zuwider laufende Bestimmungen nicht mehr durch politische Erwägungen des Gesetzgebers, sondern nur durch ein anderes Rechtsgut von Verfassungsrang gerechtfertigt werden. Das neue Staatsziel würde dafür sorgen, dass die bislang eher vorsichtig verfolgte Politik der interkulturellen Öffnung staatlicher Institutionen und ihrer Dienstleistungen zu forcieren wäre. Dies hätte zugleich eine Signalwirkung für die gesamte Gesellschaft. Hierdurch würden die Strukturen der Bundesrepublik Deutschland fairer und durchlässiger für Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen.

Drittens: Die Aufnahme des Staatsziels sowie ein hieran ausgerichtetes Handeln von Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung würde auch zu einer Verbesserung der individuellen Position der Einwanderer bzw. Menschen mit Migrationshintergrund beitragen. Da Staatsziele von der Verwaltung und der Rechtsprechung bei der Auslegung bereits existierender Gesetze zu berücksichtigen sind, kommt ihnen insoweit eine »grundrechtserweiternde Wirkung« zu. Auf diesem Wege müssten z.B. die bestehenden gesetzlichen Regelungen über den Arbeitsmarktzugang für

Drittstaatsangehörige so ausgelegt werden, dass dem Staatsziel auf gleichberechtigte Teilhabe angemessen Rechnung getragen wird, was wiederum für die betroffenen Einwanderer eine Realisierung ihrer Grundrechte bedeuten würde. Hieran besteht nicht nur ein individuelles, sondern auch ein gesamtgesellschaftliches Interesse, da auf diesem Wege sozialer Desintegration mit all ihren negativen Folgen besser vorgebeugt werden kann. Mittlerweile ist auch allgemein anerkannt, dass die hier lebende, alternde Gesellschaft auf qualifizierte Einwanderung angewiesen ist, sodass sie alles dafür tun sollte, dass sich die Einwanderer hier wohl fühlen und möglichst lange bleiben. Ziel muss es deshalb sein, den Gedanken der Teilhabe in der gesamten Rechtsordnung zu etablieren, sowie jegliche Form von Diskriminierung und Rassismus noch viel entschiedener zu bekämpfen wird als dies gegenwärtig geschieht. Durch die globale Anerkennung des Teilhabegedankens in der Rechtsordnung könnte auch die derzeit im Zuge des Einwanderungsgesetzes geforderte bessere Verknüpfung bestehender Regelungen vorbereitet werden. Denn, zugespitzt gesagt, erweist sich jeder Versuch einer anreizbasierten und nachhaltigen Zuwanderungssteuerung »von außen« als wenig erfolgsversprechend, solange die Voraussetzungen »von innen« nicht substantiell verbessert werden.

Schließlich würde ein neues Staatsziel »Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe« eine konkrete und unumkehrbare Standortbestimmung vornehmen, wie ernst wir es mit der Einwanderungsgesellschaft und deren Gestaltung nehmen. Dies sollte nicht erst nach einer 10- bis 15-jährigen Diskussion wie beim Staatsziel Umwelt- und Tierschutz geschehen. Stattdessen ist nun die Zeit reif für eine Einwanderungsverfassung. Deren Umsetzung wird Staat und Gesellschaft viel abverlangen. Das ist sicher. Aber es lohnt sich, für uns und unsere Kinder dadurch einen Beitrag zu leisten, um die Vision der »Einheit der Verschiedenen« (Bundespräsident Gauck) zu verwirklichen.



Farhad Dilmaghani

ist Vorsitzender von »DeutschPlus e.V. – Initiative für eine plurale Republik« und ehemaliger Staatssekretär für Arbeit und Integration des Landes Berlin.
farhad.dilmaghani@deutsch-plus.de



Johannes Eichenhofer

ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Uni Bielefeld und Mitglied im erweiterten Vorstand von »DeutschPlus e.V.«.
johannes.eichenhofer@uni-bielefeld.de

Uwe Hunger/Leonie Koning/Stefan Metzger

Empowerment und Netzwerkbildung als Stützpfiler der Integrationspolitik

Ein kurzer internationaler und historischer Vergleich

Die große Herausforderung der ersten Unterbringung der Geflüchteten ist weitgehend bewältigt. Nun steht ihre Integration an. Welchen Weg Deutschland dabei gehen möchte, wird in den letzten Wochen auf politischer Ebene intensiv diskutiert. Die Diskussionen drehen sich vor allem um eine »Integrationspflicht«, die »Integrationsverweigerer« sanktionieren und den Wohnort unter bestimmten Voraussetzungen vor-

schreiben möchte – wie kürzlich vom Bundeskabinett in Form eines Integrationsgesetzes unterbreitet. Dabei wird übersehen, dass »Integration« nicht per Gesetz verordnet werden kann, sondern ein viel komplexerer Prozess ist, der viel Zeit braucht und sich auch über Generationen hinweg erstrecken kann. Auch führen oftmals verschiedene Wege zum Ziel. In der Bundesrepublik Deutschland finden wir Beispiele, wo sich »Integration« vor allem über Assimilationsprozesse (Erlernen der Sprache, Bildungserfolg und beruflichen Aufstieg, Inter marriage und Einbürgerung) vollzogen hat, wie zum Beispiel unter Zuwanderern aus Spanien. Auch gibt es Beispiele, bei denen Zuwanderer eher unter sich geblieben sind, ihre mitgebrachte Kultur stark und lange gepflegt haben, deutlich weniger häufig die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen und sich dennoch gut »integriert« haben (zum Beispiel Zuwanderer aus Griechenland).

Den meisten integrationspolitischen »Erfolgsgeschichten« ist jedoch gemein, dass die verschiedenen Zuwanderungsgruppen eine starke Selbstorganisationskraft entwickelt haben, ihre Interessen gegenüber der Aufnahmegesellschaft artikulieren und durchsetzen konnten – teilweise auch gegen den heftigen Widerstand deutscher Organisationen und Institutionen. Zu erinnern ist etwa an eine gleichberechtigte Beschulung ausländischer Kinder im deutschen Schulsystem, die Migrantenorganisationen durchsetzten, als der deutsche Staat noch von dem Diktum der »Aufrechterhaltung der Rückkehrfähigkeit« der Einwandererkinder ausging. Diese Fähigkeit und Kraft zur Selbsthilfe wird auch in dem vor uns liegenden Prozess der Integration der Neuzuwanderer entscheidend sein. Dies zeigen alle historischen Beispiele wie auch der internationale Vergleich. Immer dann, wenn es Einwanderergruppen gelungen ist, sich zusammenzuschließen, sich gegenseitig zu helfen und ihre Interessen gegenüber der Aufnahmegesellschaft zu vertreten, konnten sie letztlich eine Randständigkeit in der Gesellschaft überwinden und zu einer wichtigen Triebfeder der gesellschaftlichen Entwicklung werden. Am eindrucksvollsten ist dies immer wieder in den USA zu beobachten, zuletzt im Fall indischer Zuwanderer, die über Netzwerke und Selbstorganisation zu einem großen Teil am IT-Boom im Silicon Valley beteiligt waren. Wie verhält es sich nun im vor uns liegenden Fall? Wie sind die eingangs angerissenen Maßnahmen zur Verbesserung der Integration dazu geeignet, die Selbsthilfekraft der Einwanderer zu stärken und damit ihre »Integration« zu befördern? Ein kurzer Blick auf drei zentrale Bereiche der Integration – Wohnen, Arbeit, Sprache – soll aufzeigen, dass gleich zu Beginn des Integrationsprozesses die Bedeutung von Selbstbestimmung und Selbsthilfe der Migranten mitgedacht werden sollte.

Wohnen

Im Vergleich zu den USA und zu vielen europäischen Ländern finden wir in deutschen Städten eine geringe kulturelle und soziale Segregation vor. Mit dem vorgesehenen Integrationsgesetz und der Möglichkeit der »Wohnortzuweisung« soll eine solche Segregation weiterhin verhindert werden. Dies scheint auf den ersten Blick nachvollziehbar. Allerdings übersieht ein solches Vorgehen auch die positiven Effekte der Selbstbestimmung und die Möglichkeiten der Netzwerkbildung und Selbsthilfe unter den Migranten bei einer freien Wohnortwahl. Gerade wenn Verwandtschaftsbeziehungen bestehen und Familienangehörige oder Bekannte schon früher nach

Deutschland gekommen sind, ist es wichtig, diese Netzwerke auch zu nutzen. Ein solches System gibt es etwa in Schweden, wo die Möglichkeit besteht, noch während des Asylverfahrens bei Familie oder Freunden zu wohnen. Zudem ist es hier auch möglich, in einer privat angemieteten Wohnung zu leben. Allerdings muss die dann selbst finanziert werden, was jedoch die Kosten für den Staat reduziert. Derzeit nimmt rund ein Drittel der Asylbewerber in Schweden eine dieser Möglichkeiten in Anspruch. Oftmals werden die Wohnungen durch andere Migranten bzw. Migrantenorganisationen vermittelt, was das oben angesprochene Integrationspotenzial der Community zeigt, zumal auch Beratungen und Übersetzungshilfen vielfach privat und nicht durch den Staat geleistet werden. In Deutschland sind ebenfalls viele Migrantenorganisationen ebenso wie die Integrationsbeiräte in den Kommunen erste Anlaufstellen für Geflüchtete, ohne dass sie allerdings hierfür ausgestattet beziehungsweise eine entsprechende Unterstützung erhalten würden. Hier wäre es sinnvoll, die bereits vorhandenen Selbsthilfestrukturen von Migranten weiter auszubauen, anstatt auf staatlichen Zwang zu setzen.

Arbeit

Für den Arbeitsmarkt gilt Ähnliches. Auch hier werden Arbeitsplätze oftmals über Netzwerke und Beziehungen vermittelt, wie viele Studien gezeigt haben. Hier kommt es darauf an, die Neuzuwanderer möglichst früh an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen, sei es durch die Vermittlung von Praktika oder Hospitationen. Hierbei können auch Migranten, die bereits seit Längerem in Deutschland sind und auf dem Arbeitsmarkt Fuß gefasst haben, eine wichtige Rolle spielen. Sie können die Neuankömmlinge mit Betrieben in Kontakt bringen und dabei helfen, wichtige Netzwerke zu knüpfen. Entscheidend ist hier natürlich zunächst einmal der Arbeitsmarktzugang. Bis heute unterliegen viele Asylbewerber de facto einem Arbeitsverbot. So können Asylbewerber inzwischen zwar de jure nach drei Monaten eine Arbeitserlaubnis erhalten. Jedoch verhindern die teils langen Wartezeiten, bis überhaupt ein Asylverfahren aufgenommen werden kann, de facto einen Arbeitsmarktzugang für sehr viel längere Zeit. Hier kann von der Schweiz gelernt werden, die ihre Asylverfahren auf der Grundlage eines neu eingeführten differenzierten Verfahrenssystems mittlerweile deutlich zügiger und effizienter durchführt, wenngleich die Situation nicht eins zu eins auf Deutschland übertragbar ist.

Für die Geflüchteten selbst bedeutet diese lange Wartezeit eine extreme psychische Belastung und verstärkt ein Gefühl der Unsicherheit und Perspektivlosigkeit, was sich wiederum negativ auf die Integration auswirkt. Das zeigen auch Beispiele aus der Vergangenheit, als einzelne Migrantengruppen, wie die Libanesen, lange Zeit in einem Duldungsstatus gefangen waren und so zum Nichtstun gezwungen wurden, so dass sie kaum eine Perspektive auf eine Integration in Deutschland hatten (während sie in den USA zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Gruppen gehören). Dabei könnte die Zeit und Energie bereits ab dem ersten Tag für die erste Orientierungsphase genutzt werden, in der etwa Sprachkurse und Berufsberatung angeboten werden. Auch hier lohnt wieder ein Blick nach Schweden, wo Asylbewerber ab dem ersten Tag arbeiten dürfen. Auch wenn insbesondere für gering Qualifizierte große Schwierig-

keiten bestehen einen adäquaten Arbeitsplatz zu finden, so kann doch nicht früh genug damit begonnen werden, den Neuankömmlingen Zugänge in den ersten Arbeitsmarkt zu verschaffen sowie Praktika und Hospitationen in Betrieben zu vermitteln. Darüber hinaus besteht in Schweden, wie auch in einigen anderen Ländern, die Möglichkeit eines sogenannten »Spurwechsels« vom Asylbewerber zum Arbeitsmigranten, was zu einer Entlastung des Asylsystems führt und den Betroffenen Perspektiven verschafft.

Sprache

Neben der Art der Unterbringung und dem Zugang zum Arbeitsmarkt fördert der schnelle Spracherwerb die Integration. Dem Ausbau von Sprachkursen kommt daher eine Schlüsselrolle zu, und zwar am besten unabhängig davon, ob die Bleibeperspektive der Geflüchteten bereits geklärt ist oder nicht. Auch hier hat Schweden lange Zeit eine Vorbildrolle eingenommen. Bis 2012 hatten Asylbewerber bereits ab dem ersten Tag das Recht, an Schwedischkursen teilzunehmen, und zwar unabhängig von ihren Bleibeaussichten. Die Sprachkurse waren dabei kostenlos und wurden auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Vorkenntnisse der Teilnehmer abgestimmt. Nach erfolgreichem Spracherwerb konnten Zusatzqualifikationen in Englisch, Mathematik und in Informatik erworben werden. Diese großzügige und liberale Politik hatte damals dazu geführt, dass sich Asylbewerber bereits kurz nach ihrer Ankunft wichtige Kompetenzen aneignen konnten, die sie später in die schwedische Gesellschaft und sogar in ihr Herkunftsland einbringen konnten.

Instruktiv ist hier der Fall der Flucht der Iraker nach Europa, die neben Großbritannien und Deutschland vor allem in Schweden Zuflucht gefunden haben. Nach dem Sturz Saddam Husseins im Jahr 2003 waren diese Migranten intensiv in den Wiederaufbauprozess des Iraks involviert, insbesondere im Norden des Landes. Vor allem die großen Migrantengemeinden in Großbritannien (ca. 400.000), Schweden (ca. 120.000) und Deutschland (ca. 110.000) halfen durch finanzielle Rücküberweisungen und Investitionen, das Land zu stabilisieren und die Wirtschaft aufzubauen. Viele kehrten auch in ihr Herkunftsland zurück, sobald sich ihnen eine Möglichkeit bot. So war etwa der nordirakische Bildungsminister aus Schweden zurückgekehrt und begann im Jahr 2009 damit, Elemente des schwedischen Schulsystems im Nordirak zu etablieren. Im März 2016 wurde die erste Volkshochschule für Frauen im nordirakischen Halabja von einer Rückkehrerin aus Schweden eröffnet. Auch Rückkehrer aus Deutschland spielen in diesem Prozess eine wichtige Rolle. So lebte, um nur ein Beispiel zu nennen, der aktuelle Bürgermeister von Erbil im Nordirak beispielsweise lange Zeit in Bonn. Der Wiederaufbau von Krisengebieten beginnt also nicht erst mit einem Friedensabkommen. Er wird schon vorher mit der Ausbildung und Integration der Geflüchteten eingeleitet. Die Geflüchteten von heute sind die Aktivkräfte von morgen, die mit ihrem wirtschaftlichen, sozialen und zivilen Engagement auch die Fluchtursachen für künftige Generationen bekämpfen.

Kurzum: Kluge Investitionen in die Geflüchteten werden sich lohnen – wenn auch nicht sofort. Neben den rein humanitären Gründen, die für die Aufnahme und die Integration der Geflüchteten sprechen, bieten sie auch eine Chance für die Auf-

nahmeländer. Die angeführten Beispiele stammen zwar aus unterschiedlichen Ländern mit jeweils unterschiedlichen Grundvoraussetzungen, doch es hat sich gezeigt: Wenn es der Asyl- und Integrationspolitik gelingt, die Geflüchteten zu empowern und ihre Selbstorganisationskräfte zu stärken, dann kann daraus eine Situation entstehen, von der alle profitieren: die Geflüchteten selbst, das Aufnahmeland und mittel- und langfristig möglicherweise auch die Herkunftsländer der Geflüchteten. Je früher damit begonnen wird, umso besser.



Uwe Hunger

ist Fellow am Forschungskolleg der Universität Siegen und Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der WWU Münster.

uwe.hunger@uni-siegen.de



Leonie Koning

hat Politikwissenschaft, Skandinavistik und Romanistik an der WWU Münster und der Universität von Bologna studiert.

leonie.koning@gmx.de



Stefan Metzger

promoviert als Stipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster.

stefanmetzger@uni-muenster.de

Rainer Gries

Am Ende der Kette

Eine kommunale Sicht auf die Willkommenskultur und die deutsche Flüchtlingspolitik

Wir haben die Fernsichtbilder aus dem Spätsommer 2015 noch im Kopf: Hunderttausende Flüchtlinge vor allem aus dem Nahen Osten sind auf dem Weg nach Europa, die meisten von ihnen nach Deutschland. Wer kommt bei uns an? Wie ist diese Herausforderung zu bewältigen? Ein Blick von unten, von der kommunalen Ebene, auf Flüchtlinge und Einheimische, viele davon auch ehrenamtliche Helfer, kann hier weiterhelfen.

Zum Beispiel Sankt Augustin, Nachbarstadt von Bonn, mit rund 56.000 Einwohnern. Die Stadt hat schon früher Flüchtlinge aufgenommen: Ende der 80er Jahre aus der DDR, in den 90er Jahren aus dem ehemaligen Jugoslawien. Es gab keine großen Probleme, es gab und gibt keine erkennbare rechts- oder linksextreme Szene in unserer Stadt. Ausgeblendet aus unserem städtischen Diskurs waren und sind weitgehend die Integrationsdefizite mit Blick auf frühere Zuwanderungen.

Aber es gibt sie: Im Stadtteil Niederpleis gibt es eine Hochhausiedlung, die »Wohnpark« genannt wird. Dorthin zogen vor Jahren Zuwanderer aus verschiedenen Ländern, darunter Marokkaner, Türken, Afghanen und Iraner. Ein kleines Einkaufszentrum hat sich zu einer »arabischen Ecke« entwickelt, mit orientalischem Markt und Imbiss, einem Café Marrakesch, einem marokkanischen und einem afghanischen Kulturverein. Man lebt eher nebeneinander. Es gibt zwar in einer Wohnung einen Treffpunkt, die Stadt stellt auch Beratungsangebote zur Verfügung. Ein Integrationskonzept oder ein durchdachtes Quartiersmanagement fehlen aber, wie auch eine notwendige Verstärkung der offenen Jugendarbeit. Was falsch läuft, ist bekannt. Man könnte daraus lernen.

In Sankt Augustin gab es im Frühjahr 2016 über 800 Flüchtlinge in kommunalen Unterkünften; in Unterkünften des Landes: rund 130 in einem ehemaligen Hotel (bis Ende dieses Jahres) und zunächst rund 130 in einer Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE), der ehemaligen Medienzentrale der Bundeswehr. Diese sollen auf die Zuweisungsquote der Stadt angerechnet werden. Die Belegung der ZUE soll ab Sommer auf 650 Plätze aufgestockt werden. Seit Mai werden neu errichtete Holzhäuser im Stadtteil Niederpleis, die ursprünglich als kommunale Unterkunft geplant waren, nun als zusätzliche Notunterkunft des Landes für bis zu 350 Personen genutzt und im Zuge einer Umverteilung von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen belegt. Bis zum Sommer könnte die Zahl der Flüchtlinge in städtischen und Landesunterkünften sowie angemieteten Wohnungen auf rund 1.900 steigen – ohne dass NRW und der Stadt weitere neu angekommene Flüchtlinge zugewiesen werden. Die Stadt plant vier weitere Unterkünfte für insgesamt etwa 1.000 Bewohner unter anderem zur Entlastung noch belegter Turnhallen. Entsprechend einem Ratsbeschluss sollen die Unterkünfte möglichst nur mit bis zu 150 Personen belegt werden.

Wir schaffen das!

Seit dem Frühsommer 2015 senden die Medien verstärkt die Botschaft: Flüchtlinge, vor allem aus Syrien, Irak, Afghanistan, kommen in stark wachsender Zahl über die Türkei, Griechenland und den Balkan nach Europa, vor allem nach Deutschland. Im Fernsehen sieht man Kriegsszenen aus Damaskus, Homs und Aleppo in Syrien oder aus dem Nordirak, vor allem aus Mossul, Bilder aus Flüchtlingslagern in Syrien, Jordanien oder dem Libanon, wo den Bewohnern aufgrund abnehmender Finanzierung durch den UNHCR die täglichen Mahlzeiten gekürzt werden. Wir sehen erschreckende Bilder von den Bootsfahrten von der Türkei nach Griechenland, von Libyen nach Italien, viele der Menschen in den Schlauchbooten oder auf den Seelenverkäufern ertrinken. All diese Bilder berühren uns, zumindest die meisten: Diesen Menschen muss man, müssen wir helfen.

Wer kommt da am Bahnhof in Budapest oder an der deutsch-österreichischen Grenze an? Sind es die Menschen aus zerbombten Städten und elenden Flüchtlingslagern? Egal, den Menschen muss geholfen werden, wie es dann in München und anderen Orten auch geschieht! Das war und ist ein starkes Zeichen der Nächstenliebe, der Solidarität, des zivilgesellschaftlichen Engagements. Da sind wir dabei.

Denn die Flüchtlinge kommen auch in unsere Stadt, sie werden uns zugewiesen: Im Sommer berichten die Regionalzeitungen, dass die ehemalige und seit einigen Jahren leerstehende Medienzentrale der Bundeswehr vom Regierungspräsidium Köln als ZUE für bis zu 800 Flüchtlinge genutzt werden soll. An der ersten Informationsveranstaltung der Stadt im Juli nehmen über 400 Besucher teil. Da viele keinen Einlass finden, folgt eine zweite. Die Bürger zeigen sich zum Teil besorgt: Vertreter der Tafel fürchten Konkurrenz für ihre Kunden, Anwohner fürchten den Wertverlust ihrer Häuser, ein Teilnehmer sorgt sich um die Feldhasen, die sich auf dem länger nicht genutzten Gelände angesiedelt haben. Die Teilnehmer fragen und argumentieren interessiert und sachlich, ohne fremdenfeindliche Töne oder Untertöne. Die Vertreter der Regierungspräsidentin und des künftigen Betreibers der ZUE zeigen sich wenig infor-

miert, bieten allgemeine, verharmlosende und beschwichtigende Formulierungen. Als ein ehemaliger Mitarbeiter der Medienzentrale berichtet, dass die Brandschutzbestimmungen nicht eingehalten wurden, zeigen sie sich überrascht. Die Bauunterlagen waren wohl nicht bekannt. Wegen der daher notwendigen Umbaumaßnahmen findet die erste Belegung auch nicht im September 2015 statt, sondern erst ab Ende Dezember. Im Frühjahr 2016 sind es immer noch nur 125 Bewohner. In Helferkreisen wird spekuliert, dass so eine Belegungsreserve vorgehalten wird. Die Anrechnungszusage gegenüber der Stadt wird so faktisch aufgehoben, denn die Zuweisungen steigen in der zweiten Jahreshälfte stark an. Umfang, ungenaue Angaben zu den ankommenden Personen und Kurzfristigkeit der Zuweisungen erweisen sich für die Stadtverwaltung als große Herausforderung über Monate.

Kleine Integrationsschritte

Im Spätsommer wird eine Turnhalle im Stadtteil Niederpleis mit bis zu 70 Flüchtlingen belegt – vor allem aus Syrien, Irak, Afghanistan, Albanien und Nordafrika, junge Männer und Frauen, Familien und Kinder unterschiedlichen Alters. Die Bewohner werden in durch Holzwände abtrennte Boxen mit 4-6 Betten untergebracht. Zur Selbstverpflegung gibt es einen Gemeinschaftsraum mit Herden, Kühlschränken und Waschmaschinen. Aus Sicherheitsgründen brennt Tag und Nacht das Licht. Die Halle ist frei zugänglich, ohne Zaun oder kontrollierenden Sicherheitsdienst.

Seit September formiert sich unser »Team Schützenweg« mit rund 70 ehrenamtlichen Helfern mit dem Ziel, den Flüchtlingen bei den Anforderungen des Alltags zu helfen und das Ankommen zu bewältigen. Einige übernehmen Patenschaften, andere helfen bei Arztbesuchen und Behördengängen. Sachspenden, von Kleidung bis Fahrrädern, werden gesammelt, niederschwellige Deutschkurse in der Halle organisiert. Ein Arzt kommt zu einer wöchentlichen Sprechstunde. Auch zu organisatorischen und Verwaltungsfragen wird eine feste wöchentliche Sprechstunde eingerichtet, um die Bewohner zu beraten, offizielle Bescheide und Briefe zu übersetzen, zu erklären und Antwortschreiben zu formulieren. Im November fahren Helfer mit rund 40 Flüchtlingen, vor allem aus Syrien und Irak, zur zuständigen Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) nach Burbach im Siegerland, damit sie formal einen Asylantrag stellen können. Neue Begriffe wie BüMA (Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender) und Aufenthaltsgestattung werden den Helfern vertraut.

Vor allem Syrer und Iraker sind Ansprechpartner, schon weil einige Englischkenntnisse besitzen. Sie unterstützen sich gegenseitig und die Helfer beim Übersetzen. So entstehen informelle Unterstützungsstrukturen, ein Klima des gegenseitigen Respekts und der Kooperation. Wir lernen uns kennen.

Als vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF) Ende 2015 die Mitteilung kommt, dass Asylantragsteller mit guter Bleibeperspektive – zum Beispiel Syrer und Iraker – schon vor einer Entscheidung über den Asylantrag einen Integrationskurs beantragen können, drucken die Helfer die Formulare aus und füllen sie gemeinsam mit den Betroffenen aus. Syrische und irakische Ehemänner gehen davon aus, dass sie selbstverständlich für ihre Frauen die Anträge unterschreiben. Der Hinweis der Helfer, dass ihre Frauen selbst unterschreiben müssen, hat irritierte

Gesichter der Männer und strahlende Gesichter der Frauen zur Folge – kleine Lern- und Integrationschritte!

Sowohl die Flüchtlinge als auch die Helfer sind guten Mutes: Das ist ein erster Schritt in Richtung Integration. Die Frage afghanischer Flüchtlinge, warum für sie ein vorzeitiger Antrag auf einen Integrationskurs nicht möglich ist, können wir weder beantworten noch verstehen und es erscheint ziemlich willkürlich, zumal aufgrund der über 15-jährigen Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Afghanistan Deutschland eine besondere Verantwortung zukommt.

Chaos in den Ämtern

Ab Spätherbst kommen erste Zweifel auf. Auch in der Stadt und den Nachbargemeinden gibt es zunehmend Zweifel und Kritik, vor allem angesichts der stark zunehmenden Flüchtlingszahlen und den offensichtlichen politischen und organisatorischen Defiziten auf Bundesebene. Die Feier der »Willkommenskultur« dort wird zunehmend zur Arbeit auf kommunaler Ebene – für kommunale Verwaltungen und ehrenamtliche Helfer. Die Aufgaben und Probleme werden durchgereicht.

Für die Flüchtlinge heißt es vor allem: warten – häufig auf widersprüchliche Bescheide. So teilt das BAMF zu Anträgen auf Integrationskurse zum Teil mit, zuständig sei das Ausländeramt des Kreises, oder bestreitet plötzlich die Bleibeperspektive von syrischen Antragstellern und verweist, da die Betroffenen sich korrekterweise in Ungarn hatten registrieren lassen, auf die Gültigkeit der sogenannten Dublin III-Verordnung – bedeutet das also die Rückkehr nach Ungarn? Dublin III ist von der Bundeskanzlerin mit ihrer Einladung Anfang September faktisch außer Kraft gesetzt worden. Also wird mit Unterstützung der Helfer Widerspruch eingelegt. Und es heißt wieder: Warten!

Aber es gibt auch Fortschritte: Nach Monaten können zumindest einige wenige in Integrationskurse der Volkshochschule aufgenommen werden, andere müssen warten, weil es zu wenige Kurse und Plätze gibt. Aber Kleinkinder gehen in den Kindergarten, andere Kinder besuchen die Grundschule in der Nähe der Turnhalle und präsentieren stolz ihre zunehmenden Deutschkenntnisse. Rund 120 Flüchtlingskinder besuchen inzwischen Schulen in der Stadt.

Zunehmend treffen auch Bescheide zu den Asylanträgen ein: ablehnende, die Einsprüche zur Folge haben, und auch die Anerkennung als Flüchtling oder die Zuerkennung von subsidiärem Schutz, kaum jedoch Anerkennung auf Asyl. Die Entscheidungen zu Albanern und Nordafrikanern bleiben noch offen.

Schaffen wir das?

Ab März 2016 melden Medien begleitend zu den Aussagen der Politiker: Die Hallen sind leer, es kommen kaum noch neue Flüchtlinge! Das verdrängt die Tatsache: Über eine Million sind noch hier, in unseren Turnhallen und Unterkünften! Das haben wir noch nicht geschafft. Im Frühjahr 2016 beschäftigt uns immer noch die Bewältigung der Zuwanderung. Bei der Integration »unserer« Flüchtlinge stehen wir noch am Anfang. Wir haben sie ein Stück kennen gelernt. Und wir hatten seit Anfang des Jahres eine Perspektive vor Augen: Gegenüber auf dem Sportplatz werden Holzhäuser zur

Unterbringung von rund 300 Flüchtlingen gebaut, geplant als kommunale Flüchtlingsunterkunft. Bis April gingen wir mit den Bewohnern der Turnhalle davon aus, dass sie dort zusammen mit Flüchtlingen einziehen können, die bislang in anderen Turnhallen der Stadt untergebracht waren.

Im Februar hatte sich der SPD-Ortsverein, im März die Gruppe »Soziale Agenda der Stadt Sankt Augustin« in öffentlichen Manifesten und der Stadtrat durch Ratsbeschluss im April zur Aufnahme von Flüchtlingen, zu ihrer sozial verträglichen Unterbringung und Integration in unserer Stadt bekannt.

Dann im April die Überraschung: Die Stadt übernimmt bis Ende des Jahres das ehemalige Hotel nunmehr als kommunale Unterkunft und die Holzhäuser auf dem Sportplatz werden Notunterkunft des Landes NRW. Sie sollen bis zu 350 Bewohner aus anderen kleineren Notunterkünften des Landes beherbergen, die nur wenige Wochen bis zu einer weiteren Verteilung auf NRW-Kommunen bleiben. Die bisherigen Bewohner der Turnhalle werden sehr kurzfristig Ende April und Anfang Mai auf mehrere Stadtteile verteilt. Die bisher entwickelte Zusammenarbeit zwischen Flüchtlingen, Helfern und Stadtverwaltung als Grundlage einer beginnenden Integration sieht der Helferkreis nun infrage gestellt. Die Überlegungen und Planungen des Helferkreises zur Unterstützung auch der größeren Zahl von Flüchtlingen in den Häusern auf dem Sportplatz sind zunächst hinfällig.

Was können wir lernen?

Wir haben aus den früher entstandenen Integrationsdefiziten in Teilen der Stadt kaum für die Bewältigung der aktuellen Lage gelernt.

Sowohl die Erwartungen der Flüchtlinge und Zuwanderer wie auch die der Helfer, die sich aufgrund der Medienberichte spontan und über Monate engagiert haben, waren nicht immer realistisch und bewirken auch Frust.

Die Aufnahmegesellschaft, insbesondere die Nachbarn der Flüchtlingsunterkünfte, müssen aktiver und früher informiert und nicht nur mit Beschlüssen konfrontiert werden. In den Austausch mit diesen Nachbarn sollten die ehrenamtlichen Helfer stärker einbezogen werden, um die Distanz zu den »Fremden« abzubauen. Kritik, Vorbehalte und Ängste der Nachbarn müssen ernst genommen werden.

Die Kooperation mit den Vertretern der kommunalen Verwaltungen auf der Arbeitsebene war gut, trotz der enormen Belastung.

Zehntausende helfen spontan und nachhaltig über Monate hinweg: Ein tolles Beispiel zivilgesellschaftlichen Engagements. Viele haben sich vorher nicht engagiert, jetzt haben sie sich in Verbände, Vereine, Kirchen oder Parteien eingebracht. Wie können sie für ein weiteres gesellschaftliches Engagement gewonnen werden? Wer bietet Chancen und Gelegenheiten?

Der politische Diskurs muss offener und ehrlicher geführt werden: Weder sind die Flüchtlinge die große Chance für den Arbeitsmarkt noch sind die Kosten ihrer Unterbringung und der folgenden Integration »aus der Portokasse« zu bezahlen. Wir sind aktuell meist noch in der Phase der Unterbringung, von der Turnhalle in provisorische Holzhäuser, nur eine Minderheit der einen Million neuer Flüchtlinge besucht einen Sprach- oder Integrationskurs. Kommunen haben das Problem, am Ende der Kette der

Willkommenskultur zu stehen, die Aufgaben – bei unzureichender finanzieller Unterstützung – zugewiesen zu bekommen und so eher die Erfahrung zu machen, dass Willkommenskultur Grenzen hat. Wenn Bund und Länder die Kommunen in der jetzigen Phase organisatorisch und finanziell hängen lassen, wird's später richtig teuer.

Eine Stimme »von unten«, Andreas Bausewein, thüringischer SPD-Vorsitzender und Erfurter Oberbürgermeister: »Die Stimmung in der Bevölkerung ist längst nicht mehr so gut wie im vergangenen Jahr. Zwar laufen die Leute nicht panisch herum, aber wer mit ihnen spricht, merkt, dass viele Angst vor einem Staatsversagen haben. Auf die Sorgen müssen wir reagieren. Nicht jeder, der Bauchschmerzen hat, ist gleich ein Nazi. (...) Die AfD war im vergangenen Jahr politisch am Ende. Erst das konsequente Ignorieren der Probleme durch die Berliner Schönwetterpolitik hat sie wieder stark gemacht« (*DER SPIEGEL*, 10/2016).



Rainer Gries

Sozialwissenschaftler, Mitglied einer ehrenamtlichen Helferguppe zur Unterstützung von Flüchtlingen, Sankt Augustin.

gries.bergmann-gries@t-online.de

Klaus J. Bade

Für eine Weltflüchtlingskonferenz

Vor rund 15 Jahren erschien mein Buch *Europa in Bewegung* zur europäischen Migrationgeschichte. Es endete mit der Aussage: »Solange das Pendant der Abwehr von Flüchtlingen aus der ›Dritten Welt«, die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Ausgangsräumen, fehlt, bleibt diese Abwehr ein historischer Skandal.« Daran hat sich nichts geändert, die Dimensionen sind vielmehr noch grauenhafter geworden. Das Urteil der Zukunft über die Vergangenheit, die heute unsere Gegenwart ist, wird deshalb ein verheerendes sein.

Die Folgen zeichnen sich für Europa seit 2015 immer deutlicher ab: *The empire strikes back* (»Das Imperium schlägt zurück«), sagen die Briten und glauben die Einwanderer aus ihren früheren Kolonien flüstern zu hören: »We are here, because you were there« (»Wir sind bei Euch, weil Ihr damals bei uns wart«). Ob mit oder ohne Kolonialgeschichte: Wenn wir uns nicht um die sogenannte Dritte oder Vierte Welt kümmern, dann kommt sie zu uns. Wenn wir das mit Gewalt verhindern wollten, würden wir alle unsere Grundwerte verraten. Wenn wir es aber mit ökonomischer und politischer Vernunft versuchen wollen, bleibt nur das Gebot der globalen Fairness.

Selbst der Multimilliardär, Philosoph und Förderer George Soros fordert jetzt einen Schritt in diese Richtung. Bekannt wurde er unter anderem durch spektakuläre Börsengeschäfte, die ganze Staaten erschütterten, aber auch als Gründer von

Stiftungen wie den Open Society Foundations, die sich für eine offene Gesellschaft und Menschenrechte einsetzen und den Mediendienst Integration fördern. Mit Blick auf die relativ erfolgreiche »Geberkonferenz« für Syrien am 4. Februar 2016 schrieb George Soros in einem Beitrag für die *Süddeutsche Zeitung*: »Die internationale Gemeinschaft unterschätzt den Bedarf an Unterstützung für die Flüchtlinge nach wie vor enorm, und zwar sowohl innerhalb als auch außerhalb der Grenzen der Europäischen Union (...). Statt Jahr für Jahr unzureichende Geldmittel für die Flüchtlinge zusammenzukratzen, ist es Zeit für eine großzügige Anschubfinanzierung (...). Die Ausgaben vorzuziehen, würde uns in die Lage versetzen, die gefährlichsten Folgen der Krise – die einwandererfeindliche Stimmung in den Aufnahmeländern und das Elend und die Marginalisierung der Flüchtlinge – wirksamer anzusprechen.«

Internationale Anschubfinanzierung

Neben einer europäischen Asylrechtsreform und besseren Grenzkontrollen denkt Soros dabei vor allem an eine drastische Erhöhung der Subventionen für die derzeitigen »Frontstaaten« des Fluchtgeschehens (Jordanien, Libanon und die Türkei): »In den Frontstaaten wird Geld benötigt, um den Flüchtlingen reguläre Beschäftigungsverhältnisse, Gesundheitsversorgung und Bildung zur Verfügung zu stellen. Wenn man das Leben für die Flüchtlinge in den Frontstaaten erträglich macht und (...) es ein geordnetes Verfahren für die Einreise nach Europa gibt, werden sie eher abwarten (...) als nach Europa zu hetzen und das System zu überlasten. In ähnlicher Weise wird [die] europäische Öffentlichkeit (...) dann weniger bereit sein, eine einwandererfeindliche Politik zu unterstützen.«

Der Multimilliardär fordert eine gewaltige internationale Anschubfinanzierung, ermöglicht zum Beispiel durch europäische Staatsanleihen: »In den kommenden drei bis fünf Jahren müssen mindestens 40 Milliarden Euro jährlich ausgegeben werden. Noch größere Beträge sind gerechtfertigt, wenn es gelingen soll, die Migrationskrise unter Kontrolle zu bringen.« Die Migrationskrise stelle eine existenzielle Bedrohung für die EU dar. Tatsächlich zeige die Union Auflösungserscheinungen – Nord stehe gegen Süd und Ost gegen West. Wann also, so fragt Soros, sollte das höchste Kreditrating der EU genutzt werden, wenn nicht jetzt?

Wenn man die Idee von Soros in ein umfassenderes Konzept einbringt, könnte sich daraus folgendes Strategiepaket ergeben:

Auf globaler Ebene berufen die Vereinten Nationen (UN) eine Weltflüchtlingskonferenz ein, am besten verbunden mit dem Ausrufen einer Weltflüchtlingsdekade. Dabei muss die absehbare millionenstarke Zahl von »Klimaflüchtlings« bereits mitgedacht werden, für die es bislang weder eine Rechtskategorie noch Umsiedlungsprogramme gibt.

Auf europäischer Ebene wären folgende Maßnahmen sinnvoll:

Erstens: Eine Reform des europäischen Asylrechts mit Aufnahmequoten oder Kontingenten und einem zumindest in einem Kerneuropa abgestimmten Lastenausgleich. Eine europäische Asylagentur wäre dabei hilfreich.

Zweitens: Mehr legale Zuwanderungswege in den Arbeitsmarkt, was viele sogee-

nannte »Wirtschaftsflüchtlinge« veranlassen könnte, von vornherein nicht als Asylbewerber den Zutritt in die EU oder nach Deutschland zu suchen, sondern als Wirtschaftswanderer. Dazu wäre eine europäische Arbeitsagentur hilfreich.

Drittens: An den Schengengrenzen sollte ein Kontrollsystem eingeführt werden, das Drittstaatsangehörigen, die sich nicht ausweisen können, nur Zutritt gewährt, wenn sie Asyl suchen. Alle anderen würden auf die Möglichkeit verwiesen, ein Arbeitsvisum zu beantragen.

Viertens: Die meisten Menschen flüchten aus den Krisenzonen in die Nachbarstaaten. Ein Teil von ihnen flieht von dort nach Europa weiter. Das könnte durch gewaltige Investitionen für die Anrainerstaaten, die den Großteil der Flüchtlinge aufnehmen, begrenzt werden. So könnte die Europäische Union in ihrer eigenen »Flüchtlingskrise« wieder konsens- und handlungsfähig gemacht werden.

Auf nationaler Ebene müssten folgende Schritte erfolgen:

Erstens: Einrichtung eines Nationalfonds zur Förderung der Integration und Entlastung der Kommunen.

Zweitens: Eine Entlastung des für die Asylverfahren zuständigen Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) durch die befristete Aufnahme von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen aus festgelegten Regionen (wie derzeit Syrien) in Kontingenten ohne asylrechtliche Einzelfallprüfung.

Drittens: Eine Schwächung des sogenannten Schlepperwesens, indem man über solche Asylanträge bereits in den Krisenregionen entscheidet und die (befristet) akzeptierten Flüchtlinge auf dem Luft- oder Seeweg abholt.

Viertens: Die befristete Schutzgewährung sollte mit einer generellen Rückkehrpflicht verbunden werden. Gleichzeitig sollten jedoch Bleibeperspektiven eröffnet werden für diejenigen, die gefragte Qualifikationen mitbringen oder während ihres Aufenthalts erworben haben.

So könnte das Grundgerüst einer neuen Asyl- und Migrationspolitik aussehen, die auch gesellschaftlich konsensfähig wäre. Nur mit solchen lösungsorientierten und nachvollziehbaren Konzepten kann die sogenannte Flüchtlingskrise abgemildert werden. Mit einem politischen Zickzackkurs hingegen, der die teilweise aufgebrachte Öffentlichkeit noch mehr irritiert, wird das nicht gelingen. Andernfalls könnte die Europäische Union zerfallen oder zurück zu einer bloßen Wirtschaftsgemeinschaft schrumpfen. Auch schwere Konflikte, die die parlamentarischen Demokratien in einzelnen Mitgliedstaaten erschüttern, wären dann nicht auszuschließen.

Ein Beitrag zur Bekämpfung der Ursachen unfreiwilliger Wanderungen in den Ausgangsräumen und zu globaler Fairness wäre das alles noch nicht, aber sicher ein erster Schritt dahin.

(Der Beitrag wurde am 26. Februar 2016 auf dem Informationsportal www.medien-dienst-integration.de veröffentlicht.)



Klaus J. Bade

war Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Er begründete das Osnabrücker Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), den Rat für Migration (RfM) und die Gesellschaft für Historische Migrationsforschung (GHM).

Kurt Graulich

Staat und Religion in der Flüchtlingsdebatte

Im April hat der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) sein Jahresgutachten (»Viele Götter, ein Staat: religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland«) herausgegeben, das sich mit der Beziehung zwischen Staat und Religion in Zeiten der vermehrten Einwanderung beschäftigt. Das Gutachten leistet einen Beitrag zur Integration, indem es rechtliche, gesellschaftliche und religiöse Problemlagen anlässlich von Einwanderung nach Deutschland sortiert und damit diskussionsfähig macht. Ihm liegt ein »religionsfreundliches« Verständnis zugrunde. Das darf als sympathisch gelten, handelt es sich bei dem einschlägigen Grundrecht – neben der Menschenwürde – doch um das individuellste Recht, in dem Stellvertretung nicht möglich ist, und dessen Schutz oder Bedrohung der Einzelne deshalb unausweichlich selbst erfährt. Die im Gutachten behandelten Konflikte ergeben sich nicht nur aus der Vielzahl aufeinandertreffender Religionen, sondern auch aus historisch gewachsenen Besonderheiten der deutschen Religionsverfassung, die ihrerseits Kompromisse nach früheren Konflikten verkörpern. Daraus folgt ein immer wieder erläuterungsbedürftiges Verhältnis von Staat und Religion in Deutschland.

Ankommen in den Gegensätzen

Das insgesamt erfreulich komplexe Gutachten trägt naheliegender Weise schwer an dem Problem, wie Integration in einer sich als pluralistisch und somit ihrem Werteverständnis nach inhomogen verstehende Gesellschaft stattfinden soll. Dies zeigt sich schon an der Beschreibung der »Religionsdebatte«: »In der öffentlichen Debatte erfährt die Bedeutung von Religion für die Integration von Zuwanderern in Deutschland seit Jahren eine hohe Aufmerksamkeit. Konkret angesprochen ist damit die Frage nach positiven oder negativen Zusammenhängen zwischen Religion bzw. Religiosität einerseits und gesellschaftlichem Zusammenhalt und Teilhabe an den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen andererseits. Die dazu vertretenen Positionen widersprechen sich diametral.« Das Religionsverfassungsrecht des Grundgesetzes von 1949 steht in einer Entwicklungslinie, die vom Westfälischen Frieden (1648) über den Reichsdeputationshauptschluss (1803) und die Weimarer Reichsverfassung (1919) führt. Sie betrifft die Finanzierung der christlichen Kirchen durch die sogenannten Staatsleistungen und staatlich erhobenen Kirchensteuern ebenso wie das komplizierte Verhältnis von staatlichen und Konfessionsschulen sowie die Spezifik der Erteilung von Religionsunterricht an staatlichen Schulen. Dieses Beziehungsgeflecht rechtlicher Prinzipien ist ursprünglich nicht entstanden zur Abwehr neu auftretender Religionen, sondern zum Ausgleich zwischen dem Staat einerseits und den hier vorhandenen Religionsgemeinschaften andererseits. Es geht bei der Integration von Menschen in Deutschland daher nicht um die Auflösung des hier traditionell bestehenden Unterschieds der Konfessionen und der grundsätzlichen Trennung von Religion und Staat, sondern um das Ankommen in den beschriebenen Gegensätzen.

Realitätsfernes Apriori der eigenen Friedfertigkeit

Dem Gutachten ist darin zu folgen, dass es auch bei den durch Zuwanderer mitgebrachten religiösen Überzeugungen keinen monokausalen Zusammenhang von »Religion und Terror« gibt: »Weit verbreitet, aber nicht zutreffend ist die Position, im Namen des Islam ausgeführten Terrorismus von religiösen Fragen zu lösen und stattdessen auf Faktoren wie Diskriminierung, soziale Marginalisierung, Arbeitslosigkeit oder mangelnden Bildungserfolg zu verweisen. Denn dies widerspricht den Ergebnissen einschlägiger globaler Terrorismusstudien. Diese zeigen vielmehr, dass Terroristen durchaus auch aus der Mittelklasse stammen, dass sie studiert haben und dass sie nicht zwangsläufig arbeitslos sind.« Der Umgang mit religiös motiviertem Terrorismus in der deutschen Gesellschaft muss aber komplexer beschrieben werden. Zweifellos kann Terrorismus von einer Rechtsordnung auch dann nicht geduldet werden, wenn er religiös motiviert ist. Und es kann nicht ignoriert werden, dass seit vielen Jahren terroristische Gewalt durch einzelne Menschen und Organisationen verübt wird, die sich zur Begründung ihrer Handlungen auf die islamische Religion berufen. Dies löst eine daran anknüpfende beständige Vorwurfshaltung gegenüber einwandernden Muslimen aus.

Diese Haltung entbehrt jedoch oftmals nicht nur der Differenzierung nach gewalttätigen und friedfertigen Anhängern einer Religion. Sie verzichtet auch auf die selbstkritische Analyse des Verständnishintergrunds der nichtislamischen Mehrheitsgesellschaft bei der Zuschreibung des religiös motivierten Terrorismus. Ihr Urteil über die der Radikalisierung verdächtige religiöse Minderheitsgruppe muss stärker das historisch und aktuell auffindbare gesellschaftliche Gefährdungspotenzial der eigenen Lebensgrundsätze – beispielhaft verdeutlicht an zwei ganz unterschiedlichen Ereignisfeldern – in den Blick nehmen, auch wenn dabei Tabuverletzungen drohen. Die beiden Weltkriege und der Holocaust mit ihren unermesslichen Opferzahlen haben maßgeblich im sogenannten christlichen Abendland stattgefunden und zeigen die nachdrückliche Gewaltbereitschaft der daran beteiligten Gesellschaften. Die latente Duldsamkeit gegenüber eigenen Regelverletzungen zeigt sich aber auch an einem aktuellen Aspekt kriminellen Verhaltens der Mehrheitsgesellschaft: Nach der Kriminalstatistik ereignet sich ein Drittel aller Straftaten in Deutschland unter Alkoholeinfluss. Diese Statistik sähe in einer Gesellschaft anders aus, die aus religiösen Gründen den Alkoholkonsum ablehnt. Die hiesige Mehrheitsgesellschaft birgt insofern von vornherein ein manifestes zerstörerisches Potential, das sie bei Beurteilung neu Hinzukommender ausblendet und stattdessen von einem Apriori der eigenen Friedfertigkeit ausgeht; dies verzerrt die Wahrnehmung des von den Einwanderern mitgebrachten Gefährdungspotenzials. Die angenommene eigene Friedfertigkeit ist ebenso eine Projektion wie die pauschal unterstellte Gefährlichkeit des anderen, die beide der kritischen Bearbeitung bedürfen.

Religionsfreiheit – kollisionsrechtlich betrachtet

Ausführlich setzt sich das Gutachten mit Normenkollisionen zwischen der Religionsfreiheit sowie anderen Grundrechten und Rechtsgütern auseinander. Ungeachtet der rechtlichen Bewertungen in der Vielzahl der angeführten Einzelfälle ist ausschlag-

gebend, dass sie gänzlich innerhalb der staatlichen Rechtsordnung verortet und entschieden werden. Die Berücksichtigung insbesondere individualrechtlich abgeleiteter Rechtspositionen mit religiösem Hintergrund ist dann rechtskonform. Sie fordert den Rechtsstaat nicht heraus, wenn die Vorgaben staatlicher Gesetze, insbesondere die Verfassung, eingehalten werden. So argumentiert auch das Gutachten in Bezug auf die Voraussetzungen für die Erteilung von Religionsunterricht: »Anerkennung von Verschiedenheit darf das Primat der demokratischen Grundwerte nicht schwächen. Schulpflicht als zentraler Grundpfeiler des deutschen Bildungssystems: kein Anspruch auf Ausnahmen.«

Die Quadratur des Kreises lösen einzelne Bundesländer – mit ausdrücklichem Zuspruch durch den Sachverständigenrat – mit einem sogenannten Beiratsmodell. Dieses Modell setzt verfassungskonformen Religionsunterricht mit staatlicher Anschubhilfe um, solange Muslime in Deutschland nicht aus eigener Kraft eine tragfähige Basis von Moscheegemeinden entwickelt haben: »So wird in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zur Einrichtung und Durchführung islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach das sogenannte Beiratsmodell praktiziert. Daraus ergeben sich zwar verfassungsrechtliche Probleme, vor allem im Hinblick auf die Trennung von Staat und Religion, denn die Beiräte werden nach landesgesetzlichen Vorgaben besetzt, unter Mitwirkung des Fachministeriums, bei dem sie auch angesiedelt sind. Dennoch zeigt dieses Modell den politischen Willen, islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach nach Art. 7 Abs. 3 GG anzubieten, obwohl es noch keine islamischen Religionsgemeinschaften gibt.« Dieser Beurteilung ist zuzustimmen. Das Beiratsmodell ist allemal mit den deutschen Verfassungsregeln besser zu vereinbaren als die Tätigkeit von Vertretern eines ausländischen Religionsministeriums: Wo deutscher Staatsgewalt die Befassung mit inhaltlichen Religionsfragen verwehrt ist, gilt dies für das Handeln ausländischer Regierungsstellen umso mehr.

Die religiöse Vielfalt und die wachsende Zahl der Areligiösen

Das Jahresgutachten befasst sich mit der Religionszugehörigkeit von Zuwanderern im Einwanderungsland und nimmt eine grundsätzlich positive Haltung zum Religiösen ein. Diese lässt sich gut vertreten, tauscht zugleich aber ein kleineres Konfliktpotenzial gegen ein größeres ein: »Grundprinzip staatlicher Religionsfreundlichkeit: religiöse Differenzierung führt zu religionspolitischem Pluralismus. Der früher unter dem Begriff der Hierarchisierung vertretene religionspolitische Weg, den ›klassischen‹ und ›staatstragenden‹ Religionen (insbesondere dem Christentum) zahlreiche Rechte und Entfaltungsmöglichkeiten im öffentlichen und staatlichen Raum zu garantieren, diese anderen (›staatsfernen‹) Religionen aber vorzuenthalten, hat mittlerweile an Überzeugungskraft und Unterstützern verloren.« Damit wird der Blick von den im Einwanderungsland bereits vorhandenen Religionsgemeinschaften auf die bislang neu Hinzukommenden gerichtet. Aber was ist mit den Areligiösen, zu denen gegenwärtig schon ein Drittel der deutschen Gesellschaft zählt? Ist ein Zuwanderer automatisch ein sich religiös bekennender Mensch? Warum sollten sich Zuwanderer durchschnittlich genauso stark oder sogar stärker religiös gebunden fühlen als die be-

reits in Deutschland Lebenden mit ihren allenfalls noch 65 % kirchlich Gebundenen? Drückt sich in der geringen religiösen Organisationsbereitschaft der Zuwanderer anstelle der Tücken der deutschen Religionsverfassung nicht einfach fehlende oder wider Erwarten schwächer ausgeprägte Religiosität aus? Stimmen denn die religionspolitischen und rechtsphilosophischen Grundannahmen im Diskurs der Sachverständigen?

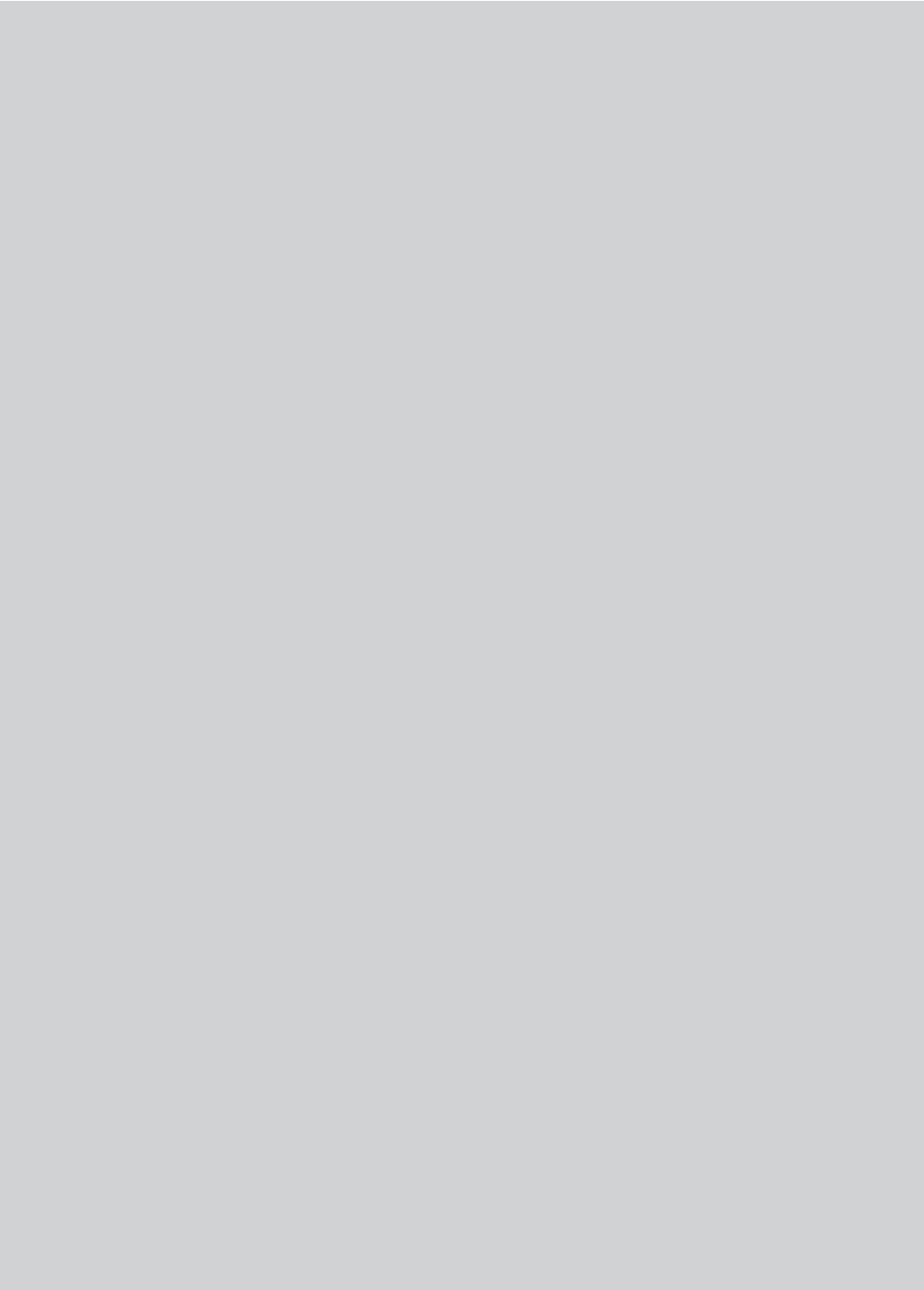
Das Gutachten – dies zeigt die Bezugnahme auf Ernst-Wolfgang Böckenförde – geht immer noch im Sinne von Carl Schmitts politischer Theologie (»Alle prägnanten Begriffe der modernen Staatslehre sind säkularisierte theologische Begriffe«) von einer Rückbezüglichkeit des Säkularen zum Theologischen aus, die zunehmend gesellschaftlich und ideengeschichtlich angezweifelt wird (Als Beispiel kann die Gegenposition zu Schmitt in Jan Assmanns *Herrschaft und Heil* genannt werden.). Daran gemessen erscheint der beschworene Konflikt zwischen den etablierten und den neu hinzukommenden Religionen doch sehr vordergründig als der Streit um eine Beute, von der ein großer werdender Teil der übrigen Gesellschaft ohnehin ausgeschlossen wird. Wo sind beispielsweise in den Rundfunkräten neben den Plätzen für die Religionsgemeinschaften diejenigen für die »Nichtreligionsgemeinschaften«? Sollen am Ende die – auf den Reichsdeputationshauptschluss von 1803 zurückgehenden – Staatsleistungen für die etablierten Kirchen unter dem Vorwand gesellschaftlicher Integration auch noch auf neu hinzugekommene Glaubensgemeinschaften ausgedehnt werden? Die Religionsverfassung des Grundgesetzes ist – als verlängerter Teil der sogenannten Nachwestfälischen Ordnung – als »Friedensordnung« zwischen den Religionen zu verstehen, und nicht als »Förderrahmen« für Religionsgemeinschaften. Den politischen Parteien hat das Bundesverfassungsgericht bescheinigt, dass ihnen das Risiko des Scheiterns durch die staatliche Finanzierung nicht abgenommen werden dürfe. In nicht minderem Maße gilt im religionsneutralen Staat, dass er gerade in Zeiten geringer werdenden Interesses den Religionsgemeinschaften nicht durch Privilegierungen ihr Risiko des Scheiterns abnehmen darf. Die Religionen müssen durch eigene Anstrengung der Erosion ihres Anteils in der Gesellschaft entgegenwirken, sonst gefährden sie das soziologische Substrat der Religionsverfassung selbst, und die Debatte um die religiöse Integration von Zuwanderern erweist sich als Ablenkungsmanöver.



Kurt Graulich

ist Richter am Bundesverwaltungsgericht und u.a. zuständig für Polizeirecht, Recht der Nachrichtendienste, Versammlungs-, Telekommunikations- und Rundfunkrecht. Außerdem ist er Lehrbeauftragter an der HU Berlin.

kurt.graulich@t-online.de



Nora von Dewitz/Mona Massumi

Der Heterogenität gerecht werden

Über die Einbindung neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher an deutschen Schulen

Aktuell wird insbesondere angesichts der hohen Fluchtmigration nach Deutschland kontrovers diskutiert, wie eine (erfolgreiche) Einbindung neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher ohne bzw. mit geringen Deutschkenntnissen an deutschen Schulen erfolgen kann. Migration ist als dynamisches Phänomen in Zusammenhang mit aktuellen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen oder Krisen zu sehen. Über einen längeren Zeitraum zeigt sich jedoch, dass Migrationsbewegungen – in variierendem Umfang und unter unterschiedlichen Bedingungen – konstant stattfinden. Migration bringt unter anderem Heterogenität und sprachliche Vielfalt mit sich. Schulische Konzepte, aber auch bildungspolitische und -administrative Vorgaben sollten diese als grundlegende Voraussetzung des Lernens berücksichtigen und langfristig planen. Wenn sich Schulen und Bildungssysteme grundsätzlich auf migrationsbedingte Mehrsprachigkeit und Heterogenität einstellen, fällt es leichter, auch auf kurzfristige Veränderungen zu reagieren.

Im Jahr 2014 kam erstmals die Mehrheit der ausländischen sechs bis 18-Jährigen mit einer Aufenthaltsdauer von unter einem Jahr in Deutschland aus Syrien, auch wenn im gleichen Jahr insgesamt noch die Mehrheit aller Kinder und Jugendlichen aus europäischen Staaten zuzog. Setzt man die Zahl der Zugezogenen zu der Gesamtzahl aller Kinder und Jugendlichen im Alter von sechs bis 18 Jahren in Relation, hat im Bundesdurchschnitt allerdings nur jede/r Hundertste aus dieser Altersgruppe im Jahr 2014 eine ausländische Staatsangehörigkeit und gleichzeitig eine Aufenthaltsdauer von unter einem Jahr (1,02 %). Der Anteil variiert von Bundesland zu Bundesland und zeigt eine Spannweite von 0,56 % in Brandenburg bis hin zu 1,79 % in Bremen. Solche Durchschnittswerte sind mit Blick auf einzelne Schulen jedoch nur bedingt aussagekräftig, denn innerhalb eines Bundeslandes, aber auch innerhalb einer Stadt, kann sich die Verteilung je nach Standort der Schule deutlich unterscheiden. Während einige Schulen bislang kaum oder keine neu zugewanderten Schülerinnen und Schüler aufgenommen haben, machen sie an anderen Schulen einen erheblichen Teil der Schülerschaft aus.

Als »neu zugewanderte Kinder und Jugendliche« bezeichnen wir diejenigen, die im schulpflichtigen Alter von ca. sechs bis 18 Jahren nach Deutschland zuziehen und über keine oder geringe Deutschkenntnisse verfügen – unabhängig von der Migrationsursache, den Umständen oder der aufenthaltsrechtlichen Situation.

Die meisten der Schülerinnen und Schüler in diesem Alter sind bereits im Herkunftsland zur Schule gegangen und haben eine oder mehrere Sprachen gelernt, die sie sprechen und gegebenenfalls auch schreiben. Ihre bisherigen (Bildungs-)Erfahrungen unterscheiden sich ebenso wie ihre Familien- oder Lebenssituationen in Deutschland. Angesichts dieser hohen Heterogenität kann man nicht von einer (homogenen) Gruppe neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler ausgehen;

gemeinsam ist ihnen lediglich, dass sie noch kein oder nur wenig Deutsch sprechen.

Die Schulpflicht unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland geringfügig. Daraus können sich einerseits für ältere Jugendliche und junge Erwachsene Unterschiede ergeben, abhängig davon wie lange die Schulpflicht greift oder ein Zugang zur Schule möglich ist. Andererseits entstehen für geflüchtete Kinder und Jugendliche trotz des Rechtes auf Bildung Einschränkungen in einigen Bundesländern, wenn die Schulpflicht ab einer bestimmten Verweildauer oder an die Zuweisung in eine Gemeinde oder Gebietskörperschaft gebunden ist und somit nicht von Anfang an gilt. Wichtig ist es aber nicht nur, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, um allen Kindern und Jugendlichen den Schulbesuch zu ermöglichen, sondern auch eine ausreichende Zahl an Schulplätzen zur Verfügung zu stellen und den Zugang sicherzustellen.

Für Kinder und Jugendliche ohne Dokumente ist es in der Praxis teilweise sehr schwierig oder unmöglich, an einer Schule aufgenommen zu werden. Trotz gegensätzlicher rechtlicher Vorgaben werden an Schulen und Behörden häufig Meldebestätigungen oder andere Unterlagen zur Anmeldung gefordert.

Modelle schulischer Einbindung

Auf der Grundlage einer Abfrage in den Kultusministerien der Länder von November 2014 bis März 2015 lassen sich fünf schulorganisatorische Modelle zur Einbindung neu zugewandeter Schülerinnen und Schüler in Deutschland systematisieren. Da zwei- oder mehrsprachige Schulmodelle aktuell in Deutschland nur in geringem Umfang umgesetzt werden, sind sie hierbei nicht abgebildet. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie nicht zu empfehlen wären. Die Forschung aus anderen Ländern zeigt vielmehr eine positive Bewertung.

- Das submersive Modell: Neu zugewanderte Kinder und Jugendliche gehen ab dem ersten Schultag in Regelklassen und nehmen an den allgemeinen Förderangeboten der Schule teil.

- Das integrative Modell: Besuch einer Regelklasse ab dem ersten Schultag und zusätzliche Sprachförderung.

- Das teilintegrative Modell: Unterricht in einer speziell eingerichteten Klasse, Teilnahme am Regelunterricht in einigen Unterrichtsfächern.

- Das parallele Modell: Besuch einer speziell eingerichteten Klasse, die parallel zu den regulären Klassen geführt wird, über einen bestimmten Zeitraum und während der gesamten Unterrichtszeit.

- Das parallele Modell »Schulabschluss«: Besuch einer parallel geführten Klasse. Die Kinder und Jugendlichen bleiben bis zum Ende der Schulzeit im Klassenverband und bereiten sich gemeinsam auf den Schulabschluss vor.

Gemeinsames Ziel aller Modelle ist es, eine erfolgreiche Teilnahme am Regelsystem bzw. am Unterricht einer deutschsprachigen Regelklasse zu ermöglichen. Die Vorgehensweisen, mit denen dieses Ziel erreicht werden soll, unterscheiden sich: Maßnahmen allgemeiner sprachlicher Bildung und Sprachförderung im Deutschen werden in unterschiedlichem Umfang kombiniert mit spezifischer Sprachförderung für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler mit keinen bzw. geringen Deutsch-

kenntnissen. Auch die Zeit, die neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler am Unterricht einer Regelklasse teilnehmen, variiert. Eine Trennlinie könnte danach gezogen werden, ob eine Klasse speziell für neu Zugewanderte eingerichtet wird oder nicht. Gibt es keine parallel geführte Klasse, findet die spezifische Sprachförderung im Deutschen häufig additiv in einer kleineren Lerngruppe statt.

Mit Blick auf die praktische Umsetzung verschwimmen die Grenzen zwischen den einzelnen Modellen. Die Stundenzahl der Deutschförderung in einer additiven Maßnahme kann beispielsweise im Einzelfall für die Schülerin oder den Schüler im integrativen Modell höher ausfallen als in einer speziell eingerichteten Klasse. Auch ergeben sich Unterschiede mit Blick auf die Ausgestaltung der Modelle, wie z.B. hinsichtlich der Stundentafeln, Gruppengrößen oder Verweildauer.

Das einzige Modell, das dabei keinerlei spezifische Sprachförderung im Deutschen vorsieht, ist das submersive, das aus eben diesem Grund nicht zu empfehlen ist. Ein Kind oder Jugendlicher kann in diesem Fall ausschließlich im Rahmen des Unterrichts der Regelklasse Deutsch lernen oder an den allgemeinen Angeboten der Schule teilnehmen. Es handelt sich dabei vielmehr um eine umstandslose Eingliederung des Kindes oder Jugendlichen als um ein geplantes Modell.

Viele Schulen entscheiden sich – teilweise bestimmt durch die Vorgaben der Bundesländer – bei der Aufnahme von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern dafür, Klassen speziell einzurichten. In diesem Fall muss eine langfristige Perspektive eingenommen und der Übergang in eine Regelklasse als Teil des Gesamtkonzepts mitgedacht werden. Nur so kann er entsprechend gestaltet und eine weitere Unterstützung sichergestellt werden. Hinzu kommen Aspekte, die die gesamte Schule betreffen. So unterstützt u.a. ein Konzept durchgängiger Sprachbildung, bei dem die Lehrkräfte aller Fächer eingebunden werden, auch alle Schülerinnen und Schüler in ihrem fachlichen und sprachlichen Lernen.

Betrachtet man den Schulerfolg neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler kommt eine Vielzahl von Faktoren zusammen, die über die schulorganisatorische Ebene allein hinausgehen. So lassen sich durch die Modelle keine Aussagen über die Qualität und Gestaltung des Unterrichts treffen. Auch die Rahmenbedingungen, Ressourcen und Schülerschaft der einzelnen Schulen unterscheiden sich voneinander. Ein adäquates Konzept zur Aufnahme und Einbindung neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler muss die spezifischen Bedingungen vor Ort berücksichtigen und in multiprofessionellen Teams und Netzwerken arbeiten.

(Dieser Beitrag basiert auf den Ergebnissen der Studie »Neu zugewanderte Kinder und Jugendliche im deutschen Schulsystem« von Mona Massumi, Nora von Dewitz et al. von 2015, Mercator-Institut für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache, Zentrum für LehrerInnenbildung der Universität zu Köln. Die Studie ist auf der Institutsseite im Internet abrufbar.)



Nora von Dewitz

ist Sprachwissenschaftlerin und arbeitet im Mercator-Institut als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Universität zu Köln.

nora.dewitz@mercator.uni-koeln.de



Mona Massumi

z.Zt. am Zentrum für LehrerInnenbildung der Universität zu Köln tätig, zuvor als Lehrerin an einem Berufskolleg u.a. in Internationalen Förderklassen.

Jutta Scherrer

Wladimir Putin – Lehrmeister der russischen Geschichte

Der russische Präsident Wladimir Putin hat eine ausgesprochene Vorliebe für die Geschichte seines Landes. Allerdings passt er seine Verweise auf die Geschichte Russlands stets den jeweiligen politischen Umständen an. Bei allem Eklektizismus liegt seiner Geschichtspolitik jedoch eine konstante Haupttendenz zugrunde: der starke russische Staat und seine ungebrochene Kontinuität vom mittelalterlichen Großreich Kiewer Rus (9.-13. Jahrhundert) bis in die jüngste Gegenwart, Stalins Herrschaft eingeschlossen. Diese 1.000-jährige Geschichte stützt sich auf die russische Sprache, die russische Kultur und die russisch-orthodoxe Religion als vereinigende Faktoren der »russischen Welt« – ein Ideologem, das grenzüberschreitend den ganzen Raum der früheren Sowjetunion, in dem Russen leben, als russische Zivilisation erfasst. Hiermit rechtfertigte Putin die Annexion der Krim im März 2014. Und selbst Putins geopolitisches Eurasienprojekt wird von der hegemonialen »russischen Welt« und der den europäischen sowie den asiatischen Teil zusammenhaltenden »russischen Idee« untermauert.

Um seine politischen Vorstellungen (besser: Ambitionen) zu erhärten, warten Putins Diskurse mit zahlreichen Sentenzen russischer Philosophen auf, die, wie der Präsident oder seine Redenschreiber zuweilen auch irrtümlich annehmen, eine konservative Vision der Geschichte Russlands verteidigen. So werden etwa Äußerungen von so unterschiedlichen Denkern wie Iwan Iljin oder Nikolai Berdjajew je nach Bedarf von ihrem Inhalt gelöst und dem entsprechenden politischen Kontext zugeordnet, wobei gelegentlich ein und dasselbe Zitat für ein völlig entgegengesetztes Argument erhalten muss (vergleiche auch Michel Eltchaninoffs Buch *In Putins Kopf. Die Philosophie eines lupenreichen Demokraten*, 2016).

Im Folgenden seien einige Kernpunkte genannt, die Putins Rückgriff auf die russische Geschichte seit dem Beginn seiner Herrschaft im Jahre 2000 kennzeichnen.

An erster Stelle steht der Patriotismus als Element der Kohäsion des allmächtigen russischen Staatswesens. Diesen verordnete Putin der russischen Jugend bereits zu einer Zeit, als er Russland zumindest bei seinen Besuchen im westlichen Ausland noch als europäische Kultur bezeichnete. Inzwischen wurde das patriotische Dekret immer wieder um neue Aspekte bereichert, unter anderem um die patriotisch-militärische Erziehung der Jugend. Auch wenn Russland ein Vielvölkerstaat ist, so lautet die patriotische Mission, sind es die Russen, die die Kohäsion des Staates garantieren und sein Fundament bilden. Auch wenn neben der Orthodoxie laut Verfassung Islam, Judaismus und Buddhismus zu den offiziell anerkannten Religionen gehören, so ist es

die Religion der Russen, die russische Orthodoxie, die die traditionellen Werte der russischen Großmacht verkörpert.

Mit dem Patriotismus aufs engste verbunden ist der Erinnerungskult an den »Großen Vaterländischen Krieg« und den Sieg über Nazideutschland, der von Jahr zu Jahr mit einer größeren Militärparade begangen wird. Es gilt, die Macht des russischen Staates zu untermauern, um das Selbstbewusstsein, die Identität einer großen, unbesiegbaren Nation zu festigen.

Noch 2009 hatte Putin in einer Ansprache in Danzig anlässlich des 70. Jahrestags des Beginns des Zweiten Weltkriegs eingeräumt, dass alle mit Nazideutschland zwischen 1934 und 1939 abgeschlossenen Verträge »moralisch inakzeptabel« und »politisch sinnlos« gewesen seien. Bei einem Treffen mit jungen Historikern in Moskau im November 2014 rechtfertigte er den Hitler-Stalin-Pakt damit, dass die Sowjetunion für die Modernisierung ihrer Streitkräfte Zeit gebraucht habe. Die im geheimen Zusatzprotokoll festgelegte Aufteilung Polens zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion sei von Polen selbstverschuldet. Nach dem Münchner Abkommen von 1938, in dem die westlichen Staaten einer Zerschlagung der Tschechoslowakei zustimmten, hätten die Polen auch ihr Stück genommen: »Im Gegenzug geschah einfach das gleiche mit ihnen.« Putins Kulturminister Wladimir Medinskij folgerte daraufhin, dass der Pakt ein »kolossaler Erfolg der Stalinschen Diplomatie« (Friedrich Schmidt in der *FAZ*) gewesen sei. Lehrbücher für den Geschichtsunterricht weisen schon längst daraufhin (indem manche das mit geographischen Karten belegen), dass die Zuordnung der in dem Nichtangriffspakt festgelegten Gebiete zur Sowjetunion den Grenzen des Territoriums des russischen Imperiums entsprach – und damit gerechtfertigt gewesen sei.

Russland – »heilige Macht«

Eine von Putins ersten Amtshandlungen im November 2001 galt der Wiedereinführung der Melodie der 1943 von Stalin eingeführten und von Boris Jelzin abgeschafften sowjetischen Nationalhymne. Aus der »unfehlbaren Partei« wurde jetzt »Russland – heilige Macht«. Doch Putins Patriotismus, den er als Bestandteil der nationalen Identität versteht, instrumentalisiert auch das imperiale Russland: Der 2004 dekretierte neue nationale Feiertag der »nationalen Einheit« soll an die Vertreibung der katholischen polnischen Invasoren am 4. November 1612 durch eine gesamt-russische Volkswehr erinnern, womit die Zeit der Wirren (*smuta*) beendet und der Neuaufbau des damals noch Moskauer Staates eingeleitet wurde. Die russisch-orthodoxe Kirche war an der Findung dieses religiös begründeten Datums maßgeblich beteiligt. Seinerseits hatte Putin der Kirche bereits im ersten Jahr seiner Präsidentschaft die Heiligsprechung des letzten russischen Zaren Nikolaj II. auf Grund seines Märtyrertods zugestanden. Die Kirche nimmt überhaupt in Putins Geschichtsdiskurs eine hervorragende Rolle ein. Sie verbürgt die traditionellen russischen Werte, sie ist der Sockel für die christliche Moral des putinschen Staatswesens, die dem dekadenten, unmoralischen Westen abhandengekommen ist. Die Orthodoxie ist der Kern der eigenständigen, originären »russischen Zivilisation«, ein Konzept, das mit der Nostalgie für das imperiale Russland immer häufiger in Putins Diskursen präsent ist.

In jüngster Zeit bezieht sich Putin auf die russische »Staat-Zivilisation« (*gosudarstvo-civilizacija*).

In seiner Rede an die Nation am 18. März 2014, die Putin unmittelbar nach der Annexion der Krim hielt, erinnerte er an die hier vorhandenen »Stätten von tausend Jahren russischer Geschichte«, die »uns heilig« sind, weswegen »die Krim immer ein untrennbarer Teil Russlands bleibt«. Putins zahlreichen Referenzen auf das »heilige Russland« steht keineswegs entgegen, dass er im September des vergangenen Jahres in Moskau die größte Moschee Europas eröffnete, gilt ihm doch der Islam als »eine der traditionellen russischen Religionen« in einem »geintem, multinationalen und multi-konfessionellen Land«.

Es regt sich Widerstand

Für die Legitimierung seiner Herrschaft ist Putin Geschichte viel zu wichtig, um sie allein den Historikern, geschweige denn den Geschichtslehrern zu überlassen. Immer wieder versammelt er die letzteren um sich. Seine Sorge gilt vor allem der Vielzahl der Geschichtsbücher, die er durch ein einheitliches Lehrbuch mit einem homogenen historischen Narrativ ersetzen will, das wie zu sowjetischen Zeiten für alle Schüler im ganzen Land gelten soll. Das von Putin beauftragte, für die Geschichtslehrer bestimmte Lehrbuch *Neueste Geschichte Russlands 1945-2006*, dessen Autor Alexander Filippow nicht einmal ein Historiker war, stellte Stalin als »Führer eines mächtigen Staates« und »Maschine der sowjetischen Industrialisierung« dar, womit die Repressionen zwar nicht gerechtfertigt, doch eindeutig in den Schatten von Stalins Erfolgen gerückt wurden. Vor allem aber wird der Name Stalins mit dem russischen Sieg über Deutschland verbunden. Zur Ehre zahlreicher russischer Historiker und Geschichtslehrer gereicht es allerdings, dass sich viele unter ihnen dieser und ähnlichen Geschichtsinterpretationen Putins offen entgegenstellen. So löste auch die von Putins diensteifrigem Nachfolger, Interimspräsident Dmitri Medwedew, eingerichtete »Kommission für die Bekämpfung von Versuchen der Geschichtsfälschung zum Nachteil der Interessen Russlands« bei zahlreichen Historikern sowie Vertretern der Zivilgesellschaft Befremden aus, zumal sich die Kommission aus Vertretern der Geheimdienste und der Armee (die im Russischen zusammen als *silowiki* bezeichnet werden, was so viel wie »Stärke« bedeutet) sowie Politikern zusammensetzte, die durch ihre nationalistischen Ansichten und ihr Großmachtdenken bekannt waren. Die Kommission wurde inzwischen aufgelöst. Dafür überschwemmen immer mehr pseudohistorische Filme das staatliche Fernsehen und tragen dazu bei, die von Putin verkündete starke russische Staatsmacht zu glorifizieren und Feindbilder zu lancieren, an deren oberste Stelle die USA stehen.

Kein Platz für Schuld und Verantwortung

Putin betreibt in einem Ausmaß Geschichtspolitik wie keiner seiner Vorgänger, die sowjetischen einbezogen. Im Mittelpunkt seines auf die russische Identität und die nationale Souveränität fokussierten Geschichtsbilds steht die Apologie der russischen wie der sowjetischen imperialen Größe Russlands, die nicht zuletzt den von Putin so bedauerten Untergang der Sowjetunion rekompensiert. Ein Jahr vor dem 100. Jahrestag

von Lenins Russischer Revolution 1917 distanziert er sich auch von ihrem staatszersetzenden Charakter und der Interpretation, sie hätte den Zusammenhalt des historischen russischen Imperiums zerstört. Der von Putin verkündete Großmachts- und Patriotismusmythos sieht in der vaterländischen Geschichte nicht mehr als eine Reihe ruhmreicher, heroischer Großtaten, die seine auf die Stärkung der Staatsmacht konzentrierte Politik legitimieren. In diesem Mythos gibt es für Schuld und Verantwortung keinen Platz. Die Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit passt nicht in Putins Geschichtsbild. »Wir sollten niemandem erlauben, uns ein Schuldgefühl aufzudrängen«, appellierte Putin bereits zu Beginn seiner ersten Amtszeit an die Historiker. Es sei ihre Aufgabe »vor allem bei unseren jungen Bürgern wieder das Gefühl von Stolz auf ihr Land zu schaffen«. Dabei leugnet Putin in letzter Zeit die Verbrechen unter Stalin keineswegs, die »Methode« sei nur falsch gewesen. Auch stand er der Errichtung eines unlängst in Moskau eröffneten Gulag-Museums nicht im Wege – allein um dieses Thema nicht der Zivilgesellschaft zu überlassen. Doch seiner Vorstellung von der Größe Russlands tun die Opfer seiner Geschichte keinen Abbruch. Deshalb wird auch Stalin zunehmend rehabilitiert. »Bei aller Kritik an Stalin«, so fragte Putin rhetorisch in einem Gespräch über den Zweiten Weltkrieg, »kann irgendjemand mit Gewissheit behaupten, dass ein anderes Vorgehen als dasjenige Stalins uns zum Sieg verholfen hätte«?

Die Aufklärung der Verbrechen im Sowjetreich, vor allem der stalinschen Repressionen, ihrer Urheber und Träger, bleibt nach wie vor der Gesellschaft überlassen, die ihre Aktivitäten hoffentlich auch weiter fortsetzen kann. Ausländische Stiftungen und NGOs werden ja zunehmend als »Agenten« diskreditiert.

(Dazu auch der Beitrag von Alexander Wolf am Ende dieses Schwerpunktes)



Jutta Scherrer

ist Professorin für Russische Geschichte an der *École des Hautes Études en Sciences Sociales* in Paris.

scherrer@ehess.fr

Felix Hett

Verflechtung ohne Wandel: Russlandpolitik in der Krise

Seit über zwei Jahren befinden sich die Beziehungen zwischen der EU und Russland in einer tiefen Krise. Die einstige »strategische Partnerschaft« ist Geschichte. Die deutsche Russlanddebatte orientiert sich angesichts dessen an zwei extremen Polen: Auf der einen Seite steht die »Schwamm-drüber«-Fraktion, die trotz völkerrechtswidriger Krim-Annexion und tätiger Beihilfe Moskaus zum Kriegsgeschehen in der Ostukraine sobald wie möglich zum »business as usual« der Jahre vor 2013 zurückkehren möchte – um des lieben Friedens willen und der guten Geschäfte wegen. Auf der anderen Seite finden sich »Kalte Krieger«, die zum Durchhalten aufrufen: Russlands Stern befinde sich im Sinken, entweder werde die »Regionalmacht« angesichts schwinden-

der Ressourcen von selbst klein begeben, oder die herrschenden Eliten würden – nach dem Vorbild der Ukraine – über kurz oder lang von einer Revolte hinweggefegt. Zwischen diesen beiden Polen des Meinungsspektrums wird die Debatte geführt. Dabei beziehen sich Vertreter/innen beider Fraktionen immer wieder auf das Erbe der sozialdemokratischen Ostpolitik: Manche möchten diese gar ins Reich der Mythen verbannt wissen. Schließlich sei die Sowjetunion wahlweise in Afghanistan, am niedrigen Ölpreis oder an Reagans Sternenkrieg zugrunde gegangen – nicht aber als Folge von Willy Brandts Entspannungspolitik. Andere fordern eine Neuauflage der Ostpolitik, die meist auf einen Kern reduziert wird: Wandel durch Handel. Mehr wirtschaftliche Verflechtung würde, in dieser Logik, aus Russland einen verlässlicheren Partner machen und langfristig die gesellschaftspolitische Modernisierung im Osten befördern.

Dabei leidet die Debatte, wie der britische Historiker Hans Kundnani argumentiert, unter einer oft verzerrten Wahrnehmung der Ostpolitik – selbst unter Sozialdemokrat/innen: Zwar ist die Frage interessant, welchen Anteil die Ostpolitik am Kollaps des Ostblocks letztendlich hatte. Die von Egon Bahr maßgeblich geprägte Politik wird hier jedoch am falschen Ziel gemessen: Die Demokratisierung der Sowjetunion war nicht intendiert, der »Wandel« sollte sich in den innerdeutschen Beziehungen vollziehen. Die »Annäherung« an die Sowjetunion war das Mittel zum Zweck, zur Überwindung der deutschen Teilung. Der bundesrepublikanische Warenaustausch mit den Ostblockstaaten war dabei ein Instrument unter vielen.

»Wandel durch Verflechtung« – ein umstrittenes Konzept

Nach 1990 wurde die unbestreitbar erfolgreiche Ostpolitik im öffentlichen Diskurs in ihrer historischen Wirkung überhöht. Nach 2000 inspirierte sie erkennbar die Russlandpolitik der Bundesregierung, die nun den »Wandel durch Verflechtung« (Altkanzler Gerhard Schröder 2007) erreichen wollte. Anders als der Realist Bahr waren wechselnde Planungsstäbe im Auswärtigen Amt durch liberale Theorien der internationalen Beziehungen geprägt, denen zufolge die Einbindung in globale Warenströme und wechselseitige Abhängigkeiten Staaten zu »verantwortlichen Stakeholdern« des internationalen Systems machen und überdies inneren Reformen Anstoß geben. Dies ist einerseits wenig verwunderlich, denn dieser außenpolitische Ansatz zog Lehren aus der europäischen Einigung, entsprach dem liberalen Zeitgeist nach dem »Ende der Geschichte« und auch der Politik, die verschiedene US-Administrationen bis heute gegenüber China verfolgen. Derzeit lässt sich der ungebrochene Glaube an die transformative Kraft freien Handels in der Diskussion über das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine verfolgen, das den äußeren Anlass für die aktuelle EU-Russland-Krise bot.

Andererseits hegen nicht nur linke Ökonomen Zweifel an den für alle Beteiligten positiven Wirkungen von Freihandel und ausländischen Direktinvestitionen. Überdies sieht die realistische Schule der internationalen Beziehungen die wirtschaftliche Interdependenz skeptisch: Schließlich, so ein regelmäßiger Einwand, sei der Erste Weltkrieg zu einem frühen Höhepunkt der Globalisierung ausgebrochen. Und Russland entschloss sich im März 2014 zur Krim-Annexion, obwohl der Handel mit der EU kurz zuvor – 2012 – sein Rekordniveau erreicht hatte.

Aus der Sicht der Realisten ist die Kräfteverteilung innerhalb der wirtschaftlichen Verflechtung entscheidend für das Verhalten von Staaten. Dem US-Politologen Dale Copeland zufolge kommt es vor allem auf die Erwartungen der regierenden Eliten über die zukünftigen Machtverschiebungen in der Interdependenz an: Befürchtet ein Staat, dass die Verhältnisse sich zu seinen Ungunsten entwickeln, wird Verflechtung ihn nicht vor aggressivem Agieren zurückschrecken lassen. Dies kann der Fall sein, wenn der Verlust eines wichtigen Absatzmarktes droht, oder wenn die Perspektiven der eigenen Wirtschaft schlecht sind. Soweit, in aller Kürze, die Theorie. Sie an der aktuellen EU-Russland-Krise zu testen, wäre ein lohnenswertes Unterfangen: Denn schließlich sah Moskau 2013 durch das Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine seine wirtschaftlichen Interessen massiv bedroht. Und seit dem Übergreifen der internationalen Finanzkrise auf Russland 2009 gilt es als gesunder Menschenverstand, dass sich das bisherige russische Wachstumsmodell erschöpft hat – und ein neues nicht in Sicht ist.

Die 2008 ins Leben gerufene deutsch-russische Modernisierungspartnerschaft konnte hieran nur wenig ändern. Sie war rhetorisch von der Ostpolitik inspiriert, und gleichzeitig in ihrer Zielsetzung ungleich ambitionierter, weil sie den Wandel in Russland zum Ziel hatte. Sie basierte auf den Exportinteressen der deutschen Industrie, was für ihre gesellschaftliche Unterstützung zunächst kein Nachteil war. Sie konnte überdies während des »Interregnums« des Präsidenten Dmitri Medwedew in Russland auf hinreichende Rezeption und Akzeptanz hoffen. Gleichzeitig litt die Politik an zwei Defiziten: Die Verflechtungslogik wurde in ihren potenziellen Wirkungen überschätzt. Zudem mangelte es an Überlegungen darüber, auf welche Weise die Modernisierungspartnerschaft zum erwünschten sozialen Wandel in Russland beitragen sollte. Technologieimporte allein haben vermutlich noch nirgendwo zu einer gesamtgesellschaftlichen Transformation geführt. Schließlich konnte die Modernisierungspartnerschaft im immer kurzatmiger werdenden Politikbetrieb nicht einmal drei Jahre überstehen, bevor ihr Scheitern von ersten Kommentatoren ausgerufen wurde.

Von der Ostpolitik lernen

Was kann man also heute von der Ostpolitik der 60er und 70er Jahre lernen? Angesichts grundlegend geänderter Rahmenbedingungen im Vergleich zu den Zeiten der bipolaren Blockkonfrontation sind es wohl vor allem Methoden, für die Egon Bahr und Willy Brandt bis heute stehen: Die Fähigkeit, eine langfristige Perspektive einzunehmen und Kurs zu halten, ist hier als erstes zu nennen. Als zweites steht das Grundprinzip, demzufolge der Status quo zunächst erkannt, analysiert und akzeptiert werden muss, bevor er überwunden werden kann. Dem folgt eine Politik der kleinen Schritte, die nicht unbedingt auf den ersten Blick in die richtige Richtung führen müssen, es aber in der Gesamtschau tun – genauso wie die vermeintliche Zementierung der deutschen Teilung durch De-facto-Anerkennung der DDR Vorbedingung für deren Überwindung war.

Eine durch die Ostpolitik inspirierte Debatte zur Russlandpolitik Deutschlands und der EU müsste sich demzufolge an drei Fragen orientieren: Was ist der Status quo? Was ist das Ziel? Und welche kleinen Schritte sind denkbar, um das Ziel, die Wieder-

herstellung von Frieden in Europa, zu erreichen? Dies gilt ebenso für die Annahme, dass ein demokratisches, marktwirtschaftliches und prosperierendes Russland, das in seinen Außenbeziehungen kooperativ ist, die Erreichung dieses Ziels wahrscheinlicher macht. Der Status quo ist jedoch ein anderer: Russland befindet sich auf einem autoritären Pfad, die Wirtschaft ist durch Oligopole und Rent-Seeker beherrscht, und die konfrontative Außenpolitik der zurückliegenden zwei Jahre erfreut sich offenkundig im Volk hoher Beliebtheit. Zur Anerkennung dieser Tatsachen gehört auch, dass die Möglichkeiten, auf diese Zustände von außen einzuwirken, äußerst begrenzt sind.

Was sind vor diesem Hintergrund mögliche kleine Schritte, die kurzfristig Frieden schaffen und mittel- bis langfristig eine kooperative Einbindung Russlands wahrscheinlicher machen? Bei der Suche nach Antworten könnte ein weiteres Bonmot Egon Bahrs hilfreich sein, nämlich die Charakterisierung der Entspannungspolitik als »innerdeutsches Judo«: Beim Judo versuchen die Sportler, die Absichten des Gegenübers zu antizipieren und dessen Energien zum eigenen Vorteil in eine andere Richtung zu lenken. Es wäre einen Versuch wert, die zum Teil in ihren Reflexen ritualisierte Russlanddebatte um Überlegungen anzureichern, die in diesem Sinne vielleicht kontraintuitiv sind: Inwiefern, beispielsweise, ließen sich bei den in Russland herrschenden Eliten positive Zukunftserwartungen hinsichtlich der Kooperation mit dem Westen erzeugen? Ist es in diesem Zusammenhang sinnvoll, Russland seine Schwäche vorzuhalten, wie es Barack Obama mit der Bezeichnung als »Regionalmacht« tat? Und welche Chancen gibt es, den mittlerweile durch exogene Faktoren – Ölpreisverfall, Rubelabwertung, Wirtschaftssanktionen – angestoßenen Strukturwandel in Russland aus der EU heraus konstruktiv zu begleiten? Die Abkehr von der einseitigen Fixierung auf den Ressourcenexport, in Zeiten hoher Ölpreise vergeblich gefordert, erfolgt aktuell in Russland notgedrungen – solange der Ölpreis und der Kurs des Rubels auf niedrigem Niveau verharren. Kurzfristig ist dieser Zustand problematisch, mittelfristig birgt er aber Chancen auf eine Wiederbelebung der russischen Industrie, was Russland langfristig entscheidend verändern könnte.



Felix Hett

ist Russland-Referent bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

felix.hett@fes.de

Golineh Atai

Angst ist unser Lebensgefühl

Eine Reise nach Tschetschenien

»Sie sehen die vielen schönen neuen Gebäude hier. Aber wissen Sie – der Apfel wird von innen faul.« Die Augen schauen nervös hin und her, es scheint uns niemand zu beobachten, ein kurzer Moment der Freiheit, und ich habe den Eindruck, als ob mir

jemand ganz schnell ganz viel erzählen will. »Die Armut hier werden Sie nicht zu sehen bekommen. Mein Viertel kann ich ihnen nicht zeigen. Hier sind doch 70 % der Menschen arbeitslos. Manchmal sind wir Tschetschenen so wütend, dass wir auf die Straße gehen und schreien wollen, einfach nur schreien, über die Ungerechtigkeit, die uns jeden Tag widerfährt. Aber es wird sicher einen Machtwechsel geben. Und falls Ramsan Kadyrow entkommt und auswandert, dann rächen wir uns an seiner Clique. Sie erniedrigen die Menschen. Haben Sie gesehen, wie ein junger Mann in seiner Unterhose auf ein Laufband gestellt wurde und dabei Putin loben musste? Haben Sie gesehen, wie Kadyrow eine Frau, die ihn kritisiert hatte, vor ihrem Ehemann im Staatsfernsehen demütigte, bis sie Reue zeigte? Und dann diese riesigen Demonstrationen für Kadyrow – da werden doch alle hingeschleppt. Wir müssen dahin, sonst bekommen wir Lohnabzug, werden entlassen. Das ist alles nur ein Karneval.«

Der Mensch, von dem ich diese Worte höre, wäre in Lebensgefahr, wenn ich seine Identität preisgäbe. Ich habe Folterspuren auf dem Körper gesehen. Nicht nur sein Leben, auch das Leben und die Würde seiner Familie wären in Gefahr.

Die Wahrheit hinter der schönen Kulisse

Wir sind in Russland. Genauer gesagt in Grosny, die Hauptstadt der Republik Tschetschenien. Vor 16 Jahren berühmt geworden als ein »vom Krieg zerfressenes Höllloch«. Die am meisten zerstörte Stadt der Welt, stellten die Vereinten Nationen damals fest. Nun ragen Türme in den Himmel. Eine fast unbewohnte, leere Skyline vor einer goldenen Moschee – der Republikleiter hat sich ein Denkmal gesetzt, das Geld dafür kam aus Moskau. Die Straßen sind sauber und die Fassaden blitzblank. Alles wirkt friedlich. »Doch es gibt einen Frieden, der zumindest nicht besser ist als der Krieg – wenn jedes Gesicht ein schreckliches Geheimnis verbirgt, wenn unter dem Marmor Blut hervorquillt, das jemand jeden Morgen sorgfältig wegwischt«, schreibt der russische Journalist Oleg Kaschin über Tschetschenien. Einen Film zu drehen über die Wahrheit hinter der schönen Marmorkulisse – das ist unmöglich. Wer mit westlichen Journalisten spricht, macht sich verdächtig. Selbst unsere einheimischen Fahrer gehen ein Risiko ein. Unsere Anrufe bei den wenigen unabhängigen Menschenrechtlern in Grosny bleiben – anders als noch vor drei Jahren – unbeantwortet. Viele sind weggegangen. Nachdem eine Reihe von russischen und westlichen Journalisten festgenommen, ausgewiesen oder zusammengeschlagen wurde, beschließen wir, mit vom Staat ernannten Menschenrechtlern zu arbeiten, die offizielle Termine für uns ausmachen, den Besuch eines westlichen Fernsteams als Propaganda für ihre eigenen Zwecke missbrauchen, und dafür von uns Geld kassieren. Schnell merke ich, dass ich als offiziell angemeldete Journalistin hier in ähnliche moralische und psychologische Zwänge und Zwickmühlen gerate wie jeder, der in der Republik ehrlich leben will.

Eine Straßenumfrage auf der Putin-Allee. Ich frage die Passanten, warum viele Tschetschenen nach Deutschland wollen. Dort sind die Asylanträge wieder gestiegen. »Davon habe ich nichts gehört. Im Gegenteil, die Leute dort wollen wieder zurück«, sagt eine Frau. »Denn wir haben hier Stabilität. Ich würde sagen, unsere Republik

blüht, wir arbeiten, wir ruhen uns aus, wir haben einen sehr guten Republikchef, wir sind sehr zufrieden, wir lieben ihn«. Einen kurzen Moment später frage ich eine andere Frau, die schnell ihre große Sonnenbrille aufgesetzt hat, als sie unser Fernsteam sieht. »Ich würde auch gerne nach Deutschland. Dort ist es viel besser als hier, dort herrscht Recht und Gesetz. Hier vielleicht auch, aber anders«, seufzt sie. Wir hörten hier oft, alles sei gut, sage ich ihr. Sie lächelt. »Ja, man sagt das. Man sagt das. Man sagt sehr viel. Aber das, was man im Internet sagt und schreibt darüber, wie es hier ist – nur das entspricht der Wahrheit. Auf Wiedersehen.«

»Die Menschen haben ihr Inneres zweigeteilt«, erzählt mir die russische Menschenrechtlerin Svetlana Gannuschkina, die Ramsan Kadyrow persönlich kennt. Sie leben in Straßen, die nach den Namen ihrer russischen Peiniger benannt sind. Die Kriege gegen Russland und den Drang nach Unabhängigkeit mussten sie vergessen. Ihre eigene Geschichte, die Deportation eines ganzen Volkes unter Stalin, mussten sie verdrängen. Jetzt werden sie wieder drangsaliert, von einem Herrscher, der sich als »König« ansprechen lässt, und dem jede Beschwerde als Verbrechen gilt. Jeder, der auf das Blut zeigt, das aus dem Marmor quillt, gilt als Verräter, kann verschwinden, seine Familie verlieren, sein Haus niederbrennen sehen. »Die Angst zwingt die Tschetschenen, ihren Drachen zu lieben. Vielleicht ist es eine Schutzreaktion der Psyche, sonst würden sie verrückt werden, sich dagegen wehren«, so Gannuschkina. »Es gibt Zeugenaussagen, wonach Ramsan bei Folterungen persönlich zugegen ist. Der Psychologie nach gehört er wohl zu den Sadisten. Vielleicht bereitet ihm das Genuss. Das wissen alle, der Oberstaatsanwalt ist im Bilde, der Innenminister, und andere.«

Die Geschichte des Dorfes Kenchi im Südosten der Republik ist ein Sinnbild für die Herrschaft Kadyrows. In einem zehnminütigen, selbst hergestellten Video wendet sich der Dorfbewohner Ramasan Djalaldinow im April an Präsident Putin. Der Familienvater hat etliche Male versucht, die föderalen Behörden auf sein Dorf aufmerksam zu machen. Die Schäden, die der letzte Krieg dem Dorf zugefügt habe, und die Zerstörungen durch ein Hochwasser seien nie behoben worden. Die Einwohner erhielten eine Entschädigung nur dann, wenn sie zwei Drittel der Summe an die örtlichen Beamten abdrückten. Die Löhne der Lehrer im Dorf seien so oft nicht ausbezahlt worden, dass viele ihren Beruf aufgaben. Willkür, Korruption, das Verschwinden von sozialen Zahlungen, die direkt aus Moskau kommen: nichts wirklich Neues in der Republik. In einem Interview mit einem unabhängigen russischen Journalisten bestätigen die Einwohner die Aussagen von Ramasan Djalaldinow. Dieser wird von nun an gesucht, seit dem Video auf YouTube erhält er Todesdrohungen. Er flieht in das benachbarte Dagestan. Seine Frau und seine Töchter werden von bewaffneten Männern aus dem Haus geworfen, später wird das Haus angezündet. Später erklärt seine Frau gegenüber Journalisten in der Nachbarrepublik Dagestan, dass ihr Bewaffnete die Pistole an den Kopf gesetzt hätten, mit den Worten: »Dein Mann muss seine Lügen entschuldigen und sich bei Kadyrow entschuldigen, sonst kann es sein, dass du oder deine Töchter verschwinden.«

Das Dorf ist bald von Sicherheitskräften umstellt. Der Republikchef besucht Kenchi. Kadyrow ist erbost über den Mann, der ihn einfach umging und sich an Putin

wandte. Die Dorfbewohner, die sich vorher mit ihrem Nachbarn solidarisch zeigten, schwärzen Djalaldinow nun an, bezichtigen ihn der Heuchelei. Nach sechs Wochen schließlich widerruft der Bittsteller seine Videobotschaft, und entschuldigt sich beim Republikchef. Er schäme sich für seinen großen Fehler. Er hoffe, dass seine Mitmenschen nicht seinen Fehler wiederholten. Auf Instagram stellt Ramsan Kadyrow das Video der Entschuldigung ein, mit dem Kommentar: »Jeder Mensch irrt sich einmal. Ein intelligenter Mann, der realisierte, dass etwas falsch lief, es zugab, und der sich dann auf den Pfad der Wahrheit begab. Ich habe bereits am allerersten Tag verstanden, dass einige schmutzige und unheilvolle Kräfte den ungesunden Dorfbewohner für ihre eigenen Zwecke missbrauchen wollen. Eine Medienattacke, um ihn einzuschüchtern, und zu suggerieren, dass sein Leben und das seiner Familie in Gefahr seien. Sie versuchten ihn zu zwingen, Tschetschenien zu verlassen. Doch niemand wird sich um ihn so kümmern wie wir in Tschetschenien.«

Wir werden nicht nach Kenchi gelassen. Stattdessen lädt uns die Kadyrow-Jugend zum Kebab-Essen in ein wunderschönes Bergdorf ein, wo der »König« ein Skigebiet bauen lässt. Der staatliche Menschenrechtsbeauftragte Nurdi Nuchajew erklärt es uns so: »Wenn wir hier schon so schöne Straßen und Häuser gebaut haben, dann wäre es doch nicht zu viel verlangt, darüber zu berichten, und wenn man das nicht loben will, soll man lieber gar nichts sagen.« Nicht näher bestimmte dunkle Kräfte, die westliche Gelder bekämen, hätten das Haus des Dorfbewohners angezündet, will uns Nuchajew weismachen.

Eine Art Konsens

Djalaldinow hatte mehrfach an führende Politiker der Russischen Föderation appelliert. Seine Videobotschaft richtete er an Russlands Präsidenten. Wladimir Putin antwortete ihm nie. Die Menschenrechtlerin Swetlana Gannuschkina erklärt das Verhältnis zwischen dem Kreml und Grosny, zwischen Putin und Kadyrow, als »eine Art Konsens, vielleicht nicht auf Papier fixiert, sondern nur mündlich, etwa in der Form: Du kannst dort machen, was du willst, solange du jeden Tag die Worte runterbetest: Russland ist unser Mütterchen und Putin unser Väterchen. Solange du die Position vertrittst, dass Tschetschenien ein Teil Russlands ist, kannst du dort machen, was dir einfällt«.

Immer wieder weisen russische Journalisten und Menschenrechtler Putin darauf hin, dass die russische Verfassung, das föderale Recht in Tschetschenien kaum funktioniere. »Es gibt nur ein Gesetz, und das lautet: Ramsans Befehl«, erklärt Gannuschkina. Selbst zu Sowjetzeiten habe es so ein Konstrukt nicht gegeben: Russische Juristen arbeiteten in Tschetschenien unter Lebensgefahr, und konnten nichts durchsetzen. Wenn bewaffnete Tschetschenen einen Bus voller Journalisten und Menschenrechtler in Brand setzen, das Büro einer Menschenrechtsorganisation in Grosny zerstören oder ganze Familien von Terroristen bestrafen, indem sie ihre Häuser anzünden und Familienmitglieder foltern, dann lautet die gängige Reaktion des Kreml: »Das ist inakzeptabel«. Doch es passiert nichts nach diesen Worten. Im April hat Präsident Putin die Amtszeit von Ramsan Kadyrow verlängert. Der Republikchef, seit neun Jahren an der Macht, wurde nie gewählt.

Ramsan Kadyrow trägt die höchsten Orden Russlands. Auf Instagram posiert er gerne mit Tigerbabys oder Krokodilen im Arm. Er lädt gerne Hollywoodstars in sein wiederaufgebautes Grosny ein, er sucht online nach seiner entlaufenen Katze und legt sich dabei mit US-Comedian John Oliver an. Er präsentiert sich oft mit Putin-T-Shirts und Korankette um den Hals. Er begreift sich als obersten Menschenrechtler und obersten Richter. »Die Gelder, die aus Moskau nach Tschetschenien fließen, sind seine persönlichen Gelder, er bestimmt, wofür diese verwendet werden. Wohnungen, die aus Staatsgeld dort gebaut wurden, werden verkauft. Kadyrov besitzt ein wunderbares Schloss, einen Zoo, wunderbare Pferde aus den Arabischen Emiraten«, erklärt Swetlana Gannuschkina.

Einige Tage nachdem sich der Dorfbewohner Ramasan Djalaldinow entschuldigt hat, bekommen wir plötzlich die Einladung der Behörden, nach Kenchi zu fahren. Offenbar ist es dem Regime wichtig, dass der Mann seine Entschuldigung und Selbstbezeichnung auch einem westlichen Sender gegenüber ausspricht. Ich lehne es ab, einen Menschen, auf den ganz offensichtlich Druck ausgeübt wurde, nun als Propagandawerkzeug des Regimes für meinen Bericht zu missbrauchen.

Die Liste an Menschenrechtsverletzungen ist lang

Als der Menschenrechtsrat von Präsident Putin eine Dienstreise durch den Kaukasus antritt, fahre ich erneut nach Grosny. Auf dem Programm steht eine Begegnung mit Bürgern und ein Treffen mit Ramsan Kadyrow. Doch in letzter Sekunde muss der von Putin eingesetzte Rat sein Programm ändern. Kadyrow droht, er könne für die Sicherheit der Ratsmitglieder in Grosny nicht garantieren. In der Nachbarrepublik Inguschetien treffe ich Ratsmitglied Igor Kalyapin von der russischen NGO »Komitee zur Verhinderung von Folter«. Der Russe hat unzählige Fälle in Tschetschenien verfolgt, seine Organisation, gegründet nach dem Mord an der Menschenrechtlerin Natalia Estemirowa, kann aber nicht mehr in Grosny arbeiten, ihr Büro wurde mehrmals verwüstet. Als Kalyapin bei Russlands Generalstaatsanwalt eine Anfrage stellte, ob Kadyrows Herrschaft den Prinzipien der russischen Verfassung entspreche, galt er kurze Zeit später als unerwünscht in Grosny. Im Interview mit uns spricht der Menschenrechtler von einer neuen Qualität der Kadyrow-Herrschaft: »Es genügt Ramsan offenbar nicht mehr, dass absolute Willkür herrscht, dass seine Leute mit jedem Tschetschenen alles machen dürfen und dass sie dafür nicht bestraft werden – das reicht ihm nun nicht mehr. Jetzt will Kadyrow, dass niemand mehr darüber redet.«

Einige Tschetschenen sind in das 100 Kilometer von Grosny entfernte Nasran gefahren, nach Inguschetien, um Igor Kalyapin dort zu treffen. »Wenn sie uns hier mit ihrer Kamera zeigen, wird Ramsan uns töten«, sagen sie mir. Sie suchen rechtlichen Rat – und moralischen Beistand. Mal geht es um verschwundene Töchter, mal um Menschen, die gefoltert werden, weil sie in einem sozialen Netzwerk Kritik an Kadyrow geübt hatten. Ich höre von durch Folter und Drohungen erpresste Geständnisse und Selbstanzeigen, von Zwangsaussiedlungen und kollektiven Strafen. Ein Anwalt erzählt mir, dass viele unschuldige junge Männer bezichtigt werden, dem »Islamischen Staat« anzugehören: Unterlagen werden gefälscht, die Statistik geschönt, um Moskau

den Eindruck zu vermitteln, dass die Strafverfolgung von Terroristen in Tschetschenien besonders gut funktioniere. Ein Tschetschene wendet sich an mich. Er erklärt mir, dass viele nicht mit mir sprechen wollen, weil sie Angst hätten, dass dann ihren Verwandten etwas zustoße: »Aber glauben Sie mir: Im ganzen Land haben die Menschen es satt.«

Igor Kalyapin sitzt an einem Tisch in der Regionalverwaltung von Nasran, über ihm ein Putin-Porträt. Er sieht nachdenklich und mitgenommen aus. Ein Fall beschäftigt ihn sehr, erzählt er. Die Geschichte einer jungen Tschetschenin, die für eine westliche Flüchtlingshilfsorganisation arbeitete und vor Jahren in Grosny verschleppt – und seitdem nie wieder gesehen – wurde. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stellte fest, dass Russland den Verwandten eine Entschädigung zahlen muss. Die junge Frau wurde bei einer Spezialoperation von Kadyrows Sicherheitskräften mitgenommen, die Verantwortung liege in diesem Fall direkt bei Kadyrow selbst, sagt Kalyapin. Der Fall sei aussichtslos. »Weder im ersten noch im zweiten Tschetschenienkrieg, wo die Zivilbevölkerung massenhaft ums Leben kam, nie hatte die Bevölkerung soviel Angst vor dem Staat, vor den Nachbarn, vor sich selbst wie jetzt, im heutigen Tschetschenien, mit seinen Lichtshows, Springbrunnen, Wolkenkratzern und Putin-Alleen. Ich glaube, so etwas hat es in der Geschichte des tschetschenischen Volkes nie gegeben. Vielleicht gab es so etwas in Moskau 1937.«



Golineh Atai

ist Redakteurin und Moderatorin, z. Zt. ARD-Korrespondentin in Moskau.

Alexander Wolf

Der kalte Wind der Sowjetzeit

Wie Russland gegen Oppositionsbewegungen und zivilgesellschaftlichen Protest vorgeht

Außerparlamentarische Organisationen nehmen in einer lebendigen Demokratie die Rolle des Sprachrohrs der Zivilgesellschaft ein – und spiegeln im besten Fall die Vielfalt der jeweiligen Gesellschaft wider. Auch in der russischen Verfassung ist in Artikel 13 die politische Vielfalt festgeschrieben, die jedoch spätestens mit der umstrittenen Verabschiedung des »Agentengesetzes«, welches 2012 im Eiltempo durch die Staatsduma gepeitscht wurde, gravierend beschränkt worden ist. Sämtliche Materialien von nicht-russischen Nichtregierungsorganisationen müssen mit dem Vermerk »NGO – in Funktion eines ausländischen Agenten« gekennzeichnet sein, die NGO selbst muss sich ins entsprechende Register beim Justizministerium eintragen lassen. Bei Widerstand gegen die Bestimmungen des Gesetzes drohen den Organisationen Geldstrafen in Höhe von umgerechnet bis zu 25.000 Euro, was in vielen Fällen eine so-

fortige Auflösung mit sich bringen würde. Dennoch weigerten sich viele der Betroffenen erfolgreich, bis eine Verschärfung des Gesetzes die russischen Behörden ermächtigte, verdächtige Organisationen eigenmächtig in das Agentenregister einzutragen. Einen ausreichenden Verdacht stellt bereits der Geldeingang von einem beliebigen ausländischen Konto dar, auch Gelder, die die NGO auf dem Weg eines internationalen Ausschreibungsverfahrens erhält. Bei der Auslegung des Gesetzes ist den russischen Behörden mit einer »Catch-All-Klausel« ein weit gefasster Auslegungsspielraum eröffnet worden: Alle Organisationen, die die russische Souveränität, das kulturelle Erbe oder – noch unbestimmter – die nationalen Interessen gefährden, können geschlossen oder sanktioniert werden.

Die öffentlichkeitswirksame Brandmarkung als »politischer Agent« offenbart einen tiefen Einblick in das politische Selbstbild des heutigen Russland, das an den rückwärtsgewandten Spirit einer Zeit erinnert, in der das Carl Schmitt'sche Freund-Feind Denken großen Anklang fand. Die klare Abgrenzung zum »Feind« mit dem Ziel der Stärkung der eigenen Identität mutet wie der wehleidige Versuch des ehemaligen KGB-Chefs Putin an, den totalitären Geist aus Sowjetzeiten wieder auferstehen zu lassen. Für viele Tausend NGOs haben diese Machtfantasien jedoch konkrete Folgen: Ohne Gerichtsbeschluss sind die zuständigen staatlichen Behörden berechtigt, die Aktivitäten für sechs Monate zu untersagen oder einer außerordentlichen Prüfung zu unterziehen.

Dabei besitzen freie Journalisten und Menschenrechtsorganisationen in Russland einen besonderen Stellenwert und sind für viele Menschen die einzige Anlaufstelle für ein erfolgreiches Gerichtsverfahren in einem Rechtssystem, dem nur knapp jeder Fünfte sein volles Vertrauen ausspricht. Die »Grande Dame« der russischen Menschenrechtsbewegung und Vorsitzende der Helsinki-Gruppe Ljudmila Aleksejewa beklagt seit Jahrzehnten, dass Zivilrechte zwar in der Verfassung stünden, jedoch im realen Leben nicht vom russischen Staat überwacht werden und »die Durchsetzung der elementarsten Grundrechte ein Kampf ist«. In einem funktionierenden Rechtsstaat darf die Judikative kein verlängerter Arm der Machthabenden sein – dennoch bleibt die unabhängige und freie Justiz auch nach Putins vielversprechender Ankündigung von der »Diktatur des Gesetzes« weiterhin ein leeres Versprechen. Solange die Ernennung der obersten Richter auf Vorschlag von Putin und anschließender Bestätigung seiner russischen Einheitspartei im Förderationsrat beliebig und ohne oppositionelle Kontrolle angeordnet werden kann, bleibt die Gewaltenteilung auch künftig ein euphemistisches Element aus den Erzählungen des Kremls.

Spiel mit dem Feuer – ziviler Aktivismus

Aber auch zivilgesellschaftlicher Protest hat es in Russland nicht einfach – jegliche Protestaktivität wird bereits auf der untersten Wahrnehmungsebene aus dem legalen Politikfeld verdrängt: »Aktivismus« lautet dann der Vorwurf, was im Russischen gleichbedeutend mit der Durchführung von radikalen Handlungen ist, unabhängig von ihrem tatsächlichen Charakter. Als besonders krasses Beispiel ist insbesondere das Punkgebet der russischen Band Pussy Riot in Erinnerung. Nach einem öffentlichen Schauprozess, der internationale Aufmerksamkeit erregte, wanderten Nadja

Tolokonnikowa und ihre Gefährtinnen für zwei Jahre in Lagerhaft und kamen in den »Genuss« von stundenlanger Zwangsarbeit in künstlich unterkühlten Räumen. Frauen und selbst Kranke mussten bei mangelhafter medizinischer Versorgung bis zu 12 Stunden täglich schuften und dabei mit ansehen, wie Mithäftlinge an Erschöpfung und Überanstrengung zusammenbrachen. Diese und weitere Erfahrungen schildert die Frontsängerin der Punkband in ihrer im März 2016 erschienenen Biografie *Anleitung für eine Revolution*. Dennoch scheint ihr ureigener Idealismus, die russische Gesellschaft zum Besseren zu verändern, ungebrochen: »Ich muss meinem Staat dafür danken, ins Gefängnis geworfen worden zu sein. Ich bekam so die Gelegenheit, seine totalitären Züge in voller Härte auskosten zu können.« In ihrer neu gegründeten Menschenrechtsorganisation »Zone des Rechts« kämpft sie für verbesserte Haftbedingungen in den Straflagern, in denen noch immer der kalte Wind aus den längst vergessen geglaubten sowjetischen Gulags weht.

Mit ihrer Beschreibung der russischen Haftbedingungen macht Tolokonnikowa auf ein elementares Abschreckungsinstrumentarium des russischen Strafvollzugsystems aufmerksam: Unverhältnismäßig hohe Haftstrafen und menschenunwürdige Haftbedingungen sollen jegliche Protestaktivitäten bereits im Keim ersticken. Doch nicht nur das Ausmaß der Strafen, sondern auch eine Besonderheit in der rechtsphilosophischen Auffassung über den Sinn und Zweck von Bestrafung und Inhaftierung von Rechtsbrüchigen kennzeichnet das russische Strafsystem: Der Wille der Gefangenen soll gebrochen und eine gänzlich neue Persönlichkeit geformt werden. »Mutter Gottes, Jungfrau, verjage Putin!« heißt es in dem 41-sekündigen Punkgebet, das Pussy Riot ausgerechnet in der Christ-Erlöser Kathedrale in Moskau aufführte. Anschließend bekamen die Sängerinnen wegen Rowdytums und zahlreichen Verstößen gegen religiöse Normen die harte Hand des russischen Justizsystems zu spüren. Keine Frage – auch in Deutschland wäre eine solche Protestaktion mit einer Sanktion belegt worden. Doch zwischen einer empfindlichen Geldstrafe und zwei Jahren Lagerarbeit in Isolationshaft liegen Welten. Das öffentliche Signal, das Russland mit seinen exorbitanten Strafen sendet ist eindeutig: Bis hierhin und keinen Schritt weiter.

Auch die jüngsten Verschärfungen des Demonstrationsrechts bestärken den begründeten Verdacht, dass kritische Stimmen im politischen Meinungsbildungsprozess nicht erwünscht sind. Ein prominentes Beispiel hierfür ist der russische Bürgerrechtler Ildar Dadin, der als erster Aktivist nach einer friedlichen, jedoch nicht angemeldeten Protestaktion nach neuem Recht zu drei Jahren Lagerhaft verurteilt wurde. Diese Verurteilung lässt auch den Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe, Christoph Strässer, an der Rechtmäßigkeit der Staatsgewalt in Russland zweifeln: »Ich bin bestürzt über das im neuen russischen Versammlungsgesetz vorgesehene, unverhältnismäßig hohe Strafmaß von drei Jahren Freiheitsentzug für eine friedliche Meinungsäußerung in der Öffentlichkeit.« Dadin hatte ein kremlkritisches Transparent in der Öffentlichkeit gezeigt. Nach den neuesten Verschärfungen können Aktivisten für nicht genehmigte Meinungsäußerungen mit bis zu fünf Jahren Haft belegt werden.

Doch welche Möglichkeiten bleiben für die Ausübung »legaler« Opposition, die eine Alternative zum Kreml-Kurs anbieten will?

Parlamentarische Opposition ohne Gesicht

Im politischen Tagesgeschäft erfüllt die Staatsduma in ihrer jetzigen Zusammensetzung nur die Funktion des Ausführungsorgans für Vorhaben des Kreml. Die bereits von Boris Jelzin mit einer Verfassungsänderung sehr weit beschnittenen Rechte des Parlaments hat die Bevölkerung zwar in einem Referendum abgesegnet, jedoch dürften die Wenigsten zu diesem Zeitpunkt gewusst haben, worauf sie sich damit wirklich einlassen: ein politisches System, bei dem der Staatspräsident nahezu ungestört am Machthebel sitzt. Denn nicht nur die Ernennung der Richter, sondern auch die Berufung der Minister und des Ministerpräsidenten sind dem Staatspräsidenten überlassen. Diversität und angeregte Debatten sind gemäß der Verfassung nicht vorgesehen.

Nicht nur die 7 %-Hürde für den Einzug ins Parlament stellt eine erhebliche Barriere für neue Parteien dar, sondern auch der Umstand, dass Parteien nur auf Initiative des Kreml oder Förderern in Absprache mit dem Kreml gegründet werden können. Politische Überzeugungen und Meinungen, die abweichend vom Regierungskurs sind, werden vor ihrer Zulassung von der Regierung gefiltert, um unliebsame Überraschungen von vornherein auszuschließen. So lassen sich denn auch die erschreckend niedrigen Vertrauenswerte für die politische Opposition erklären. Lediglich jeder Zweite bestätigt die Existenz einer politischen Opposition, ein ähnlich großer Teil der Bevölkerung hält eine Opposition überhaupt für notwendig. Diese Entwicklung spielt dem Präsidenten eindrucksvoll in die Karten – langfristig schwebt Putin ein Zweiparteiensystem vor, angelehnt an das amerikanische, in dem die Hauptprotagonisten die Regierungspartei »Einiges Russland« und die soziale Alternative »Gerechtes Russland« heißen. Der Unterschied zwischen den beiden Parteien dürfte nur noch formaler Natur sein. Die Regierungsnähe der 2006 gegründeten Oppositionspartei ist ein offenes Geheimnis. Ihr Vorsitzender Sergei Mironow hat Putin bei vergangenen Präsidentschaftswahlen des Öfteren seine Unterstützung zugesichert, obwohl Mironow selbst als Kandidat bei den Wahlen angetreten war. Viele Politikbeobachter sind sich deshalb einig, dass »Gerechtes Russland« mit der Absicht gegründet worden ist, den tatsächlich in Opposition zur Regierung stehenden Kommunisten und der linksliberalen Russischen Demokratischen Partei Jabloko die Stimmen der linken Bevölkerungsteile abzuwerben. Der Plan scheint aufgegangen zu sein: Beide Parteien kämpfen mit dem drohenden Versinken in die Bedeutungslosigkeit.

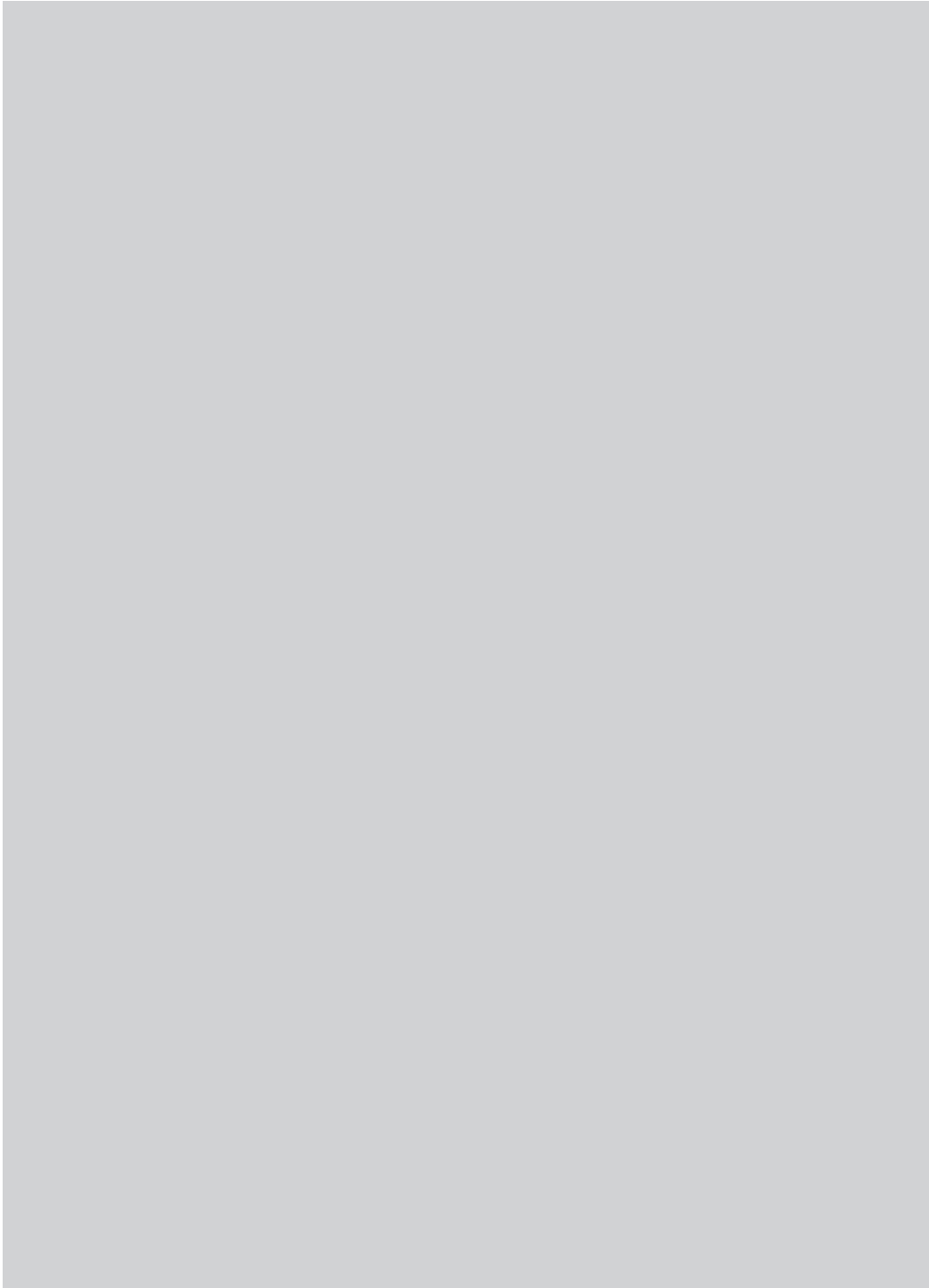
Ungeachtet, wo man auch hinschaut – russische Oppositionsbewegungen haben wenig Hoffnung, das Gesicht des modernen Russlands wesentlich verändern zu können, denn die nationalkonservative Partei »Einiges Russland« und die linksnationale Ausrichtung von »Gerechtes Russland« verbindet vor allem eines: die Betonung der einzigartigen, originären russischen Identität.



Alexander Wolf

ist Student der Wirtschafts- und Politikwissenschaften. Er lebt und arbeitet als freier Journalist in Berlin und ist Herausgeber des feuilletonistischen Blogs [finger.in.die.wunde](http://finger.in.die.wunde.de).

alexander.wolf094@gmail.com



Christoph Zöpel

Die Zukunft der industriellen Produktion

Die SPD unterschätzt sozialökonomische und technologische Veränderungen im Industriesektor

Die europäische Sozialdemokratie entstand als politisch-moralische Antwort auf die sozialökonomischen Unerträglichkeiten beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft, beim Übergang von informeller zu arbeitsrechtlich-formalisierter Arbeit. Das im historischen Bewusstsein zu bewahren, ist nicht nur eine Verpflichtung für die Sozialdemokratie in Europa, sondern auch wichtig für die Zukunftsfähigkeit demokratisch und sozialstaatlich verfasster Gesellschaften. Trotzdem darf die SPD die sozialökonomischen und technologischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte (insbesondere die Digitalisierung), die die Industriegesellschaft maßgeblich verändern, nicht vernachlässigen. Sie muss eine neue industriepolitische Strategie finden.

Die Industrialisierung verband die politische mit der ökonomischen Klassenherrschaft, wodurch der revolutionsbereite sozialdemokratische Kampf erforderlich wurde. Der Bismarcksche Staat antwortete darauf mit ersten Ansätzen einer Sozialstaatlichkeit. Der technologisch-industrielle Fortschritt war seitdem immer auch zweischneidig. So wäre der Erste Weltkrieg ohne die militärisch-industriellen Neuerungen der damaligen Zeit nicht möglich gewesen. Als die tradierte Klassenherrschaft danach zusammenbrach, konstituierte sich der demokratische Sozialstaat. Die globalpolitische Unfähigkeit, den industriellen Kapitalismus sozial gerecht zu steuern, führte jedoch zum Faschismus, zum Zweiten Weltkrieg und zur Erfindung von Massenvernichtungstechnologien. Der Wiederaufbau in Europa danach war getragen von Produktivitätssteigerungen in der industriellen Produktion, verbunden mit kontinuierlichen Einkommensverbesserungen weitester Teile der Bevölkerung, die im erneuerten Sozialstaat abgesichert waren. Rund die Hälfte der Arbeitnehmer arbeitete 1950 im Industriesektor. Industriegesellschaft und Sozialstaat wurden zur Grundlage sozialdemokratischer Programmatik und Politik, die bis zum Beginn der Strukturkrise in der Montanindustrie Ende der 50er Jahre nicht hinterfragt wurde. Diese Krise konzentrierte sich im Wesentlichen auf das Ruhrgebiet, welches seitdem die wahlrelevante Bezugsregion des industriegesellschaftlichen Selbstverständnisses der SPD ist. Die Krise wurde als industrieimmanent verstanden und schien nur durch weitere industrielle Innovationen überwunden werden zu können. Zu diesem Zeitpunkt, 1960, arbeiteten 47,9 % der Arbeitnehmer im Industriesektor.

Neue Themenstränge gelangten dann in den folgenden Jahrzehnten in die Diskussion: So propagierte Willy Brandt bereits 1961 den »Blauen Himmel über dem Ruhrgebiet«, was die frühe Einsicht repräsentierte, dass die industrielle Entwicklung als solche neuartige, ökologische Krisen zur Folge hatte. Seitdem haben die Interessenkonflikte zwischen industrieller Ökonomie und Ökologie die sozialdemokratische Programmatik und Politik nicht mehr verlassen. Zu nennen ist auch der humanste technologische Triumph, die Verlängerung der Lebenserwartung, der aber seinerseits zum Problem für den Sozialstaat wurde, denn er hat die demografischen Voraussetzungen des Bismarckschen Sozialstaates gesprengt. Als 1891 die Rentenversicherung der Arbeiter ab dem 70. Lebensjahr eingeführt wurde betrug die Lebenserwartung 42,3 Jahre, im Jahr 2015 hingegen ganze 80,3 Jahre.

Demografie und industrielle Produktion

Das historische Bewusstsein hat immer mehrere Aufgaben: Zusammen mit der Bewahrung gesellschaftlicher moralischer Leistungen sind dies auch die Sicht auf die Mehrdeutigkeit umfassender geschichtlicher Zusammenhänge und die Wahrnehmung sozialökonomisch-technologischer Veränderungen im Zeitverlauf. Das historische Bewusstsein der SPD ist beim Umgang mit der sozialökonomischen Bedeutung der industriellen Produktion und mit den veränderten demografischen Voraussetzungen des Sozialstaates unzulänglich. Das hat Folgen für die Glaubwürdigkeit ihrer gesellschaftspolitischen Programmatik. Anhand offizieller Verlautbarungen lässt sich das zeigen, exemplarisch jüngst an denen zweier sozialdemokratischer Wirtschaftsminister: Sigmar Gabriel und Garrelt Duin. Das kommt beispielhaft in den Titeln programmatischer Aufsätze aus jüngster Zeit zum Ausdruck, etwa »Die Industrie ist das Aushängeschild Deutschlands auf den Weltmärkten« (Sigmar Gabriel gemeinsam mit Jörg Hofmann, dem IG Metall-Vorsitzenden, und Ulrich Grillo, dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie). Garrelt Duin, Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen, überschrieb seine industriepolitischen Leitlinien gar mit: »NRW – Wir sind Industrie«. Diese Verlautbarungen unterschätzen die sektoralen Veränderungen gegenwärtiger und künftiger Beschäftigungsmöglichkeiten einschließlich der Frauenerwerbstätigkeit, sie werden der Bedeutung der Digitalisierung nicht gerecht, bleiben überholten Voraussetzungen der begrenzten Lebensarbeitszeit verhaftet, behindern eine ökologisch und sozial nachhaltige Raum- und Stadtentwicklungspolitik und führen die Wirtschaftspolitik angesichts der globalpolitischen Herausforderungen Deutschlands in die Sackgasse.

Im Einzelnen:

Erstens: Die Feststellung Sigmar Gabriels im *Handelsblatt*, die Industrie stehe für acht Millionen Arbeitsplätze, sagt bei genauer Betrachtung ja auch, dass die Industrie *nicht* für die 32 Millionen Jobs im Dienstleistungsbereich steht und *nicht* für die 2,5 Millionen im Baugewerbe usw. Derzeit sind hierzulande 43,1 Millionen Menschen erwerbstätig, der höchste Stand seit der Wiedervereinigung – 3,4 Millionen mehr als 2005. Von diesem Anstieg entfallen auf den Dienstleistungsbereich drei Millionen, auf die Industrie nur 250.000. Die politische Verheißung von Beschäftigungschancen im Industriesektor ist daher für die SPD nicht länger zielführend,

denn sie lässt sich nicht erfüllen und enttäuscht viele, die in diesem Bereich auf einen Arbeitsplatz hoffen.

Zweitens: Die Hochschätzung von Arbeitsplätzen in der Produktion geht einher mit der Geringschätzung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor. Viele Dienstleistungsberufe entsprechen früherer informeller Arbeit, die vor allem von Frauen zuhause erledigt wurde. Der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit von 30 % (1950) auf 73 % (2014) beruht auch auf der Transformation dieser informellen in formelle Arbeit. Die Geringschätzung solcher Dienstleistungen führt damit zur Abwertung früherer und heutiger Leistungen etwa von Müttern und pflegenden Töchtern. Die Folge ist ein fehlendes Angebot an Pflege- und Betreuungsdienstleistungen. Die geringe Bezahlung ist ein weiterer Grund.

Industrie 4.0 – Bedeutet Produktivitätssteigerung weniger Arbeitsplätze?

Drittens: Gabriels und Duins Verlautbarungen sind verbunden mit der Propagierung der sogenannten »Industrie 4.0« – der Verzahnung von Industrie mit moderner Informations- und Kommunikationstechnologie. Der Begriff lässt offen, was Digitalisierung eigentlich bedeutet: Die Bildungsvoraussetzungen von gesellschaftlichen Tätigkeiten verändern sich und die Produktivität wird weiter gesteigert. Diesen digital basierten Produktivitätssteigerungen, vornehmlich in der Industrie, wird der Wegfall von Arbeitsplätzen zugerechnet. Wirtschaftsgeschichtlich sind allerdings Zweifel angebracht. Kontinuierliche technologisch basierte Produktivitätssteigerungen ermöglichen über das Wachstum des Sozialprodukts mehr ökonomische Dienstleistungen und deren Entlohnung. Zu Recht wird darauf hingewiesen, dass viele der neuen Dienstleistungstätigkeiten mit industrieller Produktion verbunden sind. Das nennt man »hybride Wertschöpfung« – ein neuer Begriff für ein jahrhundertaltes Faktum. Der Produktion von Gütern folgt immer der Handel mit ihnen. Die digital basierten Produktivitätssteigerungen lassen weitere und auch neue Dienstleistungstätigkeiten entstehen. Sie ist Voraussetzung von Produktivitätsfortschritten und neuen technologisch basierten Produkten. In der Folge entstehen wieder neue Dienstleistungsberufe. Diese Entwicklung hat immer mit staatlicher Unterstützung stattgefunden und mit staatlich bereitgestellter Infrastruktur. Beides war oft zweischneidig. Die Kernenergie lehrt, dass neue Technologien, die sich nur durch massive staatliche Vorleistungen verwirklichen lassen, eher Probleme schaffen. Ob die Dateninfrastruktur hohe staatliche Investitionen erfordert, sei dahingestellt. Die Zweischneidigkeit technologischer Entwicklungen lässt sich nicht aus der Welt schaffen, aber die Transparenz ihrer politischen Förderung und der Respekt vor kritischem Verhalten ihnen gegenüber können Risiken vermindern.

Viertens: Alterssicherung und Lebensarbeitszeit sind eng mit der Entwicklung von industrieller Produktion und Sozialstaatlichkeit verbunden. Konnte das Bismarcksche Renteneintrittsalter von 70 Jahren noch als zynisch begriffen werden, da es 10 Jahre über der damaligen durchschnittlichen Lebenserwartung von Männern lag, so wurde es doch ab 1916 für längere Zeit gesenkt. Gesunken ist auch die körperliche Arbeitsbelastung, was zur Verlängerung der Lebenserwartung beitrug. Die steigende Rente konnte dabei durch die Beiträge von Frauen, die formell arbeiten, kom-

pensiert werden. Bis heute wird eine Altersgrenze von 65 Jahren mit Belastungen begründet, die an industrieller Produktion orientiert sind. Dienstleistungstätigkeiten ermöglichen eine weitgehende Flexibilisierung, die den Vorstellungen vieler Arbeitnehmer entspricht. Flexibel verlängerte Lebensarbeitszeiten können wesentlich zur Vermeidung steigender Beitragszahlungen beitragen, genauso wie die steigende Erwerbsquote von Frauen.

Fünftens: Sigmar Gabriel hat gesehen, dass neue industrielle Großvorhaben auf Skepsis stoßen. Diese beruht auf Erfahrungen mit siedlungsräumlichen Fehlentwicklungen im Prozess der Industrialisierung. Die sozialökonomischen Benachteiligungen etwa an der Ruhr sind deren Folge. Viele Standortentscheidungen der Montanindustrie waren rücksichtslos gegenüber anderen städtischen Belangen; menschenwürdige Urbanität konnte so nicht entstehen. Die Hinterlassenschaften der Montanindustrie werden erst jetzt attraktiv, indem Abraumhalden zu offenen Landschaften werden und Großanlagen des Bergbaus und der Stahlindustrie zu Museen und Veranstaltungsräumen. Derart schwere industrielle Großvorhaben wird es nicht wieder geben. Aber der Weg in die urbane Wissensgesellschaft wird weiter »industriepolitisch« konterkariert: Energieproduktion, Straßen und Gewerbeflächen sind die Schlagworte.

Nichts hat die räumliche Entwicklung verdichteter Regionen mehr beschädigt als der Bergbau. Technologische Entwicklungen lassen nun aber erneuerbare Energien an die Stelle fossiler treten. Das Problem ihrer Volatilität lässt sich durch Speicherkapazitäten lösen. Die Dienstleistungswirtschaft führt zu städtischer Konzentration, Schwertransporte wären also technologisch vermeidbar. Allerdings ist auch die Dienstleistungswirtschaft zweischneidig. Erhöhter E-Commerce führt wiederum zu einem erhöhten logistischen Aufwand auf den Straßen.

Sechstens: Die Glaubwürdigkeit der gesellschaftspolitischen Programmatik der SPD ist zunächst eine Notwendigkeit in Deutschland. Es kommt aber eine globalpolitische Dimension hinzu, die wirtschaftspolitisch bedeutsam werden kann. Eine industriepolitische Exportorientierung mit weltrekordverdächtigen Überschüssen wird auf Dauer den Herausforderungen weltweiter Ungleichheit nicht gerecht. Und Exportförderung in Richtung China verträgt sich nur schwer mit Importrestriktionen für chinesischen Stahl; in welchen Produkten genau welche industriepolitischen Subventionen stecken, lässt sich heute kaum einzelstaatlich beantworten.



Christoph Zöpel

Staatsminister a.D., war u.a. von 1978 bis 1990 Minister in NRW und von 2003 bis 2007 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Zuletzt erschienen: *Politik mit 9 Milliarden Menschen in Einer Weltgesellschaft*.

christoph.zoepel@t-online.de

Hans-Joachim Schabedoth

Die Zuspitzung muss jetzt beginnen

Die Arbeit der Großen Koalition hat jetzt das letzte Drittel der Legislaturperiode erreicht. Da ist es nicht verwunderlich, dass sich der Ton der Parteienkonkurrenz verschärft. Es ist auch keine Überraschung, dass in den Medien die Frage nach dem nächsten SPD-Kanzlerkandidaten lauter wird. Und der, der darüber zuerst befinden soll, der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel, muss sich damit abfinden, dass das Niederschreiben schon begonnen hat. Zur Halbzeit schien noch klar: Diese Koalition bleibt auf dem Kurs, der in den Koalitionsverhandlungen mühsam miteinander verabredet wurde. Zwischenzeitlich gab es immer mal wieder Versuche der CSU, Eigenständigkeit gegenüber der Schwesterpartei durch Widerborstigkeit und Blockaden unter Beweis zu stellen. Verärgert ist der starke Mann aus Bayern, weil die Kanzlerin vor allem in der Flüchtlingsfrage nicht mehr über jedes Stöckchen springen will, das ihr aus Bayern hingehalten wird. Die Wähler mögen Uneinigkeit an der Regierungsspitze nicht. Das war eine Erfahrung auch schon vergangener Legislaturperioden. So sehr sich die SPD bemüht, den Kurs der Koalition zu bestimmen, auch sie bekommt die allgemeine Unzufriedenheit mit den Regierenden zu spüren.

Keine Depression herbeireden lassen

Seitdem der Umgang mit Flüchtlingen zum bestimmenden Thema wurde, spürt die Kanzlerin, wie schwer es ist, es allen recht machen zu wollen und trotzdem eigene Überzeugungen nicht zu verleugnen. Das war bislang nicht ihre Stärke. Doch seit dem »Wir schaffen das« vom Herbst 2015 ist die Welt eine andere. Seither ist Angela Merkel weniger die Mutti aller Deutschen, sondern mehr die Frau an der Spitze, die selbst den eigenen Laden polarisiert. Von den demoskopischen Spitzenwerten vergangener Regierungszeiten ist sie selbst und die Union insgesamt weit entfernt. Der populistische Widersacher, die »Alternative für Deutschland«, entpuppt sich zunehmend als Alternative für einstige Unionswähler. Die Zustimmungswerte der Union liegen seit Monaten nicht mehr über der 40-%-Marke, sondern tendieren zum unteren Bereich der 30-%-Regionen.

Der rapide Bindungsverlust der einen Volkspartei geht nicht spurlos an der anderen vorbei. Seit der Flüchtlingskrise gelang es der SPD nicht mehr, die Marke vom Wahltag 2013 zu übertreffen. Nach den drei Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt notierte sie erstmals nach langer Zeit knapp über der 20-%-Grenze. Die *Bild*-Zeitung schockte da mit der Botschaft, die SPD habe nun die 20-%-Grenze nach unten durchstoßen. Die Bundes-SPD wohlgemerkt. Diesen Niedergang begleiteten die Journalisten mit dem zeitweisen Vergießen von Krokodilstränen. Analysen gab es selten. Die SPD sei keine Volkspartei mehr, stand in den Gazetten und tönte es aus Fernsehtalkshows. Dabei messen Politikwissenschaftler die Volksparteien eher am breiten Themenangebot ihrer Botschaften als an Mitgliedervielfalt und Vormachtstellung bei der Wählerschaft. Wie konnte die Fähigkeit zur Differenzierung zwischen Volkspartei und Klientelpartei in der Öffent-

lichkeit nur so schnell verloren gehen? Es schien, als wollte noch der letzte Kommentator der 153 Jahre alten Partei das Totenglöcklein läuten.

Kräftig stemmt sich der Parteivorsitzende, Vizekanzler und Wirtschaftsminister gegen das Heer der Abgesangpropheten. Man erinnert sich an die Zeit Helmut Kohls, als sich die Gemeinde seiner Kritiker jedes Mal auf die Schenkel schlug, wenn ein Kabarettist sich über die »Birne aus der Pfalz« lustig machte. Ähnlich ergeht es heute dem Vormann der Sozialdemokraten. Doch weder er noch die Gesamtpartei müssen sich in eine Depression quatschen lassen. Noch immer regiert die SPD – abgesehen von der gesamten Südschiene – in allen Bundesländern. In den meisten Großstädten geht nichts ohne Sozialdemokraten an der Spitze. Bei den hessischen Kommunalwahlen, eine Woche vor dem Wahlmarathon in drei Bundesländern, wäre die Union glücklich gewesen, hätte sie nur gleich wenig Wähler an die AfD verloren wie alle anderen Mitbewerber. Die AfD erzielte fast ausnahmslos zweistellige Ergebnisse.

Der deutliche Wahlsieg von Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg und das Abschmieren seines zuletzt so pflegeleichtesten SPD-Partners brachte der Republik eine neue Koalitionsvariante: eine neuartige Koalition der GRÜNEN mit dem kräftig dezimierten, aber koalitionswilligen Rest der Schwarzen. Die Angela-Merkel-Partei schluckte es in Demut. Endlich ist man dort wieder an den Futtertrögen der Macht. Der Strobl-Partei traut man allerdings zu, dass sie vom ersten Tag an auf Machtzuwachs schießt. Mindestens das unterscheidet sie vom vormaligen Koalitionspartner des grünen Übervaters.

In Hessen ist beim schwarz-grünen Regierungsbündnis nach drei Jahren der Lack ab. In Frankfurt am Main ist das schwarz-grüne Stadtbündnis mit seiner langen Tradition bei Kommunalwahlen im März an sein Ende gelangt. Die voreilig abgeschriebene SPD ist in Frankfurt wieder dabei. Gewichtet man demoskopische Momentaufnahmen so, wie das bei schlechten Zahlen für die SPD zum Brauch geworden ist, dann hat die schwarz-grüne Landesregierung schon seit Monaten keinen Rückhalt mehr und die SPD hat längst aufgeschlossen.

Gegen die neue Bedrohung von rechts

Die AfD, gestartet als Partei älterer Männer aus dem Lager abgehalfterter Ökonomieprofessoren, die ihre sichere Pension lieber in D-Mark als in Euro kassieren wollen, ist zu einem Sammelbecken für jene geworden, die mit allem, was sie für etabliert halten, unzufrieden sind. Politesoteriker, Deutschtümler, Fremdenhasser, Bangemacher und Adolf-Relativierer haben sich die gemeinsame Mitgliedschaft in der AfD redlich verdient. Eines muss man ihnen lassen: Sie haben dafür gesorgt, dass die Wahlbeteiligung wieder angestiegen ist. Ein stattlicher Teil der Nicht-Mehr-Wähler hatte sich eine solche neue politische Heimat der »Wir-Ausgegrenzten-gegen-die-Ignoranten-von-oben« schon länger gewünscht. Jetzt wännen sie sich am Ziel ihrer Träume einer Politik gegen die, die bislang Politik gemacht haben. Alle Kritiker gelten ihnen als Agenten der »Lügenpresse«. Ein gutes Jahr vor Öffnung der Bundestagswahllokale scheint dieser Verein auf Zugewinn gepolt. Was ist dagegen auszurichten? Umfragen zählen die eine Hälfte ihrer Wähler als glaubensfeste Anhänger jedweder AfD-Parole,

mag sie auch noch so wirr sein. Die andere Hälfte hingegen scheint desinteressiert am Sammelsurium, das sich die AfD-Vorbeter zum Programm erkoren haben. Letztere wählt diese Partei als Denkkettel für alle, die sie bislang politisch enttäuscht haben. Ein veritabler Teufelskreis: Je heftiger die »Altparteien« den AfD-Unsinn kritisieren, umso mehr fühlt sich das Protestwählersegment bestätigt.

Was tun? Manche AfD-Wähler können mit dem Eingeständnis erreicht werden, dass es für ihren Ärger über die anderen Parteien oder die Regierung gute Gründe gibt, auch dafür, sich von der SPD im Stich gelassen zu fühlen. Entgegenzutreten muss man dem Glauben, die Unterstützung der AfD sei die richtige Konsequenz daraus und aus der Angst vor der eigenen Ausgrenzung. Diese Menschen sind im Wettbewerb um die Wählergunst noch lange nicht verloren. Aber was ist mit der anderen Hälfte? Schon die Sinus-Studie von 1981 wies für fünf Millionen (West-)Deutsche eine Affinität zu rechtsradikalen Deutungsmustern nach. Zahlreiche Untersuchungen der letzten Jahre, von denen Wilhelm Heitmeyers bis hin zu den Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung, ermitteln auch heute noch ein Potenzial von rund 20 % für rechte Weltbilder. Auch der Blick in fast alle unsere Nachbarländer zeigt die Empfänglichkeit zweistelliger Prozentanteile der Wählerschaft für rechte, völkische und populistische Parolen.

Deutschland mit seiner Treue zu den zweifelsfrei demokratischen Parteien war bisher eher ein Sonderfall. Den notorisch Schwarz-Braunen muss mit argumentativem Widerstand begegnet werden, so lange sie die Gesetze achten. Die demokratische Gesellschaft darf aber nicht dulden, dass die Menschenwürde angetastet wird. Auf jeden Fall ist die Antwort Horst Seehofers die falsche: »Wenn Du sie nicht zurückdrängen kannst, werde ein bisschen wie sie.« Das Original wird fast immer der Kopie vorgezogen. Das ist die Lehre aus den Wahlerfolgen der AfD in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, wo die CDU den Merkel-Kurs in der Flüchtlingsfrage infrage stellte.

Für die SPD kann es im letzten Abschnitt gemeinsamer Regierungsverantwortung mit beiden Unionsteilen nicht um mehr Krawall gehen, sie muss die Verabredungen des Koalitionsvertrags einhalten: Faire Bedingungen am Arbeitsmarkt, eine Erbschaftssteuer, die ihren Namen verdient, Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt und auch eine Art Mindestrente. Diese, im Kern ja sozialdemokratischen Vorhaben müssen erfüllt werden, damit auch am Ende der Legislaturperiode noch stimmt, was in der Halbzeit für die SPD stand: Gesagt. Getan. Gerecht. Die Grenzen der Interessenüberschneidungen in der Großen Koalition sind bald erreicht. Aber die SPD muss sichtbar werden lassen, dass sie mehr will als die derzeitigen Schnittmengen mit der Union zulassen. Jetzt kommt es für sie auf Zuspitzung und Schärfung der Konturen an.



Hans-Joachim Schabedoth

war lange in der gewerkschaftlichen Politikberatung tätig, seit September 2013 ist er SPD-Bundestagsabgeordneter. Zuletzt bei Schüren erschienen: *Angela Merkel verwaltet – Deutschland verliert. Chronik und Bilanz schwarz-gelber Politik.*

hans-joachim.schabedoth@bundestag.de

Ralf Melzer

Demaskieren statt berücksichtigen!

Zum Umgang mit Rechtspopulismus – eine Replik

Die radikale Rechte ist im Aufwind: in Deutschland, in Europa, in den USA. Zuletzt hat in Österreich ein Abstand von nur rund 31.000 Stimmen den Ausschlag gegeben und Norbert Hofer, den Kandidaten der FPÖ, als Bundespräsidenten verhindert.

In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift (NG/FH 6|2016) hat sich Michael Bröning darüber Gedanken gemacht, »wie man Rechtspopulismus (nicht) bekämpft«. Als erfolglos hätten sich unter anderem »Gesicht zeigen« und »Kurshalten« erwiesen. Schließlich hätten damit rechtspopulistische Bewegungen nicht überwunden werden können.

Das lässt sich freilich so nur sagen, wenn man nicht umgekehrt fragt: Wie sähe Deutschland heute aus ohne die vielen lokalen Bündnisse gegen Rechts, ohne Netzwerke zivilgesellschaftlicher Projekte, ohne Willkommensinitiativen, ohne professionelle Beratungsangebote und, ja – ohne dass ab und zu Kurs gehalten würde? Beim individuellen Grundrecht auf Asyl zum Beispiel oder bei der Suche nach einer europäischen Lösung in der Flüchtlingskrise oder auf dem Weg zu dem dringend notwendigen Einwanderungsgesetz. Wo stünden wir ohne Prominente und Nicht-Prominente, die ihr »Gesicht zeigen« für Weltoffenheit und gegen Fremdenfeindlichkeit? Wäre es besser, die katholischen Bischöfe würden nicht öffentlich gegen die AfD Stellung nehmen?

Auch der Strategie des Cordon sanitaire, also der klaren Abgrenzung von radikal rechten Positionen, Personen und Parteien, erteilt Michael Bröning eine Absage, weil sie den »anhaltenden Zulauf für die Populisten« bislang nicht habe stoppen können. Meine Gegenthese: In Wirklichkeit wurde der Cordon sanitaire fast nirgendwo konsequent durchgesetzt. In Dänemark war die Dänische Volkspartei bereits zwischen 2001 und 2011 Mehrheitsbeschafferin einer liberal-konservativen Minderheitsregierung. In den Niederlanden hat Geert Wilders, der inzwischen auch als Gastredner bei Pegida aufgetreten ist, mit seiner »Partei für die Freiheit« von 2010 bis 2012 die Minderheitsregierung aus Rechtsliberalen und Christdemokraten geduldet. Ein nachhaltiger gesellschaftlicher Rechtsruck in beiden Ländern war die Folge. Und in Frankreich zeigt sich, um welchen Preis Nicolas Sarkozy 2007 die Wahl gewonnen hat: Mit der Übernahme von Kernthemen des Front National (Sicherheit, restriktive Einwanderungspolitik, nationale Identität) in seinen Wahlkampf konnte er zwar kurzfristig Stimmen gewinnen. Mittelfristig aber hat dies zur Stärkung des FN beigetragen und ihn weiter salonfähig gemacht.

Statt aus diesen Erfahrungen zu lernen, wird jetzt Viktor Orbán von der CSU hofiert und von seinem »Freund« Helmut Kohl privat empfangen. Im Europäischen Parlament sitzen die Abgeordneten von Orbáns Partei Fidesz gemeinsam mit den CDU-Abgeordneten aus Deutschland und Christdemokraten anderer Länder in der Fraktion der Europäischen Volkspartei, und in Österreich regiert im Burgenland seit 2015 sogar eine Koalition aus SPÖ und FPÖ. Nach Cordon sanitaire sieht das alles nicht aus. Und das Muster, dass die Wähler im Zweifel dem »Original« den Vorzug geben, war ebenfalls erst kürzlich in Österreich zu beobachten: Im März hatte die Große Koalition in Wien unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Werner Faymann die Kehrtwende zu einer restriktiven Flüchtlingspolitik vorgenommen und Obergrenzen eingeführt. Im April gingen die Kandidaten von SPÖ und ÖVP in der ersten Runde der Bundespräsidentenwahl unter. Im Mai trat Faymann von allen Ämtern zurück. Vielleicht wäre »Kurshalten« besser gewesen.

Da, wo im europäischen Vergleich der Cordon sanitaire auf politischer Ebene am konsequentesten verteidigt wurde, in der Bundesrepublik Deutschland nämlich, hat es auch am längsten gedauert, bis sich der Rechtspopulismus organisieren konnte. Die gesellschaftlichen Normen, die als Konsequenz aus dem Nationalsozialismus etabliert werden konnten, haben lange gehalten. Jetzt sind sie am Bröckeln. Im Grunde war es jedoch absehbar, dass – weil entsprechende Einstellungen schon immer existiert haben – auch irgendwann Angebote folgen würden. Nun sind sie da: Man kann auf Montagsspaziergängen Dampf ablassen gegen die »Lügenpresse« und »die« Politiker, man kann in den Ruf »Wir sind das Volk« einstimmen und damit zum Ausdruck bringen »die anderen nicht«. Und man kann AfD wählen.

20 % der deutschen Bevölkerung haben deutliche rechtspopulistische Einstellungen. Das besagen die Daten der letzten Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Vor diesem Hintergrund ist es gar nicht so überraschend, dass in der Sonntagsfrage die AfD gegenwärtig bundesweit auf zwölf bis 15 % kommt. Wie stark rechtspopulistische Orientierungen – angefeuert durch die Flüchtlingsdebatte – seit 2014 zugenommen haben, werden wir wissen, wenn in diesem Herbst die neue FES-Mitte-Studie erscheint.

Polarisierung und gesellschaftliche Spaltung

Rechtspopulismus ist Ausdruck gesellschaftlicher Polarisierung: Hundertausende pro-europäische Demonstranten in Polen Anfang Mai, die die Demokratie in ihrem Land gefährdet sehen, vermögen die PiS-Regierung und den von ihr repräsentierten anderen Teil der Gesellschaft nicht von ihrem Kurs abzubringen. Und die erfolgreiche Mobilisierung der demokratischen Zivilgesellschaft in Deutschland gegen Pegida und Co. bestärkt die rechtspopulistische Anhängerschaft nur in ihrer Entkopplung von demokratischen Diskursen.

Die sexistischen Sprüche Donald Trumps hindern viele Frauen nicht daran, ihn zu unterstützen. Wichtiger scheint es, Teil einer brachialen Anti-Establishment-Bewegung zu sein, die angeführt wird von jemandem, der – typisch für Rechtspopulismus – selbst nicht gerade aus unterprivilegierten Verhältnissen stammt. Bei all dem hilft, dass sich – dem Internet sei Dank – auch der Stammtisch globalisiert

hat: Radikalisierung und Verrohung durch selbstreferenzielle Online-Kommunikation.

Wo die radikale Rechte in Europa an der Macht ist, zeigt sich, wie groß die Gefahr ist, die für die demokratische Kultur und Rechtsstaatlichkeit von ihr ausgeht. Wenn Pluralismus, Nicht-Diskriminierung, Gewaltenteilung oder Medienfreiheit ausgehöhlt werden, sind im Besonderen die Institutionen der Europäischen Union gefragt. Bislang waren die Reaktionen aber entweder halbherzig oder sie scheiterten weitgehend an einem fehlenden, hinreichend differenzierten Instrumentarium von Sanktionen auf offensichtliche Verstöße von Mitgliedstaaten gegen europäische Grundwerte und demokratische Prinzipien. Angesichts der Entschlossenheit und des Tempos, mit denen gegenwärtig die rechte Regierung in Polen dabei ist, Staat und Gesellschaft umzubauen, wird es aber höchste Zeit, einen Cordon sanitaire um den antipluralistischen und klerikal-autoritären Nationalismus à la Ungarn und Polen zu errichten.

In seinem Diskussionsbeitrag nimmt Michael Bröning die »Alltagsängste und Wertvorstellungen« gerade auch in traditionellen Wählermilieus der Sozialdemokratie davor in Schutz, lächerlich gemacht und als »rechtsextreme Hetze« gebrandmarkt zu werden. Es sind aber überhaupt nicht die Sorgen und Ängste – ob begründet oder herbeifantasiert –, die »faschistoid« oder »Ausdruck von ›Menschenfeindlichkeit« sind, sondern bestimmte *Reaktionen* darauf. Wenn Ängste in Wut und Hass umschlagen, wenn die Sorge vor persönlichem Statusverlust oder kollektiver Schlechterstellung zur Abwertung anderer führt, ist das Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Für Verständnis ist da kein Platz, und zwar nicht erst dann, wenn verbale Gewalt in reale Gewalt mündet.

Populismus ist ein Phänomen gesellschaftlicher Modernisierungskrisen und zunächst vor allem ein politischer Stil. Insofern ist sein Erstarken eine Begleiterscheinung der tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungsprozesse, deren Zeugen wir sind: Globalisierung, Digitalisierung, Beschleunigung des Lebens auf allen Ebenen. Eine immer komplexere Welt, in der Menschen nicht zu Unrecht einen Steuerungsverlust der Politik wahrnehmen und nach Orientierung suchen. In dieser Situation geben Populisten einfache Antworten auf schwierige Fragen. »Wir hier unten« gegen »Die da oben«: So funktioniert ihr Argumentationsmuster. Wenn dann noch das »Wir« gegen »die Anderen« dazu kommt, wird aus Populismus Rechtspopulismus. Die kulturelle Abgrenzung gegenüber dem »Fremden« kann sich gegen nationale Minderheiten oder Flüchtlinge, gegen Juden oder Muslime oder auch gegen die EU und den Euro richten. Dass seine Feindbilder in gewissem Maße austauschbar sind, ist ein Kennzeichen des Rechtspopulismus. Betont werden das Nationale und der vermeintliche »Volkswillen«, der gegen die demokratische Verfassungsordnung ausgespielt wird. So lässt sich wunderbar gegen die »etablierten Parteien« mobilisieren. Am liebsten mögen Populisten die Instrumente direkter Demokratie, bieten sie ihnen doch vortrefflich Gelegenheit, sich ungefiltert als die wahren Kümmerer in Szene zu setzen, »Tabubrüche« zu fordern, Verschwörungstheorien zu verbreiten, Sündenböcke zu suchen.

Wie nun also damit umgehen? Würde die AfD tatsächlich fortwährend »mit neofaschistischen Gewalttätern gleichgesetzt«, wäre ein Aufruf zu mehr Differenzierung

zweifellos angebracht. Allein, ich vermag eine solche Tendenz der Gleichsetzung nicht zu erkennen. Im Gegenteil: Momentan scheint die AfD ein Dauerabo auf Plätze in den Polittalkshows des deutschen Fernsehens zu besitzen. Kaum mehr eine Diskussionsrunde, die der AfD nicht ein Podium böte, aber selbst vom Podium aus schaffen es ihre Vertreterinnen und Vertreter, sich als Opfer der »Altparteien« und des »linken Meinungsdictats« zu stilisieren. Und wenn (wie zum Beispiel Ende Mai beim Deutschen Katholikentag) keine AfD-Leute zu den Gesprächsrunden eingeladen werden – schlicht und einfach weil von ihnen keine sachlichen Debattenbeiträge zu erwarten sind –, ist die Aufregung groß.

Dialog mit der AfD? Worüber?

Wenn in der Diskussion, wie an dieser Stelle geschehen, die Weigerung »der linken Mitte« kritisiert wird, rechtspopulistische Parteien »als politische Kräfte zu berücksichtigen«, frage ich mich, was eigentlich mit »berücksichtigen« gemeint ist. Statt »Gesprächsverweigerung«, so offenbar die Empfehlung, sollten wir mit der AfD jetzt also einen Dialog führen. Aber worüber? Über ein Minarett-Verbot? Über die Abschaffung von Genderforschung? Über einen Schießbefehl auf Flüchtlinge? Wer schon einmal versucht hat, mit der hartgesottenen rechtspopulistischen Klientel sachlich zu debattieren, weiß, dass »Du lügst« noch eine der mildereren Aussagen ist, die man an den Kopf geworfen bekommt. Vom »Gesinnungsterror in der Friedrich-Ebert-Stiftung« schwadronierte kürzlich der islamfeindliche, neurechte Blog politically incorrect (pi), neben der Wochenzeitung *Junge Freiheit* eine der beliebtesten publizistischen Plattformen für AfD und Pegida. Der »Gesinnungsterror« bestand in der Ausrichtung einer öffentlichen Podiumsdiskussion zum Thema Rechtspopulismus, bei der die »pi-news«-Autorin einen AfD-Vertreter auf dem Podium vermisste.

Aber so sehr es das neurechte Milieu auch ärgern mag, es besteht keine Veranlassung, ihnen auch noch auf unseren Veranstaltungen eine Plattform zu bieten. Wo aber diese Podien ohnehin existieren – einschließlich des Politiktalks im Fernsehen –, sollten wir der Konfrontation nicht aus dem Weg gehen. Ralf Stegner hat recht, wenn er sagt: »Wenn ich nicht komme, dann kommt einer von den Grünen.« Auch Sigmar Gabriels Satz, die AfD gehöre in den Verfassungsschutzbericht und nicht ins Fernsehstudio, kann man eigentlich nur zustimmen. Aber so berechtigt und begründet die Haltung an sich ist, so wenig wird sie sich durchhalten lassen.

Rechtspopulismus funktioniert emotional, nicht rational

Natürlich muss man die inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD suchen, und Michael Bröning benennt völlig zutreffend eine Reihe von Politikfeldern und Positionen (vom Wiedereinstieg in die Atomkraft über den »Irrweg des Klimaschutzes« bis zu ihren reaktionären familienpolitischen Vorstellungen), die dafür besonders geeignet sind. Nur: Rechtspopulismus funktioniert emotional, nicht rational. Das gilt auch für die AfD. Deshalb stößt die inhaltliche Auseinandersetzung, das »inhaltlich stellen«, relativ schnell an Grenzen. Hinzu kommt, dass die AfD-Programmatik in vielen Fällen nicht nur widersprüchlich, sondern auch (bewusst) diffus gehalten ist.

Die AfD ist keine *normale* Partei. Und deshalb ist auch eine Normalisierung im Umgang mit ihr nicht zu empfehlen. Die AfD ist die »Pegidapartei« (Marcus Pretzell). Sie ist einer der Motoren der politischen Radikalisierung in Deutschland. Sie spaltet. Sie markiert die Grauzone zwischen demokratisch-konservativ und rechtsextrem. Und genau so sollte die AfD auch behandelt werden. Sie muss nicht berücksichtigt, sondern demaskiert werden. Dafür reicht es freilich nicht aus, das Parteiprogramm zu analysieren. Vielmehr sollte Ausgangspunkt für eine wirkungsvolle Auseinandersetzung mit der AfD sein, ihre ideologische Verortung zu benennen, zum Beispiel in der antidemokratischen »konservativen Revolution« der Weimarer Republik, die ihr als ein historischer Referenzrahmen dient. Es sollten auch die vielfältigen Querverbindungen mit dem neurechten Lager, unter anderem mit dem völkisch-rechtsradikalen Netzwerk von Götz Kubitschek deutlich gemacht werden. Ebenso wie das von der AfD betriebene Instrumentalisieren sowohl von sehr realen Bedrohungen (wie dem islamistischen Terror) als auch von irrationalen Ängsten (»Deutschland schafft sich ab«). Jedenfalls geht das bürgerlich-arrivierte Bild, das die AfD gerne von sich abzugeben versucht, auch mit ganz anderen Tönen einher: Ein paar Klicks auf YouTube reichen, um sich einen Eindruck von der mal deuschtlümelnden, mal aggressiven Rhetorik eines Björn Höcke zu verschaffen, der im Übrigen der Auffassung ist, »dass man nicht jedes einzelne NPD-Mitglied als extremistisch einstufen« könne.

Richtig ist allerdings: Die Strategie einer abgestimmten Ausgrenzung (»Schweiner Modell«) – gegenüber der NPD durchaus erfolgreich praktiziert – wird gegenüber der AfD nicht funktionieren. Die Grenzen zum Rechtsextremismus sind zwar fließend, aber die AfD ist keine Neonazipartei. Wir brauchen also neue Konzepte für den Umgang mit der AfD, nur lassen sich diese Konzepte nicht herbeizaubern. Sie müssen erarbeitet werden. Das ist die Herausforderung, nicht nur für die Sozialdemokratie und andere progressive Kräfte, sondern für alle demokratischen Parteien, für die Zivilgesellschaft und nicht zuletzt für die Medien.

Einfallstore für Rassismus

Entscheidend ist, die Rolle und Funktion der AfD kenntlich zu machen: Dass sie die in der Bevölkerung vorhandenen rechtspopulistischen Einstellungen bündelt und verstärkt, sie mit marktförmigem Extremismus (Ökonomisierung des Sozialen, Nützlichkeitsdenken, Sozialdarwinismus) verbindet und auf diese Weise die Legitimation für die Abwertung von einzelnen Bevölkerungsgruppen betreibt. So entstehen Einfallstore für Rassismus. Diese Auseinandersetzung muss von einem klaren eigenen Standpunkt aus geführt werden, mit Glaubwürdigkeit, die sich nicht zuletzt auf konsequent vertretene eigene Wertvorstellungen und Prinzipien stützt und die ursozialdemokratische Politikziele formuliert: soziale Spaltung überwinden, für gleiche Bildungschancen sorgen, neu begeistern für das Projekt eines geeinten Europas, dieser historisch beispiellosen friedenspolitischen Errungenschaft. Auf diese Weise und mit einer auch emotionalen Ansprache ist es sehr wohl möglich, AfD-Wähler zurückzugewinnen, sie von sozialdemokratischen Politikentwürfen zu überzeugen und deutlich zu machen, dass Rechtspopulisten keine einzige überzeugende Antwort haben.

Michael Bröning spricht sich für eine Synthese aus sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik »mit partiell auch konservativeren Normen im identitären Bereich« aus. Mir ist nicht klar, was genau damit gemeint ist. Bestimmt nicht, die Pegida- und AfD-Anhänger in ihrer Nostalgie eines homogenen »deutschen Volkes« und in ihrer Krisenwahrnehmung von kultureller »Überfremdung« zu bestärken. Oder ihnen zu sagen, sie hätten schon irgendwie ein bisschen recht mit ihrer Furcht vor der Islamisierung des Abendlandes angesichts eines muslimischem Bevölkerungsanteils von weit unter 1% im Freistaat Sachsen. Nein, auch im »identitären Bereich« muss sich die politische Linke auf ihre eigene Tradition besinnen: Aufklärung, Emanzipation, Arbeiterbewegung, Internationalismus. Das heißt für die Sozialdemokratie, konsequent und mit Empathie für die sozial Schwächeren einzutreten, unabhängig von ihrer Herkunft. Wir wollen einen Staat, dessen Zukunftsfähigkeit und Kreativität sich auf Vielfalt gründet, der Minderheiten schützt, der säkular ist und gleichzeitig Religionsfreiheit garantiert. Soziale Demokratie muss ihren eigenen Überzeugungen treu bleiben, statt das Heil in Normen der politischen Konkurrenz zu suchen.

Das gilt genauso für eine andere in dem vorangegangenen Beitrag gemachte Empfehlung, nämlich dass »eine Linke mit Zukunft« stärker als bisher den Nationalstaat als »Vehikel einer progressiven Politik in Wert setzen« solle. Selbstverständlich kommen auch zukünftig dem Nationalstaat wichtige Steuerungsfunktionen zu. Aber ebenso klar ist, dass gerade auch die Probleme, aus denen sich der Verdruss der rechtspopulistischen Gefolgschaft und ihre gesellschaftliche Entfremdung maßgeblich speisen, vom Nationalstaat allein eben nicht zu lösen sind: die sozialen Verwerfungen in Folge von Globalisierung und Finanzkrise beispielsweise oder die weltweiten Ursachen für Flucht.

Wie gesagt: »Kurshalten« ist manchmal gar nicht verkehrt. Der populistischen Versuchung zu widerstehen, hat jedenfalls mit dem Errichten »mentaler Wagenburgen« nichts zu tun. Mit »dem starken langsamen Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß« aber schon. Und darin bin ich mir mit Michael Bröning absolut einig.



Ralf Melzer

ist für das FES-Projekt »Gegen Rechtsextremismus« verantwortlich und Herausgeber der FES-Mitte-Studien. Zuletzt erschien im Dietz-Verlag der von ihm herausgegebene Sammelband *Wut, Verachtung, Abwertung: Rechtspopulismus in Deutschland*.

ralf.melzer@fes.de

Aleksandra Sowa

Wer ist noch echt?

**Sie haben uns fliegende Autos versprochen –
stattdessen bekamen wir Facebook**

»Mit künstlicher Intelligenz (...) kenne ich mich nicht so aus«, schrieb der österreichische Schriftsteller Thomas Glavinic in seiner Kolumne im Magazin *Wired*. »Ich habe ja schon mit natürlicher Intelligenz Probleme, speziell mit meiner.« In 30 Jahren, sinniert er, würden die Computer die Intelligenz von Stephen Hawking erreichen, aber schon in 20 Jahren die von Angela Merkel. In zehn Jahren die von Günther Jauch, »jetzt gerade die der Pegida-Spitzen. Und, ja, die von Lothar Matthäus haben sie wohl vor zehn Jahren überholt.«

Nun sind sie plötzlich da: klitzekleine künstliche Intelligenzen. Sie sind weder so mächtig wie der Terminator noch so gefährlich wie die Cyborgs aus der *Star Trek*-Serie – und schon gar nicht so schlau wie die fiese Borg-Königin. Sie bestehen weder aus flüssigem Metall noch aus von Maschinen assimilierten Menschenteilen, sondern aus einem Programmcode. Sie trachten den Menschen (noch) nicht nach dem Leben und können prinzipiell ganz nützlich sein. *Chatbots* – von »Chat« wie »chatten«, also plaudern, und »Bot« für »robot«. Kurz: geschwätzige Roboter.

Chatbots sind kleine Programme, die sich mit Menschen auf »natürliche« Weise unterhalten. Digitale Butler, die, gesteuert durch Texteingabe, Kurznachrichten oder Stimmen, für Menschen Dinge erledigen oder finden. Ein (Uber-)Taxi via Messenger bestellen, eine Reise via Twitter buchen oder aktuelle CNN-Nachrichten mit Chat abfragen, das alles ist bereits möglich beziehungsweise soll sehr bald möglich sein. »Wenn Facebook-Boss Mark Zuckerberg Blumen verschicken will, tippt er diesen Wunsch neuerdings einfach in seinen Chatdienst namens Messenger ein«, berichtet Matthias Hohensee aus dem Silicon Valley in der *WirtschaftsWoche*. Mark Zuckerberg bräuchte dafür weder eine App zu installieren, noch seine Kreditkartennummer einzugeben.

Kein Wunder, dass Facebook sehr daran interessiert ist, seinen inzwischen 1,6 Milliarden Nutzern diese künstlichen Intelligenzen anzubieten. Es ermöglicht den Onlinedienstleistern, sich individuell zugeschnittene Chatbots für ihre Services im Messenger zu programmieren – die Plattform dafür stellt das soziale Netzwerk bereit. Das Bestellen von Dienstleistungen und Waren online sollte dadurch so einfach und leicht »wie ein Zuruf an den Kellner in der Kneipe« sein. Das ist nutzerfreundlich – und profitabel zugleich. Für Facebook, das sich seine Rolle des Intermediären von den Onlineanbietern vergolden lassen kann.

Doch es geht nicht alleine ums Geld. Facebook, das mehr Nutzer hat als China Einwohner, hat in den letzten Jahren, ähnlich wie Apple, mit einer Milliarde Nutzern und mehr als 200 Milliarden Dollar Umsatz, enorme Macht und Einfluss akkumuliert. Sein Vorgehen mit den sich stets ändernden Geschäftsbedingungen rückte inzwischen ins Visier des deutschen Kartellamts. In seiner neuen Rolle als Intermediär und Gatekeeper für Onlinedienstleistungen und Informationen kann Facebook nicht nur Einfluss darauf nehmen, zu welchen Diensten und Unternehmen seine Nutzer-scharen den Zugang mittels Chatbots erhalten. Geschlossene Ökosysteme erschweren es den Nutzern, zu alternativen Diensten zu wechseln. So, wie man jetzt schon per Amazon-Lautsprecher Echo ein Uber-Taxi bestellen kann – nicht aber das des Konkurrenten Lyft.

Es ist schon ziemlich ärgerlich, wenn man sein Waschmittel bei Rossmann, aber nicht bei DM kaufen kann oder seine Schuhe nicht bei Deichmann, sondern bei Zalando bestellen muss. Oder umgekehrt. Noch ärgerlicher ist aber, wenn Facebook die Chatbots nur für eine beschränkte Anzahl von Websites zulässt, wie es beispielsweise auch für das freie Internet in Indien gedacht war. Denn die kleinen Butler haben das Potenzial, Suchmaschinen, Nachrichtendienste und andere Informationsintermediäre zu ersetzen. Mit einer Kurznachricht lässt sich das Wetter für einen bestimmten Standort nur von einem festgelegten Wetterdienst abfragen. Oder eben von einem bestimmten Anbieter der Wetterinformationen. Mit derselben Kurznachricht können aktuelle Nachrichten, Meldungen und Pressenews abgefragt und »frei Haus« dem Nutzer zugestellt werden. Mit dem neuen Kurznachrichtendienst haben die Internetunternehmen noch bessere Möglichkeiten als bisher, Einfluss darauf zu nehmen, welche Nachrichten wann wen erreichen.

Bisher war der Vorwurf, Meinungen zu manipulieren und Stimmungen zu beeinflussen, Blogs, App-Portalen und Suchmaschinen vorbehalten. Diese können durch die Entscheidung, ob eine bestimmte Information (oder ihr Anbieter) überhaupt im Angebot platziert wird (Selektion) und wie sie im Ranking der Empfehlungen dargestellt wird (Sortierung) neue Möglichkeiten für eine – zumindest theoretische – Einflussnahme etwa auf politische Wahlergebnisse eröffneten. Als das Hans-Bredow-Institut 2011 in einer Umfrage nach den für die politische Meinungsbildung relevanten Medien fragte, landete die Suchmaschine Google auf Platz zwei. Im Jahr 2015 veröffentlichten in der Fachzeitschrift *PNAS* zwei Wissenschaftler, Robert Epstein und Ronald E. Robertson, die Ergebnisse ihrer Experimente aus zwei verschiedenen Ländern zum »Search Engine Manipulation Effect (SEME)«. Sie fanden heraus, dass eine Manipulation der Suchmaschinenergebnisse zugunsten bestimmter Kandidaten die Wahlpräferenzen unentschlossener Wähler beeinflussen kann – und dass sie weitgehend unbemerkt bleibt. Diese Möglichkeit der Manipulation, stellten die Autoren fest, sei eine Gefahr für die demokratische Willensbildung.

Auch soziale Netzwerke wecken inzwischen das Interesse der Regulierer. Denn mit den Chatbots eröffnen sich für Unternehmen wie Microsoft oder Facebook weitere Möglichkeiten, sowohl wirtschaftliche als auch politische Entscheidungen ihrer Nutzer zu beeinflussen, mit noch gezielterer Selektion, Verknappung und Konzentration auf wenige sortierte und prägnante Inhalte und Aussagen.

Gerüchte halten sich im Internet hartnäckig. Sie können Stimmungen beeinflussen, die dann von Journalisten oder Politikern aufgenommen und in die Öffentlichkeit getragen werden. Eine an der University of Washington in Seattle durchgeführte Studie zeigt anhand von Twitter-Diskussionen, wie Gerüchte im Internet entstehen und wie schwierig es ist, sie zu demontieren. Oft wird in diesem Zusammenhang von Trollfabriken berichtet, die auf Erzeugung und professionelle Verbreitung falscher Meldungen spezialisiert sind. Vermeintliche Flugzeugentführungen, falsche Vergewaltigungsvorwürfe gegen Flüchtlinge, aber auch die Demontage politischer Gegner bilden ihr Repertoire. Onlinegerüchte zu stoppen ist nicht leicht, fanden die Forscher heraus, doch auch nicht unmöglich. Wenn offizielle Stellen rechtzeitig entsprechende Dementis veröffentlichen, könnte sich die Diskussion wieder versachlichen und sich die Wahrheit durchsetzen. Mit den Chatbots kann dieses Phänomen eine neue Dimension erreichen, die kaum noch mit rationalen Mitteln und Gegendarstellungen zu beherrschen wäre. »Es ist schon schwer genug, Menschen zu überzeugen«, sagt Steffen Voß, Onlinereferent der SPD Schleswig-Holstein. »Muss ich mich dann an Gesprächspartnern abarbeiten, die niemals ihre Meinung ändern werden?«

Bots, die bestimmte Meinungen unter die Menschen bringen, diese sehr hartnäckig vertreten und dann wieder verschwinden, sind in sozialen Netzwerken wie Twitter recht verbreitet. »Immer häufiger habe ich Fälle auf Twitter, in denen Accounts mit null bis zehn Followern besonders schnell und lautstark antworten. Zum Teil haben sich die Eigentümer nicht einmal die Mühe gemacht, dem Account ein Profilbild zu geben«, sagt Steffen Voß. Noch sind es meist Menschen, die andersdeutende Nutzer, Politiker oder Unternehmen beschimpfen. Immer öfter sind es aber intelligente Roboter, die sich darauf spezialisieren, als Menschen getarnt, wie Menschen zu kommunizieren.

Konkurrenz bekommt Facebook von keinem Geringeren als Microsoft. Denn auch der Softwareriese hat das Potenzial hinter den künstlichen kleinen Dienern erkannt und testet das erste selbstlernende Programm für gepflegte Unterhaltung mittels Kurznachrichten, das Bot Tay, aus. Tay soll seine Erfahrungen aus den Twitter-Nachrichten schöpfen, mit denen er von anderen Nutzern gefüttert wurde. So entwickelte es sich binnen seines kurzen Einsatzes schnell zum »sexistischen Rassisten«. Wobei Thomas Glavinic mit seinem Vergleich heutiger künstlicher Intelligenzen mit natürlicher Intelligenz der Pegida-Spitzen womöglich recht behalten könnte. Nach dem Fiasko zog Microsoft zwar sein Chatbot zurück, doch nicht ohne daraus gelernt zu haben. »Zukünftigen Versionen wird das nicht mehr so schnell passieren«, sagt Steffen Voß.

»Angeblich hat Facebook mittlerweile 1,6 Milliarden »aktive Nutzer«. Hinter wie vielen dieser Accounts einzelne Menschen stecken, gibt Facebook nicht bekannt«, sagt Steffen Voß. »Die Vermutung liegt nahe, dass ein signifikanter Teil der Accounts inzwischen Fake ist und automatisiert betrieben wird.« Wenn man heute mit einem Bot chattet, erkennt man noch, dass es sich um einen Roboter handelt. Doch sie werden immer besser, immer menschlicher, weniger von einer Maschine unterscheidbar. Roboter beeinflussen in diesem Zukunftsszenario wie am Fließband politische Debatten, kompromittieren Unternehmen, beeinflussen Stimmungen und verbreiten

Meinungen. Sie sind unermüdlich, völlig resistent gegen jede andere Meinung, Moderationsversuche oder gar Beleidigungen.

»Diskussionen mit Accounts, von denen ich nicht weiß, ob ein echter Mensch dahintersteckt, muss ich dann nicht mehr führen«, sagt der Onlinereferent, denn das führe die Idee des Internets als Forum für den offenen Austausch von Meinungen und vor allem die Idee der sozialen Netzwerke ad absurdum. »Wenn ich mir aber vorstelle, dass das öffentliche Web überrannt wird von Armeen und Gegenarmeen von Bots, die auf Themen aufspringen und versuchen, sie im Sinne ihrer Eigentümer zu beeinflussen, dann frage ich mich, wo da noch der Platz für Menschen sein soll.« Vielleicht ziehen sich dann die Menschen in das reale Leben und in die nichtöffentlichen Teile des Internets zurück und überlassen das offene Internet den sich streitenden und schwätzenden künstlichen Intelligenzen. »Dann unterhalte ich mich wieder nur noch mit echten Freunden und Bekannten und höchstens noch mit deren Kontakten«, konzediert Steffen Voß.

Künstliche Hüften, Beine, Augen – bald sind wir sowieso selbst wie Cyborgs, schreibt Thomas Glavinic. Uns würden nur noch die nötigen Gehirne fehlen.



Aleksandra Sowa

leitete zusammen mit dem deutschen Kryptologen Hans Dobbertin das Horst-Görtz-Institut für Sicherheit in der Informationstechnik. Sie ist Autorin zahlreicher Fachpublikationen und in einem großen Telekommunikationskonzern tätig. Ende 2015 erschien bei Springer Vieweg: *IT-Revision, IT-Audit und IT-Compliance*.

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Seit 2008:

Dauerkrise(n) in Europa

Finanzkrise, Eurokrise, „Flüchtlingskrise“, Schuldenkrise, Grexit, Brexit, Rechtspopulisten gewinnen Wahlen: Die Krisen in Europa überlagern sich und sie sind auch eine Krise der Europäischen Union.

Der große französische Theoretiker *Étienne Balibar* spitzt in seinem neuen Buch sein eingreifendes Denken auf die zentrale Frage zu: Wie kann diese Krise zum Ausgangspunkt eines demokratischen Neubeginns der europäischen Politik gemacht werden? Balibar greift in die aktuellen Debatten ein und vermittelt eine realitätstüchtige Perspektive.

Das neue Buch
des großen französischen Theoretikers
Étienne Balibar

aus dem Französischen übersetzt von Frieder Otto Wolf
2016 - 276 Seiten - 24,90 €
ISBN: 978-3-89691-842-0



WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE



Peter Brandt

Die Entstehung einer sozialen Klasse in Deutschland

Jürgen Kocka ergründet Arbeiterleben und -kultur über zwei Jahrhunderte

Die Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung zu erforschen ist in Europa und namentlich in Deutschland, anders als im globalen Süden, längst aus der Mode gekommen. Eine rückläufige Tendenz war schon vor dem Umbruch von 1989/90 im Osten des Kontinents abzusehen, nachdem die 60er und namentlich die 70er Jahre gerade auch in den westlichen Ländern einen Boom diesbezüglicher Forschungen mit sich gebracht hatten – nicht zwingend, aber auch nicht zufällig verbunden mit der gleichzeitigen Konjunktur von Kapitalismuskritik innerhalb wie außerhalb der Wissenschaft. Der wichtigste Fortschritt, der in dieser Phase erzielt wurde, war die Ergänzung bzw. Fundierung der Ideen- und Organisationsgeschichte sozialistischer Parteien durch eine empirisch fundierte Sozialgeschichte der Arbeiterschaft insgesamt oder einiger ihrer Teile, z.B. ihrer Artikulationen und Kämpfe. Um 1980 verfügte die Geschichtswissenschaft, die diesem Forschungsweig auch eine Reihe methodischer Innovationen verdankt, hinsichtlich der Arbeiterschaft über deutlich bessere Kenntnisse als über andere Sozialgruppen einschließlich des vielschichtigen Bürgertums. Deshalb war es folgerichtig, dass sich die gesellschaftsgeschichtliche Forschung unter maßgeblicher Mitwirkung Jürgen Kockas der Bürgertumsgeschichte intensiver annahm; die dort erzielten Resultate sind auch für die Arbeitergeschichte wesentlich, die sich ohne den bürgerlichen Konterpart nicht hinreichend verstehen und erklären lässt – und das gilt nicht nur für die unmittelbare Konfrontation von Arbeit und Kapital in der ökonomischen Sphäre.

Die große Leistung Kockas in seiner Untersuchung *Arbeiterleben und Arbeiterkultur* besteht nicht nur in der Bündelung und gedanklichen Ordnung einer gewaltigen Menge empirischer, in nicht geringem Maß in früheren Jahrzehnten von ihm selbst erbrachter Forschungsergebnisse zu den Lebensverhältnissen der handarbeitenden Unterschichten. Diese unterlagen in den Jahrzehnten zwischen den 1830er und den 1870er Jahren, der Epoche des industriellen Durchbruchs, des Aufstiegs der bürgerlichen Gesellschaft und der Nationsbildung, so die zentrale Aussage, einem auf verschiedenen Ebenen tendenziell fortschreitenden Klassenbildungsprozess. Dieser setzte sich in den folgenden Jahrzehnten fort, bevor, so Kocka, was indessen außerhalb des Themas liegt, im zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts zunehmend Klassenbildungsvorgänge dominierend wurden.

Dabei operiert der Autor mit einem analytisch an Karl Marx wie an Max Weber

orientierten Klassenbegriff, der von der Stellung im Produktions- und Austauschprozess, also von der Ökonomie, ausgeht und jenen Begriff in letzter Instanz daran bindet, aber die anderen Dimensionen der gesellschaftlichen Wirklichkeit einbezieht. Mit dieser konzeptionellen Entscheidung für den Klassenbegriff hängt zusammen, dass statt des Terminus der »Industriegesellschaft« die Kategorie »Kapitalismus« vorgezogen wird (als Produktionsweise wie als gesellschaftliche Großformation) – gerade hier zu Recht, denn Kapitalismus und Lohnarbeit sind älter als die Industrialisierung im engeren Sinn, und in der untersuchten Periode wirkten protoindustrielle (teilweise auch vorkapitalistische) Produktionsmethoden und Sozialmilieus fort.

Einer der großen Vorzüge des Historikers Kocka, wie auch des verstorbenen Hans-Ulrich Wehler (zu Recht der bekannteste Vertreter der »Bielefelder Schule«), ist seine Bereitschaft und Fähigkeit, neue konzeptionelle Ansätze zu entwickeln – auch gegen die Sozialgeschichte der 70er Jahre gerichtet –, deren Resultate aufzunehmen und zu integrieren, ohne sich den jeweils vorherrschenden Trends einfach anzupassen. Das betrifft etwa den *cultural turn* ebenso wie den *linguistic turn* seit den 80er Jahren. Jürgen Kocka tut das in einer für mich bis in die Einzelheiten überzeugenden Weise; im Schlusskapitel benennt er ausdrücklich Felder, auf denen sich sein Horizont seitdem geweitet hat.

Kockas Abhandlung schließt an zwei 1990 veröffentlichte Bände (über die Unterschichten um 1800 sowie über Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen bis ca. 1875) an. Die Reflexion über die damit verbundene Problematik, nämlich eine vor einem Vierteljahrhundert veröffentlichte wissenschaftliche Darstellung weiterzuführen, durchzieht das ganze Buch. Umso wichtiger die Feststellung, dass dieses bruchlos gelungen ist. Das erste Kapitel fasst die Ergebnisse von 1990 noch einmal zusammen und ergänzt sie gemäß dem aktuellen Kenntnisstand. Hier wird deutlich, dass die Arbeiter in den zentralisierten kapitalistischen Betrieben – Bergwerken, Manufakturen und Fabriken – selbst am Ende der Periode noch eine Minderheit ausmachten; neben zunächst noch weiter expandierendem Handwerk und Heimgewerbe kommen häusliches Gesinde bzw. Dienstboten und vor allem Ackerbauproletarier verschiedener Kategorien, zudem weitere Gruppen wie die Gelegenheitsarbeiter, als Untergruppen in Betracht. Dabei umfasste die Arbeiterexistenz des 19. Jahrhunderts im Lauf des Lebens vielfach mehrere dieser Tätigkeiten.

Das zweite Kapitel schildert das Leben der Arbeiter unter den Bedingungen extremer und zunächst noch wachsender Armut, zeigt aber auch die sich seit den 1850er Jahren allmählich abzeichnende Überwindung des Übergangsphänomens Massenpauperismus und die schärfer werdende Abgrenzung der im Entstehen begriffenen Arbeiterklasse nach oben und nach unten, zum Subproletariat. Kapitel drei nimmt, auch unter dem geschlechtergeschichtlichen Aspekt, die Lebensläufe und Familienverhältnisse der diversen Arbeitergruppen in den Blick und konturiert einen »Typus Arbeiterfamilie«, während sich Kapitel vier mit dem Beitrag der klein- wie auch weiträumigen Wanderungsbewegungen einerseits und der sozialen Mobilität andererseits für die Klassenbildung beschäftigt. Dabei geht es nicht zuletzt um die Herkunft der entstehenden Arbeiterklasse hauptsächlich aus unter- und kleinbäuerlichen bzw. kleingewerblichen oder handwerklichen Schichten.

Das fünfte Kapitel untersucht, unter maßgeblicher Einbeziehung von Wahrnehmungsebenen, so die These, die Teilgruppen übergreifende Arbeiterkultur, konkretisiert an Sozialisation und Erziehung, an der Bedeutung von Kirche und Religion, an Freizeit und an der Sprache der Arbeit(er). Kapitel sechs greift über die Arbeitergeschichte hinaus, indem es den Ort der Arbeiter in Gesellschaft und Staat zum Gegenstand macht und dabei systematischer als an anderen Stellen des Buches, die die reale Entwicklung teilweise antizipierende Perspektive der Bürger und der Obrigkeit sowie die damit verbundenen Integrations- bzw. Ausgrenzungs- und Disziplinierungsinstanzen, etwa im Vereinswesen und im Militärdienst, thematisiert. In diesem Kapitel kommen somit auch die politischen Faktoren der Klassenbildung zur Sprache einschließlich eines Ausblicks auf die frühe organisierte Arbeiterbewegung.

Jürgen Kocka hat wieder ein vorzügliches Werk vorgelegt, das enormen Detailreichtum mit den großen Linien deutender Synthese und mit der dem Autor eigenen theoretischen, begrifflichen und methodischen Präzision verbindet. Man kann es auch im Hinblick auf seine sprachliche Form guten Gewissens neben Fachhistorikern auch allen historisch Interessierten empfehlen, die sich zur Frühgeschichte der Arbeiterklasse nicht mit einigen Schlagworten zufrieden geben wollen. Die soziale und politische Bewegung der Arbeiter wird in einem demnächst erscheinenden Band von Jürgen Schmidt, der bei dem Buch von Kocka als Mitarbeitender genannt wird, für die Zeit bis zur Vereinigung der Sozialdemokratie 1875 eingehend behandelt werden. Die dann vier diesen Zeitraum umfassenden Bände sind Teile des schon in den frühen 80er Jahren startenden Großprojekts *Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland*, das vom späten 18. Jahrhundert bis in die letzte Nachkriegszeit reicht. Obwohl noch beträchtliche Lücken klaffen, sind die Konturen des Ganzen inzwischen klar zu erkennen. Dank an die Geldgeber, die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Volkswagen-Stiftung, verbunden mit der nachdrücklichen Ermutigung, dieses großartige Gesamtwerk weiter zu fördern.

Jürgen Kocka: Arbeiterleben und Arbeiterkultur. Die Entstehung einer sozialen Klasse. Unter Mitarbeit von Jürgen Schmidt (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Band 3). J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2015, 512 S., 68,00 €.



Peter Brandt

ist Professor (i.R.) für Neuere deutsche und europäische Geschichte und ehrenamtlich Direktor des interdisziplinären Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften (DTIEV) an der Fernuniversität Hagen.

peter.brandt@fernuni-hagen.de

Hanjo Kesting

Handke, Thoreau, Stevenson und James

Literarische Neuerscheinungen

Als Barack Obama 2008 zum US-Präsidenten gewählt wurde, begrüßte Peter Handke die Entscheidung im *SPIEGEL* mit den Worten: »Unser Planet erscheint so neu als eine weltweite Bucht, und die wird, hoffentlich, keine Wiederholung der Schweinebucht sein.« Offenbar verfügte der Dichter damals noch über jenes Potenzial an Hoffnung, das etwas später das Osloer Nobelkomitee veranlasste, dem Neugewählten, noch bevor seine Taten solche Hoffnungen bestätigen konnten, den Friedensnobelpreis zu verleihen.

Den kleinen Text Handkes findet man in einem Band des Suhrkamp Verlags, der unter dem Titel *Tage und Werke* seine Gelegenheitsarbeiten aus den Jahren 2009 bis 2014 sowie frühe Buchkritiken versammelt. Den Nobelpreis für den schwedischen Lyriker Tomas Tranströmer kommentierte Handke drei Jahre später mit den Worten: »(...) seit längerem wird wieder ein Primärschriftsteller ausgezeichnet. Alle, die in den letzten zehn Jahren den Preis bekommen haben, waren doch eher Sekundärschriftsteller, deren Literatur auf Aktualitäten verweist.« Zu diesen als »Sekundärschriftsteller« abqualifizierten Autoren, soviel sei in Erinnerung gebracht, gehörten Mario Vargas Llosa, Herta Müller, Jean-Marie Gustave Le Clézio, Doris Lessing, Orhan Pamuk, Harold Pinter, Elfriede Jelinek, J. M. Coetzee, Imre Kertész und V. S. Naipaul. Dass Handke sie alle nicht als »Primärschriftsteller« gelten lässt, läuft im Grunde auf die einst verbreitete Unterscheidung zwischen Dichter und Schriftsteller hinaus. Sie ist zwar nicht völlig sinnlos, erfuhr aber gerade in Deutschland von je eine ungute ideologische Aufladung, indem dadurch der Geist zum Widersacher der Seele erklärt und eine Literatur, die sich dem Aktuellen nicht verweigerte, grundsätzlich als eine minderen Ranges angesehen wurde. Hinter Handkes nachlässiger Unterscheidung wird ein poetischer Hochmut erkennbar, der besonders in einem Augenblick unangebracht war, als die Dichtung, repräsentiert von einem Poeten wie Tomas Tranströmer, endlich einmal aus ihrem Schattenreich heraustrat.

Seine Urteile scheinen bei Handke immer noch recht locker zu sitzen, nicht nur in literarischen Fragen. Unwillkürlich denkt man an seinen ersten öffentlichen Auftritt bei der Gruppe 47 in Princeton anno 1966. Lange war die Meinung verbreitet, es habe sich dabei um einen kalkulierten Skandal gehandelt, der ihn medienwirksam ins öffentliche Rampenlicht befördern sollte. Dass es aber weit eher die Unmutsreaktion eines jungen Autors war, die sich auf der Grundlage eines anderen literarischen Konzeptes gegen die vorherrschende »Beschreibungsimpotenz« richtete, kann man

jetzt aus den frühen Kritiken erfahren, die Handke zwischen 1964 und 1966 für die »Bücherecke« von Radio Steiermark schrieb – sie sind die eigentliche Überraschung dieses Sammelbandes und fügen sich indirekt zu einem »Portrait des jungen Dichters« Handke zusammen.

Seine allererste Kritik, geschrieben für die Sendung vom 21. Dezember 1964, galt Cesare Paveses Roman *Der schöne Sommer* und begann mit einigen theoretischen Überlegungen über Möglichkeiten und Grenzen der Literaturkritik: »Die Literaturkritik wertet, für die Bewertung aber besteht in der Sprache nur ein begrenzter Vorrat an Worten; dieser Vorrat schießt automatisch in die Gedanken, wenn die Sprache des zu beurteilenden Textes beurteilt werden soll: das ist es, was die Literaturkritik oft zu einem leeren Geschäft macht.« Wie entgeht der Kritiker der Gefahr der leeren Routine? Der Kritiker Handke imponiert durch Genauigkeit der Beschreibung und Entschiedenheit des Urteils. Bewundernd registriert man die Reichweite seiner Kenntnis, den Radius seiner Lektüre schon in diesem Alter, nicht zuletzt seine Eigenständigkeit, die vor Autoritäten wie Walter Benjamin und Theodor W. Adorno nicht sogleich kapituliert. Zu Adornos berühmter Heidegger-Kritik in dem Aufsatz *Jargon der Eigentlichkeit* merkt er an, »ob nicht die marxistischen Embleme, unter denen Adorno den Streit führt, auch schon jargonhafte Züge tragen«. Seine Rezension der Autobiografie von Stefan Zweigs Witwe Friderike ist ein Meisterstück in der Kunst des diskreten Verrisses: Sie erledigt ein Buch und schont dessen Autorin. An Virginia Woolfs Roman *Mrs. Dalloway* registriert er spöttisch die »zarten fraulichen Wahrsprüche« und vermisst »geistige Härte«; der psychologisierenden und philosophierenden Erzählweise des Buches stellt er die harte Dinglichkeit der Geschichten von Ambrose Bierce gegenüber.

Nicht als Provokateur, sondern als Kritiker eines stereotypen Realismusbegriffs gibt Handke sich hier zu erkennen, als ein um begriffliche Schärfe bemühter, an der Sprachkritik der »Wiener Gruppe« um Konrad Bayer geschulter genauer Leser, der sein kritisches Werkzeug trainiert und ausgebildet hat, um darauf die eigene Autorschaft zu begründen. 1966 debütierte er gleich doppelt mit dem Roman *Die Hornissen* und dem Theaterstück *Publikumsbeschimpfung*. Nach den 13 Texten der »Bücherecke« kann man den Auftritt in Princeton nicht mehr als gezielten Versuch abtun, sich als Autor dieser Werke ins Gespräch zu bringen.

Der Zauberer vom Walden Pond

Das schönste Stück in Handkes Sammelband ist seine Einleitung zum Tagebuch von Sophia & Nathaniel Hawthorne, die bereits einige Zeit zuvor in einem Separatdruck erschienen war. Er schreibt über das »Old Manse« genannte Haus der Hawthornes in Concord, der kleinen Stadt in New England, die der Mittelpunkt der »American Renaissance« war, wo auch Autoren wie Ralph Waldo Emerson und Henry David Thoreau wirkten. Handke nennt den kleinen Ort eine »Weltmitte« und ein »Zentrum der Welt«. Wenn man zunächst geneigt ist, das für Übertreibung zu halten, dann liegt es daran, dass wenig davon in unserem Bewusstsein verankert ist. Man spricht vom elisabethanischen England, vom Frankreich des Sonnenkönigs oder dem »secolo d'oro« Spaniens, aber von der »Blüte New Englands« ist selten die Rede, weil man sie bei uns nicht in ihrem weiteren Zusammenhang begreift. Man kennt vielleicht noch

Thoreau als Schüler Emersons, aber wenig weiß man von der Verbindung dieses Kreises etwa zu Herman Melville, dessen *Moby Dick* durch die Begegnung mit Hawthorne angeregt wurde, oder zu Henry James, bei dessen Taufe Emerson zugegen war.

Thoreaus *Walden* wurde für mehrere Generationen zum Klassiker »alternativer« Lebensformen und hat auch heute seine Rolle als »Kultbuch« noch nicht ausgespielt. Dagegen sind seine Tagebücher weniger bekannt und waren bei uns stets nur in schmalen Auswahlausgaben zugänglich. Nun hat der Verlag Matthes & Seitz den ersten Band einer auf zwölf Bände angelegten Ausgabe vorgelegt, der die Zeit von 1837 bis 1842 umfasst. Verglichen mit der vor 20 Jahren erschienenen, noch immer lieferbaren, auf knapp 300 Seiten beschränkten Auswahlausgabe von Susanne Schaupt könnte man das als Fortschritt rühmen, wenn nicht Übersetzung und Kommentierung des ersten Bandes zu wünschen übrig ließen. Die Kommentierung ist für ein ambitioniertes Unternehmen dieser Dimension kümmerlich, die Übersetzung ungenau, zuweilen fehlerhaft, und, was zweifellos schwerer wiegt, schwerfällig und ungenau, weit entfernt von der oft berausenden Schönheit des Originals. »Der Stil ist ein goldenes Szepter, dem das Reich dieser Welt gehört«, hat Charles-Augustin Sainte-Beuve gesagt. Das gilt auch für Thoreau. Die Anziehungskraft seiner Bücher beruht eben nicht nur auf ihrer kraftvollen Lebenslehre, sondern auch auf ihrer wunderbaren Sprache, von der hier nur ein matter Abglanz bleibt.

Eine seltene Schriftstellerfreundschaft

Robert Louis Stevenson schrieb in einem Brief an Henry James, die meisten Leser seien bei Büchern vor allem stofflich interessiert, sie begriffen nicht, »daß der Diamant, wird er nicht geschliffen, nichts ist als ein Stein«. Stevensons Briefwechsel mit James, der 1884 einsetzt und bis zu seinem Tod zehn Jahre später fortgeführt wurde, liegt nun, übersetzt von Jan-Frederik Bandel, erstmals auf Deutsch vor, publiziert in der neuesten Ausgabe der in Essen erscheinenden Literaturzeitschrift *Schreibheft*. James war sieben Jahre älter als Stevenson, aber er schrieb an ihn mit einer vorbehaltlosen Bewunderung und einer Zartheit, ja Zärtlichkeit, wie sie zwischen Autoren dieses Ranges außerordentlich selten ist. Ausgangspunkt der Korrespondenz war ein Essay von James, in dem er eine Bemerkung über Stevensons *Schatzinsel* fallen ließ: »(...) denn ich war einmal Kind, aber niemals war ich auf der Suche nach einem vergrabenen Schatz«. Stevenson erwiderte wenig später an gleicher Stelle: »Noch nie hat es ein Kind gegeben (Master James einmal ausgenommen), das nicht auf die Jagd nach Gold gegangen wäre, das nicht Pirat gewesen wäre, Feldherr und Bandit in den Bergen.«

James gab sich sogleich geschlagen, und was ihn überwältigte, war vor allem Stevensons bewundernswerter Stil, »reich an Perlen und Diamanten«. Schon in seinem ersten Brief verwendete er für den Jüngeren das Wort Genie und brachte seine Bewunderung für die »angeborene Fröhlichkeit all dessen, was Sie schreiben« zum Ausdruck. Die Fröhlichkeit Stevensons ist schwer zu beschreiben und angesichts der endlosen Krankheiten, die ihn lebenslang plagten und zuletzt in das milde Klima der Südsee vertrieben, noch schwerer zu erklären. James, der oft andeutend, umständlich, um nicht zu sagen verschwommen schreibt, ist in seinen Briefen an Stevenson bemerkenswert klar, etwa wenn er darüber klagt, dass der jüngere Freund immer mehr zu

einem ungreifbaren Phantom am anderen Ende der Welt werde: »Sie sind ein schöner Mythos geworden – eine Art unnatürlicher, ungueter, unbegrabener *mort...*« Stevenson erwidert aus Honolulu: »Ich habe in diesen letzten Monaten mehr Spaß und Freude an meinem Leben als je zuvor; und fühle mich gesünder als irgendwann in den letzten zehn langen Jahren.«

Dann erscheint endlich sein Roman-Meisterwerk *The Master of Ballantrae*, für das James Worte neidloser Bewunderung findet: »(...) ein reiner harter Kristall, mein Junge, ein unaussprechliches, vortreffliches Kunstwerk«. Im nächsten Brief kommt er noch einmal darauf zurück: »Sie haben uns mitten in der Nacht geweckt, für eine Stunde – und wir sind herbegeeilt, in unseren Hemden, sind die Gartenmauer hinaufgeklettert und haben Lorbeer gestohlen, den wir seither über Ihrem abwesenden Haupt schwenken.« Später wird die Klage über den abwesenden Freund zum Leitmotiv von James' Briefen: »Auf Dauer ohne Sie auskommen zu müssen, ist ein ewiger Schmerz (...)«. Über die späten Erzählungen von Stevenson, die *Island Night's Entertainments*, schreibt er: »Sie haben alle denselben Zauber für mich, und ich habe sie mit derselben Hingabe gelesen, mit der ein kleines Kind eine Zuckerstange lutscht.« Was für eine Metapher aus dem Mund des Großen Khans, als der James in der literarischen Welt damals schon galt, für das Werk des Jüngeren. Er selbst hat 20 Romane und 112 Erzählungen geschrieben und Stevenson um 22 Jahre überlebt, und doch ist es dessen gleichsam natürliche Überlegenheit, die, von James neidlos anerkannt, diese einzigartige Korrespondenz belebt und bestimmt.

Peter Handke: Tage und Werke. Begleitschreiben. Suhrkamp, Berlin 2015, 287 S., 22,95 €. – *Henry David Thoreau: Tagebuch I (Aus dem amerikanischen Englisch von Rainer G. Schmidt). Matthes & Seitz, Berlin 2016, 326 S., 26,90 €.* – *Henry James/Robert Louis Stevenson: Eine Freundschaft in Briefen. In: Schreibheft. Zeitschrift für Literatur (Hg. von Norbert Wehr), Nr. 86, Februar 2016.*



Hanjo Kesting

ist Kulturredakteur dieser Zeitschrift. Zuletzt erschien bei Wallstein, Göttingen, seine dreibändige Studie *Große Romane der Weltliteratur*.

Wolf Scheller

Schriftsteller im Staatsdienst

Zum 90. Geburtstag von Hermann Kant

»Das Beste an der DDR war der Traum, den wir von ihr hatten«, so die Altersweisheit des einstigen Präsidenten des DDR-Schriftstellerverbandes Hermann Kant. Zu Zeiten, als das geträumte Land real noch existierte, gehörte er zu denen, die das Ohr der Macht besaßen. Nach dem Fall der Mauer wurde der einst viel gedruckte und hoch dekorierte Honecker-Intimus zur öffentlichen Unperson, von der sich alle Welt

zu distanzieren suchte. Er hatte sich von der Staatsmacht instrumentalisieren lassen, Kollegen denunziert oder dafür gesorgt, dass sie nicht mehr publizieren konnten. Er hatte die Hinausgeworfenen mit Schmach überzogen und sich immer wieder zum Büttel der Obrigkeit gemacht. »Von dem Moment an, wo sich jemand nach Westen absetzt, habe ich eine ganz andere Haltung zu ihm«, bekannte er damals. Zur Selbstbehauptung des Schriftstellers gehöre es eben, nicht wegzulaufen, wenn er von der Obrigkeit »gekielholt« werde.

Hermann Kant, seit 1969 Vizepräsident, seit 1978, als Nachfolger von Anna Seghers, Präsident des Schriftstellerverbandes, kam nach der Wende seinem Ausschluss zuvor, indem er von sich aus abtrat. Seine Versuche der Selbstrechtfertigung wollte niemand mehr zur Kenntnis nehmen, auch nicht registrieren, dass seine Parteilichkeit am Ende doch mehr einer zweckgebundenen Haltung als tieferer Überzeugung entsprach. Bei alledem war er in dieser Zeit einer der erfolgreichsten deutschen Schriftsteller, dessen Bücher in mehr als 20 Sprachen übersetzt wurden. Als 1965 sein Roman *Die Aula* erschien, war die erste Auflage schnell vergriffen. »Ein Schriftsteller nicht ohne Talent und mit viel Routine, ein wendiger und witziger, wenn auch meist vordergründiger Erzähler, einer der sich mit forscher Miene sehr unabhängig gibt und der doch nur die SED-Propaganda ausschmückt«, so urteilte damals der Kritiker Marcel Reich-Ranicki.

Mit Kants zweitem Roman – *Das Impressum* von 1972 – verhielt es sich nicht viel anders. Es geht um einen Ostberliner Chefredakteur, der Minister werden soll, aber nicht will. Kant nennt hierfür keinen Grund, sondern erzählt auf schlichte Weise DDR-Geschichte, dabei immer wieder die sozialistische Parteilichkeit mit billiger Demagogie verwechselnd. Der Literaturhistoriker Hans Mayer sprach von einem »ermüdenden und enervierenden« Buch: »Wenn die Russen bei Kant als ›die Freunde‹ auftreten, die Geheimpolizisten als ›Untersuchungsorgane‹, die Mitglieder des Politbüros als ›Oberste Abteilung‹, so ist das nicht Verfremdung, sondern Technik der Sklavensprache.«

Auch der dritte Roman Kants – *Der Aufenthalt* – wurde von der westdeutschen Kritik bei seinem Erscheinen 1977 zwiespältig aufgenommen. Bemängelt wurde die Konstruktion des Romans, der vom Schicksal des Druckers Mark Niebuhr erzählt, der als 18-Jähriger während des Krieges an die Ostfront geschickt wird, in Gefangenschaft gerät und in der Haft unter polnischer Aufsicht seine Zellsituation als einen geistigen wie moralischen Bildungsgang von Schuld und Sühne durchlebt. Der Autor reklamierte ein paar Jahre später für sich eine antifaschistische »Neigung und auch ein gewisses Stück Pflichtbewusstsein«, das ihn zum Schreiben dieses Romans veranlasst habe. Doch hat Hermann Kant auch hier wiederum die Wahrheit für sich zu rechtgebogen. Der junge Hitler-Soldat, der in polnischer Haft zum Antifaschisten geläutert wird, hat nur eine einzige Möglichkeit: den Weg hin zum staatlichen Sozialismus. Über die Vorgehensweise der sowjetischen Armee in Polen verliert Kant kein Wort. Weder das Massaker von Katyn noch die Stillhalteposition beim Warschauer Aufstand von 1944, der von den Deutschen blutig niedergeschlagen wurde, werden erwähnt. Stattdessen wird die polnische Exilregierung bloßgestellt. Auch rechtfertigt der Autor die Repressionen des kommunistischen Polen gegenüber den Angehörigen der polnischen Heimatarmee.

Bemerkenswert war freilich die Tatsache, dass Kant mit diesem Buch zu seinen Ursprüngen, zu seiner eigenen Geschichte und Sozialisation zurückgekehrt war. Der gebürtige Hamburger hatte den Beruf des Elektrikers erlernt. Im Krieg wurde er schwer verwundet. Nach der polnischen Gefangenschaft studierte er in Greifswald und an der Humboldt-Universität zu Berlin. In seinen Erzählungen, auch in den Romanen, spürt man noch das Schuldbewusstsein, das der Kriegsteilnehmer aus der Gefangenschaft mitbrachte. Im Zweifelsfall bei der Wahl zwischen Prinzipien und Privilegien entschied sich Kant dann aber später immer für den Staatsapparat, der ihn entsprechend belohnte. »Das war sein Problem. Jetzt hat er andere Probleme«, schrieb Heiner Müller nach der Wende.

Okarina, *Kino* und zuletzt auch *Kennung* waren schmalbrüstige Alterswerke, die kaum noch den einst so geschickten Erzähler erkennen ließen, dessen frühe Romane seinerzeit zu Recht als bedeutende Zeugnisse der DDR-Literatur gewürdigt wurden. Man spürte etwas von dem Maß an Enttäuschung bei Hermann Kant, der bis zum bitteren Ende einer der letzten wahren Getreuen von Erich Honecker gewesen war. Kant wusste sich immer »im Dienst von Wahrheit und Wissen« und demonstrierte dabei gerne seine Unbelehrbarkeit. In seinen Memoiren *Abspann – Erinnerung an meine Gegenwart* verteidigte sich Kant mit jener Mischung aus Theatralik und Selbstmitleid, die ihn zur Kenntlichkeit brachte: »Ich übte Disziplin, weil ich weder Anarchie noch Gelddiktat wollte, und womit habe ich es nunmehr zu tun?«



Wolf Scheller

war Rundfunkredakteur in Köln und ist nun freier Autor. Seine Schwerpunkte sind jüngere Zeitgeschichte und Literatur.

wolfscheller@gmx.de

Ulrich Baron

Flüchten in die Fremde

Migration in Zeiten der Globalisierung

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen werde im Jahr 2016 berichten, »dass ein weiteres Jahr die Zwangs- und Fluchtmigration stark angewachsen ist«. So schreibt Stefan Luft in seinem Buch *Die Flüchtlingskrise*, das einen kompakten Überblick zur aktuellen Situation liefert. Das Kursbuch steuert mit seinen Nummern 183 (»Wohin flüchten?«) und 185 (»Fremd sein!«) zwei intellektuell hochkarätig besetzte Sammelbände zum Thema bei. Michael Richter beschwört in *Fluchtpunkt Europa* »unsere humanitäre Verantwortung«. Navid Kermani und Patrick Kingsley haben für ihre Reportagebände Flüchtlinge auf ihren Wegen begleitet und befragt. Und der britische Ökonom Paul Collier behandelt in *Exodus* die Frage, »warum wir die Einwanderung neu regeln müssen«.

Bei allem Respekt vor den Autoren stecken deren Ansätze überwiegend in der Falle des Kurzzeitdenkens fest, wie überhaupt die Penetranz akuter Probleme (Energie- wende, Klimawandel, Flüchtlingskrise) politisch hochwillkommen scheint, weil sie zu kaschieren hilft, dass deren Vorgänger noch keineswegs bewältigt sind. Dazu zählt vor allem das betagte, aber hochbrisante Problem der Überbevölkerung, das zudem peinlich ist, weil es durch humanitäre Hilfe noch verstärkt wird.

Um das Jahr 1800 herum überschritt die Weltbevölkerung die Milliardengrenze. Die zweite Milliarde wurde 1927 erreicht, die dritte 1960, die vierte 1974, die fünfte 1987, die sechste 1999 und die siebte 2011. Heute gibt es rund 7,4 Milliarden Menschen, und weil deren Einfluss auf die Umwelt ähnlich exponentiell gewachsen ist und weiter wächst, beginnt sich die Auffassung durchzusetzen, dass wir im »Anthropozän« leben – einem Zeitalter, in dem eine einzige Art, der Homo sapiens, der Erde ihren Stempel aufdrückt. Aus der Besiedlung der Erde ist ihre Zersiedlung geworden. Ein winzig kleiner Teil der Menschheit verfügt über einen wachsenden Großteil allen Vermögens und steigert ihn weiterhin skrupellos.

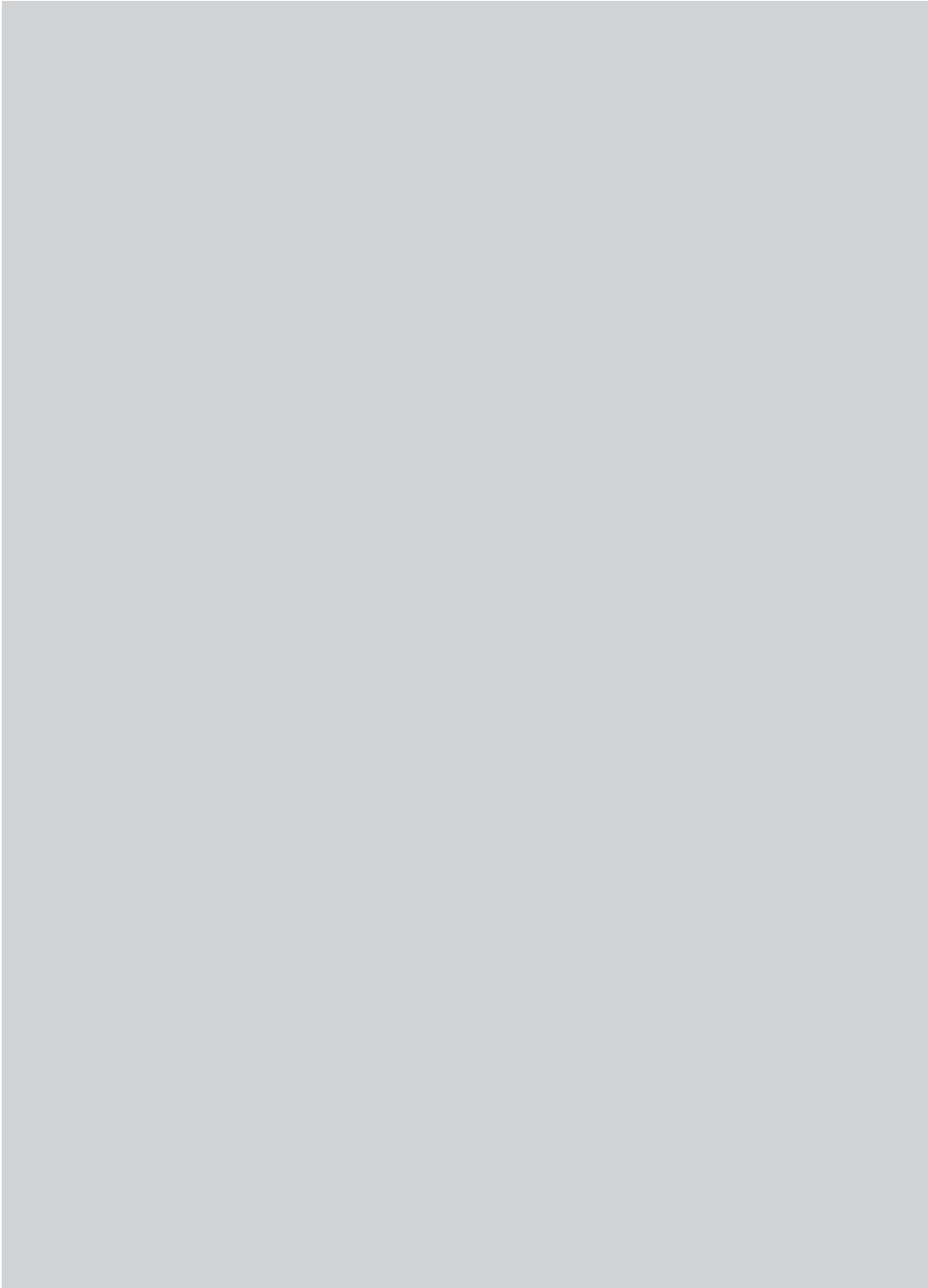
Im Schatten moralischer Gebote

So kann man allen Versuchen, Zuwanderung und Wachstum etwas Positives abzugewinnen, nur mit Skepsis begegnen. Wer glaubt, auch zehn Milliarden Menschen versorgen zu können, sollte sich der Frage stellen, wie es mit 20 oder 40 Milliarden aussehen würde.

Skepsis ist auch gegenüber der Durchsetzbarkeit ethischer Argumentationen wie in Michael Richters *Fluchtpunkt Europa* angebracht, wenn er als »die nächsten Schritte« zur Bewältigung der Flüchtlingskrise unter anderem Folgendes fordert: »EU-Recht durchsetzen« und »Herkunftsländer stärken«. Das eine wird gerade massiv konterkariert; und keine Macht der Welt wäre in der Lage, durch Stärkung von Ländern wie Syrien, dem Irak und Afghanistan Einfluss auf Migrationsbewegungen zu nehmen.

Was moralisch geboten wäre, ist allein dadurch noch nicht möglich. Doch im Zeichen globaler Entgrenzung feiert das alttestamentliche »Macht Euch die Erde untertan!« fröhliche Auferstehung, wird Selbstverblendung kollektiv, und ein EKD-Vorsitzender fordert einen »flächendeckenden Islamunterricht« für Deutschland, als sei Bildung Sache der Kirchen. Überhaupt ist ein Hang zur Rekonfessionalisierung spürbar, der sich unter dem Deckmäntelchen religiöser Toleranz in den öffentlichen Diskurs eingeschlichen hat, seitdem Einwanderer aus muslimischen Ländern nicht mehr als Türken oder Iraner, sondern pauschal als Muslime apostrophiert werden. Während man einerseits 500 Jahre europäische Glaubensspaltung als »Luther-Jahr« begehen will, scheint man andererseits fest daran zu glauben, dass Sunniten, Schiiten und Aleviten ihre Konflikte beim Überschreiten der deutschen Grenzen vergessen würden.

Der Freidenker von heute, schreibt der französische Philosoph Régis Debray in seinem Essay *Lob der Grenzen*, »besingt die Suche und die neue globale Mobilität, schwört nur noch auf *trans* und *inter*, idealisiert die Nomaden und die Piraten, preist das Glatte und das Flüssige, zu einem Zeitpunkt, da im Herzen Europas die Linien



geteilten Erbes der Römischen Antike oder des Mittelalters zutage treten, und wo sich vor seiner Tür unwichtige regionale Konflikte zu nationalen Grenzen aufspielen wollen«.

Debray formulierte seine Kritik einer grenzenlosen Wirklichkeitsverleugung schon 2010, als die aktuelle »Flüchtlingskrise« noch nicht absehbar war. Deren Entwicklung hat viele Probleme verschärft, aber Deutschland und seine etablierten Parteien scheinen in mancher Hinsicht besser vorbereitet als andere Länder. Kaum eine andere Partei der Welt hat die Erfahrungen politischen Exils so verinnerlicht wie die SPD, während die Unionsparteien vielen deutschen Heimatvertriebenen eine neue politische Heimat geboten haben. Zudem hat Deutschland jahrzehntelange Erfahrungen mit Zuwanderern aus anderen Kulturkreisen.

Seit der gewaltlosen Wiedervereinigung aber krankt Deutschlands Politik an einem hypertrophen Wendeoptimismus. Ob vorschnelle Anerkennung der abtrünnigen jugoslawischen Teilrepubliken, ob »Energiewende«, »Klimaziele«, Arabischer Frühling oder Proteste auf dem Maidan – stets handelte man im Glauben, dass dabei alles irgendwie gut gehen würde.

Dass dies oft ein Irrglaube war, hat sich auf tragische Weise gezeigt. Es ist der Irrglaube einer Politik, deren »Wir schaffen das!« eine Flüchtlingswelle von Wählern verstärkt hat, denen vor allem die AfD eine neue Heimat zu versprechen scheint. Eine wachsende Zahl von Menschen hat den Eindruck, dass Rechte in Deutschland nur noch für die Minderheiten aller Länder gelten, während ihnen selbst lediglich die Steuerpflicht bleibt. Dies entspricht dem paradoxen Bild einer »verkehrten Welt«, in der die Politiker stets das Gegenteil von dem tun, was sie tun sollten, weil ihre angebliche Weltoffenheit nichts anderes ist als eine Kapitulation vor dem Unbeherrschbaren.

Nur wäre selbst ein innenpolitisch »stark« auftretender deutscher Staat, der mit »Scheinasyllanten«, mafïösen Familienclans und kaukasischen Einbrecherbanden »kurzen Prozess« machen würde, wie es viele Internet-Foristen fordern, außenpolitisch gar nicht fähig, eine rigorose Abschiebepolitik durchzusetzen. Hierzu bedürfte es zumindest einer europäischen Einigkeit, aber die ist durch Deutschlands einsame Willkommenswende gerade erheblich beschädigt worden. Der Slogan »Refugees Welcome« war eine naive Irreführung, weil er die praktischen Hürden für eine erfolgreiche Einwanderung und das Höchstmaß an Eigenleistungen, das sie erfordert, ignorierte.

Push and Pull

»Es war ein Fehler, Afghanistan zu verlassen«, sagt in Navid Kermanis Reportage ein Flüchtling, der mit Schicksalsgenossen buchstäblich gestrandet ist: »Ja, wir hatten völlig falsche Vorstellungen«, stimmt ihm ein anderer zu. Beide wollen in ihre Heimat zurückkehren, und man wünscht ihnen, früher erkannt zu haben, welche Belastungen Migration nicht nur für Migranten, sondern auch für die Aufnahme- und Herkunftsländer mit sich bringt.

Dabei sind Push- und Pull-Faktoren zu unterscheiden. Erstere wie Krieg, Verfolgung und Versorgungsmangel treiben Menschen in eine Flucht, die wirklich Ultima Ratio ist. Pull-Faktoren hingegen ziehen Menschen an, die sich eine Verbesserung ihrer

Lebensumstände versprechen. Für die Einwanderungsrate nennt Paul Collier drei Faktoren: zunächst die »Tiefe der Einkommenskluft« zwischen Herkunfts- und Einwanderungsland, denn sie mache Migration attraktiv; aber auch das »Einkommensniveau in den Herkunftsländern« spielt eine Rolle, weil extrem Arme gar keine Mittel für die Migration hätten. Als dritter Faktor komme die »Größe der Einwanderergemeinden in den Aufnahmeländern« hinzu, weil sie den Start erleichtere. Das erklärt die Attraktivität von Ländern mit hohem Einwandereranteil wie Schweden und Deutschland einmal nicht allein durch deren hohe Sozialleistungen. Es erklärt aber auch, warum andere Länder lieber gar keine Einwanderergemeinden bei sich haben wollen. Sie befürchten, dass damit ein sich selbst verstärkender Pull-Faktor installiert würde.

Freilich schwächt sich dieser Faktor auf lange Sicht ab. Er selbst sei inzwischen »völlig nutzlos für jeden ehrgeizigen neuen Einwanderer aus Ernsbach«, bekennt Collier ironisch: »Obwohl ich das schöne Dorf, das mein Großvater einst verlassen hatte, einmal besucht habe, habe ich weder Beziehungen zu dessen Einwohnern noch zu anderen Nachfahren deutscher Einwanderer in Großbritannien.«

Vollkommene Integration scheint also möglich, aber im Kursbuch 185 gießt Alan Posener Essig in den Wein des Optimismus, indem er auf immer wieder tragisch gescheiterte jüdische Assimilationsbemühungen verweist. Wo Integration zu gut gelungene schein, gelte die Regel, »dass die geglückte Assimilation den Antisemiten nur wütender macht«. Integrationseifer werde als Scheinanpassung, Verstellung, Hinterlist, als Marranismus wie in Zeiten des ersten Großinquisitors von Spanien, Tomás de Torquemadas, im 15. Jahrhundert interpretiert.

»Man könne das Fremde nicht akzeptieren, wenn man das Eigene nicht liebe, heißt es apologetisch bei Anhängern einer ›selbstbewussten Nation‹ oder einer ›deutschen Leitkultur‹«, schreibt Posener, doch seien das Fremde und das Eigene reine Konstrukte: »Der Hass auf das Fremde ist ja nirgends stärker als dort, wo die Unterschiede von außen kaum sichtbar sind, man denke etwa an Protestanten und Katholiken in Nordirland; am tiefsten und unversöhnlichsten natürlich innerhalb der Familie.«

Aber nicht das Fremde und das Eigene sind »Konstrukte«, sondern deren vermeintlich unüberbrückbaren Gegensätze. Was man am Eigenen hat oder hatte, erfährt man oft erst in der Fremde. So kann man den »Einbruch der Wirklichkeit«, wie Navid Kermani die Flüchtlingstrecken durch Europa bezeichnet, auch als Beginn eines Lernprozesses verstehen, den vor allem Einwanderer zu durchlaufen haben.

Zu den Ergebnissen eines solchen Prozesses wird die Einsicht zählen, dass Deutschland und Europa allein die Probleme der Welt nicht lösen können – schon gar nicht durch unbeschränkte Einwanderung in ihre vergleichsweise knapp bemessenen Territorien. Folgt man Colliers Darstellung, nach der Migranten »zumeist aus Ländern mit nicht funktionierenden Sozialmodellen« fliehen, so sollte man auch seinen Ratschlag beherzigen, »weniger bereitwillig in das gut gemeinte Mantra einzustimmen, man müsse ›Respekt für andere Kulturen‹ aufbringen.« Nicht alles, was anderswo anders ist, ist per se respektabel, sonst gäbe es keine Fluchtgründe. Es kann auch Ausdruck von Totalitarismus und Fanatismus sein. Den bekämpft man

nicht mit erhobenem Zeigefinger, während man mit der anderen Hand Abkommen über Waffenexporte unterzeichnet. Generell aber gilt, dass die Welt in Zeiten der Globalisierung viel zu klein und längst zu dicht bevölkert ist, um grundsätzliche Probleme durch Migration oder auf lokaler und regionaler Ebene lösen zu können.

Paul Collier: Exodus: Warum wir Einwanderung neu regeln müssen. Pantheon, München 2016, 320 S., 14,99 €. – *Régis Debray: Lob der Grenzen. laika diskurs (Bd. 16), Hamburg 2016, 64 S., 9,80 €.* – *Stefan Luft: Die Flüchtlingskrise: Ursachen, Konflikte, Folgen. C.H.Beck, München 2016, 128 S., 8,95 €.* – *Navid Kermani: Einbruch der Wirklichkeit. Auf dem Flüchtlingstreck durch Europa. C.H.Beck, München 2016, 96 S., 10 €.* – *Kursbuch 183: Wohin flüchten? 2015, 192 S., 19 €.* + *Kursbuch 185: Fremd sein! 2016, 188 S., 19 €., beide Murmann.* – *Michael Richter: Fluchtpunkt Europa. Unsere humanitäre Verantwortung. Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2015, 248 S., 16 €.*



Ulrich Baron

ist Literaturwissenschaftler und arbeitet als Kritiker und freier Publizist in Hamburg.

ulrich.baron@t-online.de

Carl Wilhelm Macke

Welt-Flucht

Zwei neue Bücher zur Flüchtlingskrise

Die Phänomene sind schnell beschrieben: eine deutliche Zunahme der Flüchtlingszahlen in und auf dem Weg nach Europa. Das Errichten von neuen Grenzzäunen rund um die »Festung Europa«. Der Flächenbrand eines neuen Nationalismus und Chauvinismus in allen Ländern der Europäischen Union. Sage aber keiner, es handle sich um eine neue, uns völlig überraschend und unvorbereitet treffende Entwicklung. Kurz nach dem Fall der Berliner Mauer veröffentlichte der italienische Schriftsteller Claudio Magris seine *Grenzbetrachtungen*. »Wir sehen jetzt«, so Magris damals, »wie man neue Gräben zieht und neue Mauern baut: ethnische, chauvinistische, partikularistische (...). Am Horizont taucht das Schreckgespenst der massenhaften Wanderung von Menschen auf, die, angetrieben von Leid und Hunger, wahrscheinlich ihre Heimat, ihre Grenzen verlassen und Hass und Furcht hervorgerufen werden, was wiederum zur Entstehung neuer Barrieren führen wird. Von der Antwort auf diese epochemachenden Verschiebungen (...) wird schon in allernächster Zukunft das Überleben oder zumindest die Würde Europas abhängen«. Jane Kramer, Europa-Korrespondentin des US-amerikanischen Magazins *The New Yorker*, sagte 1994 in einem Gespräch mit der *Neuen Zürcher Zeitung* über die Folgen des Berliner Mauerfalls: »Dass die Migration das zentrale Problem für das Europa der nächsten Jahrzehnte ist, scheint mir klar.« Genauso ist es gut 20 Jahre später eingetroffen.

Auch auf dem Buchmarkt ist die »Flüchtlingsfrage« inzwischen mit einer Flut von Veröffentlichungen angekommen. Zwei Titel aus dem diesjährigen Frühjahrsangebot verdienen es, besonders zur Lektüre empfohlen zu werden.

Die afrikanische Wanderung

Der UNHCR, das Weltflüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, geht davon aus, dass gut 80 % der derzeit geschätzten 60 Millionen Flüchtlinge niemals europäische Staaten erreichen können oder es auch nur wollen. Wer bei uns Obergrenzen der Flüchtlingsaufnahme fordert, sollte sich einmal mit den Realitäten der riesigen Flüchtlingslager unmittelbar jenseits der syrischen Grenzen oder im Osten Kenias beschäftigen. Hier wird man mit Dimensionen der Flüchtlingsbewegungen konfrontiert, die uns bislang vollkommen unvorstellbar waren. Der amerikanische Journalist Ben Rawlence hat sehr gründlich über die Lebensbedingungen in Dadaab an der Ostgrenze Kenias recherchiert und seine Eindrücke aus diesem größten Flüchtlingslager der Welt zu einem episch anmutenden Panorama des Elends verarbeitet. Das seit 1991 bestehende Lager, welches eigentlich eine Flüchtlingsstadt ist, breitet sich auf einer Fläche von ungefähr 77 Quadratkilometern aus, die von mindestens einer halben Million Menschen – oder mehr, wer weiß das schon genau – bewohnt werden. Und auch das ist bereits eine fragwürdige Verharmlosung, weil die aus ihrer Heimat geflüchteten Menschen hier gezwungen sind, sich in Zelten irgendwie mit ihrer Situation zu arrangieren. Aus fast allen Regionen des östlichen Afrikas fliehen Menschen in dieses Lager, um Schutz zu finden vor den marodierenden Truppen der al-Shabaab-Miliz in Somalia, vor der Erziehungsdiktatur in Eritrea, den verschiedenen Bürgerkriegsarmeen im Tschad oder, wie in der Mehrzahl der Fälle, vor den Hungersnöten in vielen Regionen des östlichen Afrika.

Von allen nur denkbaren kleinen und großen Alltagskonflikten in einem so riesigen Flüchtlingslager erzählt Rawlence in seinem Buch, immer am Beispiel einzelner Menschen. Nur so kann man als Leser fern von Afrika eine Ahnung vom Leben in einem so gigantischen Lager erhalten. Mit Erstaunen registriert der Autor, wie sich in Dadaab inzwischen eine urbane Infrastruktur mit Autowerkstätten, Handygeschäften, Transportunternehmen, vor allem aber auch medizinischen Dienstleistungen herausgebildet hat. Teil der Infrastruktur ist ein Sicherheitsapparat, von dem die kenianische Regierung vermutet, dass er zunehmend von terroristischen Milizionären unterwandert ist. Auch deshalb will Kenia jetzt den riesigen Lagerkomplex in der Grenzregion zu Somalia auflösen. Kann man aber einfach ein Flüchtlingslager von diesen Dimensionen von heute auf morgen schließen? Welche Überlebensperspektiven sind für Hunderttausende Menschen denkbar, die hier einen Schutz vor Gewalt und gegen den Hunger gefunden haben? Keine der Fluchtursachen wäre damit beseitigt und es gäbe vermutlich keinen einzigen Flüchtling weniger.

Bleibt die kenianische Regierung bei ihrer Entscheidung, das Lager bald zu schließen, könnte das auch Auswirkungen auf die Situation in Europa haben. Sie steht im Mittelpunkt des Buches *Die neue Odyssee* von Patrick Kingsley. Kingsley, geboren in dem Jahr, als die Berliner Mauer fiel und die jahrzehntelang bestandenen Grenzen durchlässiger wurden, hat im Auftrag der britischen Tageszeitung *The Guardian* in

17 Ländern Flüchtlinge bei ihrer oft unglaublich qualvollen Flucht durch die Wüste hin zu den nordafrikanischen Küsten begleitet. Detailliert schildert er die Praktiken von Schleusernetzwerken, für die Flüchtlinge nichts weiter sind als Waren, die man irgendwie über das Mittelmeer nach Europa transportieren muss. Sie operieren kriminell, sind aber für die Flüchtlinge oft die einzige Möglichkeit, die Hoffnung auf ein besseres Leben in Europa nicht ganz aufgeben zu müssen. Ohne diese Schlepper ist es auch nicht möglich, quer durch Südeuropa nach Frankreich, Deutschland oder Schweden zu fliehen. Kingsley schildert all dies mit großer Empathie für die Flüchtlinge und gleichzeitig mit der Nüchternheit eines investigativen Reporters, der über das »Schleppergeschäft« recherchiert. Flucht ist auch zu einem großen Business geworden – Mafia und kriminelle Gangs eingeschlossen.

Europa ist nicht vorbereitet

Die Lektüre der Bücher von Rawlence und Kingsley hinterlassen den Leser ratlos, wenn auch bereichert durch viel neues Wissen über die Ursachen und Verläufe der großen Wanderung. Ratlos, weil man von Rawlence und Kingsley ja nur die anfangs zitierten Prophezeiungen über die Dimensionen weltweiter Flüchtlingsbewegungen bestätigt bekommt. Obwohl man es hätte besser wissen müssen, sind wir in Europa auf diese Migrationswellen tatsächlich nicht vorbereitet. Vor allem haben wir immer noch nicht ausreichend realisiert, dass die Fluchtbewegungen trotz der Festungsanlagen rund um Europa anhalten werden. »Wir müssen die langfristige Aufnahme einer sehr viel größeren Zahl von Menschen zusagen (...). Wir können die Flüchtlinge nicht aufhalten. Wir können nur hoffen, ihre Ankunft besser organisiert zu gestalten« (Patrick Kingsley). Die fremdenfeindlichen Abwehrbewegungen innerhalb der »Festung Europa« werden sich dadurch vermutlich weiter verstärken. Es wird somit immer schwerer werden, angesichts der anhaltend hohen Flüchtlingszahlen, die »Würde Europas« (Claudio Magris) zu verteidigen.

Ben Rawlence: Stadt der Verlorenen. Leben im größten Flüchtlingslager der Welt (Aus dem Englischen von Bettina Münch und Kathrin Razum). Nagel & Kimche, München 2016, 416 S., 24,90 €. – *Patrick Kingsley: Die neue Odyssee. Eine Geschichte der europäischen Flüchtlingskrise (Aus dem Englischen von Hans Freundl und Werner Roller). C.H.Beck, München 2016, 332 S., 21,95 €.*



Carl Wilhelm Macke

ist freier Publizist in München und Ferrara (Italien), Geschäftsführer von »Journalisten helfen Journalisten« e.V. (www.journalistenhelfen.org) und Mitglied bei »Italia Nostra«.

cwmacke@t-online.de

Andreas Eckert

Ein Wettlauf um Afrika

Neue Bücher zum »Boomkontinent«

Im Jahre 2000 erschien die britische Wochenzeitung *The Economist* mit der Schlagzeile: »Afrika. Der hoffnungslose Kontinent«. Im Editorial fragte sich die Redaktion, ob Afrika unter inhärenten Charakterschwächen leide, die es zur ökonomischen Entwicklung unfähig machten und zur Rückständigkeit verdammen. Elf Jahre darauf sang dieselbe Zeitschrift ein Loblied auf den einst abgeschriebenen Kontinent und titelte vom »Aufstieg Afrikas«. Das Blatt setzte damit den Ton für einen erstaunlichen Wandel des Afrikabildes in der westlichen Öffentlichkeit. Über Dekaden hinweg stand der Kontinent für Kriege, Katastrophen, Krankheiten und Armut. Heute ist häufig vom »Boomkontinent« und von wirtschaftlichen Verheißungen die Rede. Gelegentlich beschleicht einen in diesem Zusammenhang gar der Eindruck, gegenwärtig vollziehe sich ein neuer Wettlauf um Afrika (*Scramble for Africa*). Wie im späten 19. Jahrhundert geht es um den Zugang zu Rohstoffen sowie geopolitische Interessen. Im Unterschied zu damals sind es heute jedoch vor allem nichtwestliche Staaten, die in diesem »Wettlauf« aktiv sind. In Afrika scheint tatsächlich etwas zu holen zu sein: Im vergangenen Jahr fanden sich dort sechs der zehn wachstumsstärksten Länder. Und vor allem verfügt der Kontinent nicht nur über zahlreiche Rohstoffe, sondern auch über 60 % der bis heute weltweit nicht genutzten Landwirtschaftsflächen. Die wichtigsten »Partner« Afrikas sind neben China vor allem Indien, Brasilien und Japan.

Verschlafen der Westen und nicht zuletzt Deutschland die Chance, sich verstärkt in Afrika zu engagieren? Zahlreiche Autoren haben in den vergangenen Jahren mit Verve Afrika als eine Art neues Asien gepriesen und zugleich die Lethargie des Westens gegenüber dem Kontinent beklagt. In diesen Chor reiht sich Hans Stoisser mit seinem Buch *Der schwarze Tiger* ein. Der laut Schutzumschlag seit 30 Jahren in Afrika tätige »Unternehmer und Berater« fährt besonders schweres Geschütz auf. »Ist Europa in Afrika nicht mehr dabei«, prophezeit er, »verliert es nicht nur ein paar Prozentpunkte an Export- oder Investitionsmöglichkeiten. Europa verliert die Einbindung in die Dynamiken der neuen Weltordnung und damit den Anschluss an die neue Welt«. Langfristig drohe gar die wirtschaftliche, politische und kulturelle Bedeutungslosigkeit. Es sei Europa, nicht Afrika, das jetzt zum abgehängten Kontinent zu werden drohe.

Der Autor gründet diese Prognose auf die in seinen Augen tiefgreifenden positiven Veränderungen – zumindest in Teilen des Kontinents. Wie für andere Beobachter auch, ist für ihn das Aufkommen einer breiteren Mittelschicht, die auf Augenhöhe mit dem Rest der Welt kommunizieren und wirtschaften will, Indikator für die Wandlung Afrikas zum »Tiger«. Dank dieser beständig wachsenden kaufkräftigen Gruppe könne die Welt den Menschen südlich der Sahara inzwischen nicht nur ihre Produkte verkaufen; es lohne sich sogar, dort Produkte herzustellen. So sichert sich etwa China Lizenzen zur Rohstoffausbeutung und damit Zugang zu riesigen Absatzmärkten für seine Produkte. Im Gegenzug werden dringend notwendige Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt. Der Westen aber betreibt weiterhin nutzlose Entwicklungshilfe.

Es ist grundsätzlich ohne Zweifel begrüßenswert, die zähen Klischees vom verlorenen Kontinent hinter sich zu lassen und ein differenziertes Afrikabild zu präsentieren. Aber das kann nicht, wie bei Stoisser, durch die unkritische Lobrede des Marktes geschehen. Der Verweis auf eine bessere Zukunft macht gegenwärtige Verwerfungen nicht besser. Die Schere zwischen Arm und Reich etwa öffnet sich rasant und selbst in den Wachstumsstaaten südlich der Sahara sind bisher kaum neue Jobs entstanden; viele gut ausgebildete Jugendliche können keinen Job finden. »Land grabbing«, der oft auf dubiosen rechtlichen Grundlagen vollzogene Landkauf oder die Landpachtung durch ausländische Investoren, soll die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerungen aus China und den arabischen Staaten sichern – führt aber zunehmend zur Marginalisierung von afrikanischen Kleinbauern und zu rasch steigenden Lebensmittelpreisen.

Von all diesen Problemen ist bei Stoisser nicht die Rede, viel hingegen von Prinzipien, die »unsere« Beziehungen zu afrikanischen Ländern leiten sollen, Prinzipien wie »Begeistere die Partner« oder »Wertschätzende Führung«. Eigentlich geht es dem Autor weniger darum, »was wir von Afrika lernen können« – so der Untertitel des Buches. Sein primäres Anliegen ist vielmehr, was wir zum Beispiel von China oder Brasilien lernen können, die derzeit erfolgreich in Afrika ihre Geschäfte betreiben. Hier offenbart sich eine Haltung, die an die Attitüden der europäischen Mächte gemahnt, als sie Ende des 19. Jahrhunderts Afrika unter sich aufzuteilen suchten: Afrika als Region, von der keineswegs nur die anderen Mächte profitieren sollen.

Das Bild, das der Journalist Alex Perry von Afrika zeichnet, ist hingegen sehr viel ambivalenter. Der Anspruch seiner umfassenden Reportage ist sehr hoch, denn er gedenkt nicht weniger, als »das wahre Gesicht« des Kontinents zu zeigen. Obwohl eine Reise in die Zukunft annonciert wird, geht es in den meisten Teilen des Buches um eine eher düstere Vergangenheit und Gegenwart. Detailliert beschreibt der Autor die Hürden, die seiner Ansicht nach der Selbstbehauptung Afrikas entgegenstehen. Er verweist auf den langen Schatten des Sklavenhandels und der kolonialen Ausbeutung, die auch nach der formellen Unabhängigkeit fortbestehende wirtschaftliche Abhängigkeit vom Westen sowie die schwierigen ökologischen Gegebenheiten. Hinzu kommen weitere gegenwärtige Probleme wie die autokratischen Herrscher oder der wachsende radikale Islamismus. Der den Kontinent so prägenden Entwicklungsindustrie stellt Perry, nicht als Erster, ein verheerendes Zeugnis aus. Er beschreibt in diesem Zusammenhang eindrucklich, wie vor allem große Nahrungsmittelkonzerne von Hilfsleistungen an die Bedürftigen profitieren und mit ihren Waren nebenbei noch die einheimische Produktion ruinieren.

Zu den spannendsten Teilen des Buches gehören Porträts afrikanischer Autokraten wie dem Präsidenten Simbabwe, Robert Mugabe, dem letzten großen Dinosaurier der Befreiung Afrikas. Für die Menschen im Westen ein Tyrann, der das reiche Land im südlichen Afrika in den Abgrund geführt hat, gilt er aber innerhalb Afrikas bei vielen noch immer als einer, der es den Weißen gezeigt hat. Perry begleitete den greisen Diktator auf Wahlveranstaltungen und kam zu der treffenden Einschätzung: »Mugabe war kein freier Mensch. Er war gefangen. Er war ein Gefangener der Vergangenheit. (...) Wie bei einem am Boxersyndrom Leidenden hatte ihn dieser Kampf so

vollständig geprägt, dass er alles, was danach kam, gar nicht recht wahrnahm.« Recht mild fallen die Ausführungen zum ruandischen Präsidenten Paul Kagame aus. Perry relativiert dessen harsches Vorgehen gegen Oppositionelle und charakterisiert ihn stattdessen als »freien Mann«, der erbost darüber gewesen sei, dass die reiche Welt ihr Urteil ständig über das der Afrikaner stelle. »Und er erboste sie nun ihrerseits, indem er die Beleidigung zurückgab und sein Urteil hinsichtlich der ruandischen Politik über das der Ausländer stellte.«

Lediglich die letzten 100 Seiten von Perrys Buch sind dann dem »neuen Afrika« gewidmet. Aber so richtig neu und überzeugend sind die Dinge nicht, die er beschreibt. Sicher, die innovativen Projekte, die der Autor schildert, verdienen Respekt. Aber liegt die Zukunft des Kontinents tatsächlich vor allem in der Kommerzialisierung der Landwirtschaft – angesichts der ungeklärten Land- und Besitzverhältnisse? Insgesamt kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Optimismus, mit dem *In Afrika* endet, angesichts der vielen sinistren Szenarien, die zuvor ausgebreitet wurden, ein wenig aufgesetzt wirkt.

Von Afrika lernen?!

Frankreich gehört zu den Kolonialmächten, denen häufig »neokoloniales Gebaren« vorgeworfen wird. Und viele französische Politiker und Geschäftsleute betrachteten die ehemaligen Besitzungen Frankreichs in West- und Zentralafrika lange Zeit als ihren »Hinterhof«, in dem sie nach Belieben agieren konnten. Für die Komplexität des Kontinents, schreibt der Journalist Antoine Glaser, hätten sie sich jedoch nie sonderlich interessiert. Für diese Arroganz müssten sie nun teuer bezahlen. Viele französische Firmen verlieren inzwischen sicher gewählte Aufträge an die chinesische Konkurrenz. Und die jüngeren Generationen in Afrika haben sich von Frankreich abgewandt, frustriert über die harschen Einwanderungsgesetze und den Rassismus. Sie betrachten die ehemalige Kolonialmacht als »einen alten Onkel, den man vermeidet und von dem man nichts mehr erwartet«. Das Resümee, das Glaser aus seiner stellenweise sehr polemischen Darlegung französischer Besserwisserei und Ignoranz zieht, bleibt freilich blass: Von Afrika lernen! Schön und gut, aber was und zu welchem Zweck?

Noch einmal um die Verfehlungen von Entwicklungszusammenarbeit geht es in dem lesenswerten Sammelband von Tobias Hagman und Filip Reyntjens, der sich der Frage widmet, wie stark Hilfgelder dazu dienen, autoritäre Regime in Afrika zu stützen. Die Autoren zeigen anhand instruktiver Fallstudien auf, wie größere Geber in den vergangenen Jahren ihr früheres Engagement für politische Reformen zunehmend auf dem Altar von Produktivitäts- und Wachstumszielen geopfert haben. Nicolas van der Walle spricht in seinem Beitrag gar von einer »Demokratiemüdigkeit« in Afrika und unterstreicht, dass wirtschaftliches Wachstum und demokratische Transition keineswegs Hand in Hand gehen.

Afrikas vermeintliche Verwandlung vom Krisen- zum Hoffnungskontinent vollzieht sich jedenfalls auf höchst widersprüchliche Weise, ein Prozess, den es weiter sorgfältig zu analysieren gilt.

Hans Stoisser: Der schwarze Tiger. Was wir von Afrika lernen können. Kösel, München 2015, 208 S., 17,99 €. – *Alex Perry: In Afrika: Reise in die Zukunft. S. Fischer,*

Frankfurt/M. 2016, 544 S., 24,99 €. – Antoine Glaser: *Arrogant comme un Français en Afrique*. Fayard, Paris 2016, 192 S., 17 €. – Tobias Hagman/Filip Reyntjens (Hrsg.): *Aid and Authoritarianism in Africa. Development without Democracy*. Zed Books, London 2016, 204 S., \$ 39.95.



Andreas Eckert

ist Professor für die Geschichte Afrikas an der Humboldt Universität Berlin und Direktor des Internationalen Geisteswissenschaftlichen Kollegs »Arbeit und Lebenslauf in globalhistorischer Perspektive.«

andreas.eckert@asa.hu-berlin.de

Kristina Volke

Kultur, mir grauts vor Dir!

Über Kulturbegriff und -politik der AfD

Zwei Tage nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt schaltete das Kunstmagazin *art* auf seiner Homepage unter der Überschrift »Kunst im Propaganda-Check« einen Artikel, in dem die Autoren »sechs der bekanntesten deutschen Kunstwerke aus den letzten Jahrzehnten« vorstellten. So sollte die im Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt postulierte Forderung, deutsche Kulturinstitutionen müssten einen positiven Deutschlandbezug fördern, an den Werken Hans Haackes, Jonathan Meeses, Lucas Cranachs und anderer Künstler durchexerziert werden. Das Ergebnis ist ausgesprochen amüsant, denn die Autoren geben bei all jenen Werken, die offensichtlich nicht ganz dem postulierten Ansinnen entsprechen konnten, Empfehlungen, wie die besprochenen Kunstwerke im Sinne der AfD abzuwandeln wären. Während Meeses performative Provokationen mit Hitlergruß und Reichsadlerstaffette nur als etwas zu vordergründig selbst für die AfD-Zensoren angesehen werden würden, empfiehlt man bei Haackes Installation, die auf die kaiserliche Inschrift »Dem Deutschen Volke« am Westgiebel des Reichstagsgebäudes mit der auf dem Boden liegenden Widmung »Der Bevölkerung« reagiert: »Gar nicht so schlecht, aber bei der Formulierung müsste man nachbessern. ›Bevölkerung‹ – das ist so unspezifisch. Da könnte ja jeder kommen. Ganz klar: Verdacht auf Durchmischung! Deutsch ist nur, wo auch deutsch drauf steht. Also: ›Dem Deutschen Volke‹, so wie die wunderschöne Inschrift von 1916 auf dem Westportal unseres Reichstags. Oder in seiner etwas zeitgemäßer Version: ›Wir sind das (deutsche) Volk!‹«

Angesichts der Wahlergebnisse, die nun eine erhebliche Anzahl von AfD-Politikern in die Ausschüsse der Parlamente befördern, kann das Lachen allerdings nur im Halse stecken bleiben. Denn was wäre, wenn wahr wird, was hier noch als Witz daherkommt?

Schon zwei Wochen vor der Freischaltung des Artikels hatte die Kulturkonferenz Sachsen-Anhalt einen Appell veröffentlicht, in dem der als Verein agierende Zusammenschluss aller wichtigen Kulturinstitutionen des Landes aktiv vor der Wahl der

AfD gewarnt hatte. Kernpunkt der Befürchtungen war dabei das kulturpolitische Kapitel des Landesprogramms, das mit den Abschnitten »Pflege der deutschen Leitkultur«, »Identitätsstiftende Kulturpflege statt nichtssagender Unterhaltung!«, »Mehr Geld für Kultur!« und »Kleine Einrichtungen fördern!« vier Imperative in die Welt setzte, die trotz oder vielleicht sogar wegen ihrer Kürze und oberflächlichen Argumentation mehr als deutlich machten, dass die Kultur nach Meinung der AfD nur Mittel zum Zweck ist, um übergeordnete Ziele zu erreichen.

Tatsächlich wartet die AfD weder in Sachsen-Anhalt noch in anderen Ländern mit einem ausgefeilten kulturpolitischen Programm auf, von dem sich konkrete Ziele oder gar angestrebte Maßnahmen im Falle einer Regierungsbeteiligung ableiten würden. Vielmehr ist es der allen Programmen zugrundeliegende Sound, der vor allem durch Zuschreibungen von »unser«, »eigen« oder »fremd« entsteht, ohne dass deren Inhalte an irgendeiner Stelle näher beschrieben wären, in dem sich das eigentliche Kulturverständnis vage kristallisiert. Die AfD überzieht tatsächlich jedes Politikfeld mit Begriffen aus der Kultur: In der Familienpolitik geht es ihr etwa um die »Kultur des Lebens« (Wahlprogramm Baden-Württemberg: »Die AfD steht für eine Kultur des Lebens. Wir fordern, dass bei der Schwangerschaftskonfliktberatung geltendes Verfassungsrecht umgesetzt wird, damit das Ziel dieser Beratung Hilfe für die Schwangere statt Abtreibung ist.«) oder um »Willkommenskultur« (»Wir fordern eine Willkommenskultur für den Nachwuchs der einheimischen Bevölkerung«, Wahlprogramm Sachsen-Anhalt), in der Wirtschaftspolitik um »Bleibekultur« (»Für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg gilt es, eine Startup- und Bleibekultur für Klein-, Mittelstands- und Großunternehmen zu schaffen, die Unternehmer, Investoren und Arbeitnehmer gleichermaßen überzeugt und begeistert«), in der Landwirtschaft um die »Kulturlandschaften«, ganz allgemein um »kulturelle Prägungen« oder das Negativszenario eines »kulturellen Ruins« (»Heute präsentiert sich die AfD als die einzige wirkliche Opposition gegen eine den Bürgern als »alternativlos« verkaufte Politik der Altparteien, die unser schönes Land in den ökonomischen und kulturellen Ruin zu treiben droht.«, Präambel Wahlprogramm Baden-Württemberg).

Als Grund für diese Kulturlastigkeit kann man jedoch keine besondere Affinität zu den kulturellen Akteuren und Institutionen dieses Landes erkennen, sondern vielmehr eine – historisch äußerst belastete – Funktionalisierung von »Kultur« als diffuser Sammelbegriff für Werte und Ideale, denen sich die AfD verpflichtet fühlt, und die in ihrer Gesamtheit als Modell dafür herhalten sollen, was der Partei lieb und teuer ist und gegen alle Angriffe von außen verteidigt werden muss. Der verwendete Terminus ist dabei die »deutsche Leitkultur«, »die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speist: erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden, und drittens dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt. Gemeinsam liegen diese Traditionen nicht nur unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zugrunde, sondern prägen auch den alltäglichen Umgang der Menschen miteinander, das Verhältnis der Geschlechter und das Verhalten der Eltern gegenüber ihren Kindern« (AfD-Grundsatzprogramm).

Folgerichtig findet sich im Teil »Kultur, Sprache und Identität« des Grundsatz-

programms auch ein eigenes Unterkapitel zum Islam. Zusammengefasst wäre dieser in etwa mit dem Satz: Der gute Deutsche ist Christ oder teilt zumindest die christlichen Werte, lebt als heterosexuell orientierter Mensch in staatlich legitimierten Familienverbänden und spricht akzentfrei Deutsch. Man könnte nun ironisch auf die öffentlich wahrnehmbaren Vertreter der AfD schauen, die diesem Bild selbst nicht lückenlos entsprechen. Dieser Spaß vergeht einem aber ob der Brisanz eines eitlen, von eigener kultureller Überlegenheit geprägten Selbstverständnisses. Dieses leugnet nicht nur die Vielgestaltigkeit gelebter Kultur in Deutschland, sondern auch – und dies gilt es mit Schärfe auszusprechen – die NS-Verbrechen, die auch von der »deutschen Kultur« bzw. unter vermeintlicher Legitimierung durch diese begangen wurden. Die AfD deklariert diese als völlig überholte Referenzen und Bezugspunkte für heutiges politisches Handeln: »Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst« (AfD-Grundsatzprogramm).

Vor diesem Hintergrund könnte die kulturpolitische Programmatik der AfD besonders interessant werden – denn hier müssten sich nun folgerichtig die konkreten, an der kulturellen Infrastruktur ausgerichteten strategischen Ansätze und Weichenstellungen finden, um diesen Kulturbegriff umzusetzen. Doch weit gefehlt. Im Grundsatzprogramm formuliert die AfD vier Themen, die – bewusst oder unbewusst – die klassischen Themen der Kulturpolitik außen vor lassen und ganz grundsätzlich neue Schwerpunkte setzen: die Förderung der deutschen Sprache im In- und Ausland als Kernelement der deutschen Kultur, die Reduktion öffentlicher Kulturförderung auf ein Minimum, die Quasiabschaffung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten durch Abschaffung der Staatsverträge und – bei weitem am ausführlichsten – der Umgang mit dem Islam inklusive Finanzierungsverbot von Moscheen und Verschleierungsverbot für Frauen, deren Durchsetzung offensichtlich als kulturpolitische Aufgabe verortet werden.

Klassische kulturpolitische Themen und Begrifflichkeiten fehlen hingegen so gut wie ganz. Erinnerungskultur wird im Grundsatzprogramm in einem Satz (siehe oben) abgehandelt, die einzelnen Gattungen oder Institutionen bleiben ganz außen vor, Themen wie Digitalisierung oder Kulturwirtschaft fehlen, kulturelle Bildung wird nicht erwähnt – außer man zählt das Bildungskapitel »Tugenden vermitteln!« Sachsen-Anhalts dazu (»Neben grundlegenden Kulturtechniken müssen deshalb ebenso die klassisch preußischen Tugenden Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß und Pflichtbewusstsein vermittelt werden. Um solche Tugenden zu vermitteln, bedarf es Autorität, weshalb die Stellung des Lehrers auch und gerade schulrechtlich zu stärken ist.«). Überhaupt ist das Bildungskapitel der Ort, in dem in Sachsen-Anhalt die Kulturpolitik subsumiert wird. In anderen Landeswahlprogrammen wie etwa in Baden-Württemberg fehlt Kulturpolitik ganz.

Es gibt mehrere Möglichkeiten, dies zu bewerten. Die einfachste wäre, dies mit politischer Unerfahrenheit und der Unkenntnis konkreter kulturpolitischer Themen abzutun, doch wäre das ob der Dominanz der kulturellen Begrifflichkeiten wohl vorschnell geurteilt. Schaut man etwa nach Dresden, einer Hochburg von Pegida und

AfD, liegt viel eher der Gedanke nahe, dass die AfD ein handfestes Problem mit den Museen und Bühnen und überhaupt den kulturellen Institutionen des Landes hat, denn sie sind ein Hort der kulturbürgerlichen Selbstfindung und Selbstbestimmung. Während in Dresden die Anhänger der Pegida demonstrieren, geht in der Semperoper aus Protest das Licht aus. Während die Unzufriedenen auf der Straße nach Alternativen schreien und die amtierenden Politiker an den Galgen wünschen, sieht man auf der Bühne des Schauspielhauses Volker Löschs Inszenierung »Graf Öderland« nach Max Frisch, »ein Stück, das den Aufstand der Konservativen unter einem charismatischen Führer zum Thema hat«, wie *DIE ZEIT* im November 2015 mit Blick auf die Parallelen zum aktuellen Stand in der sächsischen Landeshauptstadt berichtete. Nicht nur in Dresden, auch in Halle, Weimar, Erfurt, Rostock und vielen anderen Orten, in denen die AfD besonders erfolgreich ist – also vor allem in den neuen Ländern – sind es gerade die Institutionen der Hoch- und Breitenkultur, in denen gesellschaftliche Diskurse gesucht und geführt werden. Kultur ist hier ein Gesprächs- und Verhandlungsraum und eine alternative, streitbare Öffentlichkeit. Das war schon zu DDR-Zeiten so, nur dass die Kulturakteure aus anderen Gründen misstrauisch beäugt wurden und durch direkte politische Einflussnahme kontrolliert und funktionalisiert werden sollten. Die DDR-Funktionäre forderten zwar keine deutsche Leitkultur, aber eine sozialistische Kultur, die dem Staat dienen und ihm zu einem besseren Ansehen im In- und Ausland verhelfen sollte. Das Bürgerliche und mit ihm die Freiheit der Kunst waren verpönt und galten als hochnäsiger und elitär. Auch bei der AfD drängt sich das Gefühl auf, dass der größte Motor für die Sehnsucht nach einer »deutschen Leitkultur« die Weltsicht des kleinen Mannes ist, dem die Welt längst zu groß und kompliziert geworden ist und der deswegen nach einem autoritären Staat ruft, der die Dämonen mit der Knute bändigt. Kultur ist dafür ein gutes rhetorisches Mittel, denn es lässt sich beliebig positiv oder negativ aufladen und ist nicht an Zahlen oder Statistiken zu messen. Die Tatsache, dass in den Kulturausschüssen der Länder nun zahlreiche Politiker sitzen, die mit einem handfesten politischen Interesse an Kultur den diffusen Forderungen ihrer Partei nach eigener Auslegung Rechnung tragen wollen, muss einen das Fürchten lehren.



Kristina Volke

ist Kunst- und Kulturwissenschaftlerin. Neben ihrer hauptberuflichen Tätigkeit als Kuratorin in der Kunstsammlung des Deutschen Bundestages forscht und publiziert sie zu kulturpolitischen Fragestellungen. Zuletzt herausgegeben: *Intervention Kultur* (VS Verlag) und *Zukunft erfinden* (Ch. Links).

Johano Strasser

Kultur, Kultur...

Nehmen wir an, Sie befinden sich auf einer größeren Gesellschaft in München. Oder in Hamburg-Eppendorf oder Düsseldorf-Oberkassel oder – warum nicht? – in Berlin-Prenzlauer Berg. Plötzlich fällt irgendwo in Ihrer Nähe der Name eines bekannten

Schriftstellers, Filmregisseurs oder Malers. Sagen wir, es ist der Name des Schriftstellers X. Sofort entsteht eine lebhafte Diskussion, zu der ausnahmslos alle Anwesenden etwas beizutragen haben, und sei es nur durch heftiges zustimmendes Nicken oder missbilligendes Stirnrunzeln.

Alle, so scheint es, haben alles von X gelesen, kennen seine Affären mit Y und Z und können dem Sinn oder gar dem Wortlaut nach zitieren, was der Kritiker A im Feuilleton über X geschrieben hat, dass nämlich nur seinen frühesten Arbeiten eine gewisse literarische Qualität zukomme, während die späteren sämtlich vernachlässigbar seien. Natürlich wissen alle auch, dass der Kritiker B in einer Talkshow kürzlich genau das Gegenteil behauptet hat: Bis zum heutigen Tag könne kein Jüngerer X das Wasser reichen, was insbesondere dessen letzter Roman beweise.

Alle können mitreden. Nur Sie nicht. Sie sind nämlich erst vor ein paar Tagen von einer Auslandsreise nach Deutschland zurückgekehrt. Woher sollen Sie also wissen, dass seit einer Woche auf allen wichtigen Gesellschaften über nichts anderes gesprochen wird als über X, den Sie allenfalls dem Namen nach kennen? Sie haben die Feuilletons der Tageszeitungen nicht gelesen, in denen seit ebenfalls genau einer Woche die Kontroverse um X tobt. Außerdem haben Sie die dreistündige Sendung *X im Kontext der deutschen Nachkriegsliteratur* auf Arte verpasst. Weil Sie da noch im Ausland waren oder weil sie immer noch nicht verkabelt sind und auch keine Schüssel haben und sich deswegen mit fünf Fernsehprogrammen begnügen müssen. Noch dazu mit den falschen, wie Ihnen jetzt klar wird.

Nun ist das alles aber kein Grund zu verzagen. Denn mitreden können Sie auch, wenn Sie von alldem keine Ahnung haben. Beginnen Sie einfach damit, dass Sie ein mildes, aber wissendes Lächeln aufsetzen, während Sie die Ohren spitzen, um mitzubekommen, worum es geht. Wenn dann nach einer Weile eine Dame das Wort an Sie richtet – »Was sagen Sie dazu, dass A im Feuilleton der ...« –, dann machen Sie am besten eine wegwerfende Handbewegung und murmeln: »Ach, wissen Sie, dieser A ...« Mehr nicht, vielleicht noch ein Achselzucken hinterhergeschickt, das genügt, um Ihnen die Aura der Kompetenz zu sichern.

Ach, wissen Sie, diese Kritiker ...

Wenn Sie nicht sicher sind, den Namen von A richtig verstanden zu haben, empfiehlt es sich zu sagen: »Ach, wissen Sie, diese Kritiker ...« In jedem Fall wird man Ihnen von nun an mit wachsamer Hochachtung begegnen, weil Ihre Meinungsäußerung, die streng genommen gar keine ist, in Ihrem Gesprächspartner den schmerzlichen Verdacht auslöst, vielleicht doch zu ernst genommen zu haben, was bei Licht betrachtet eine eher belanglose oder törichte Bemerkung war. Damit haben Sie sogleich die Oberhand gewonnen, sodass Sie von nun an in die Offensive gehen können.

Indem Sie z.B. ganz nebenbei bemerken, dass diese ganze Kontroverse um X, genau besehen, doch schon wieder Schnee von gestern sei. Dabei könnten Sie vielleicht durchblicken lassen, dass Sie kürzlich im Ausland waren, wo längst über ganz andere Dinge gestritten werde. Das trifft hier immer ins Herz, denn nichts plagt die gebildeten Deutschen mehr als die Angst, der Diskursstandort Deutschland könnte sich im internationalen Vergleich als drittklassig erweisen. Oder Sie deuten an, dass es bei der

Kontroverse um X im Grunde um etwas ganz anderes gehe. Worum es wirklich geht, verraten Sie natürlich nicht. Sie setzen einfach Ihr wissendes Lächeln auf und schlendern weiter zu einer anderen Gästegruppe. Während Sie so von Gruppe zu Gruppe wandern, immer das gewisse Lächeln auf Ihrem Gesicht, kann Ihnen nicht entgehen, dass Ihnen immer häufiger neugierige Blicke folgen. Vielleicht bemerken Sie sogar, dass hier und dort über Sie getuschelt wird. Und wenn jetzt, womit durchaus zu rechnen ist, ein junger Mann an Sie herantritt, Ihnen verschwörerisch zuzwinkert und sagt: »Sie scheinen von der ganzen Aufregung um X nicht viel zu halten«, dann können Sie genüsslich zum Todesstoß ausholen: »Ein bisschen provinziell das Ganze, finden Sie nicht?«

Provinziell! Ein schrecklicheres Verdikt ist in dieser Gesellschaft gar nicht denkbar. Sie sehen geradezu, wie dem jungen Mann vor lauter Grauen Wonnenschauer den Rücken hinunterlaufen. Jetzt scharrt er mit den Hufen. Halten Sie ihn nicht auf. Lassen Sie sich nicht zu weiteren Erklärungen herab. Geben Sie ihm die Chance, die Botschaft in die Welt hinauszutragen. Jetzt gleich. Frisch wirkt sie am besten.

Sie selbst sollten sich jetzt tunlichst anderen Themen zuwenden, oder Sie sagen überhaupt nichts mehr, sondern schlendern gedankenverloren durch die Menge, betrachten hier und da eines der Bilder, die an den Wänden hängen, ergreifen ein Buch, blättern versonnen darin. Im Grunde können Sie auch gehen. Alles, was Sie jetzt noch sagen oder tun, kann Ihren Ruf nicht mehr erhöhen. Es sei denn, Sie möchten ausprobieren, wie Ihre neugewonnene Ausstrahlung auf die anwesenden Damen wirkt.

Auf die Gastgeberin zum Beispiel, die aus den Augenwinkeln beobachtet hat, dass Sie im Begriff sind zu gehen, und Ihnen nun den Weg abschneidet. »Entschuldigen Sie, Herr...« Sie drehen sich um, nennen Ihren Namen. Höflich, zurückhaltend, aber durchaus in einem Ton, der anzeigt, dass Sie es gewöhnt sind, dass man Ihren Namen kennt.

»Ach ja ... natürlich ...« Sie macht eine Handbewegung, die signalisieren soll, dass die Frage nach Ihrem Namen nur einer momentanen Vergesslichkeit geschuldet ist. »Es freut mich, Sie endlich einmal persönlich kennenzulernen.«

Natürlich hat Sie nicht die leiseste Ahnung, wer Sie sind. Aber das wird sie um keinen Preis zugeben. Stattdessen fragt sie: »Sie wollen doch nicht etwa schon gehen?«

Und Sie daraufhin, lächelnd, mit einer kleinen koketten Entsagungsgeste: »Ich muss. Leider. Ich habe noch eine wichtige Verabredung. Auf Wiedersehen.«

Und jetzt achten Sie bitte darauf, wie sie »Auf Wiedersehen!« sagt. In Gedanken setzt Sie Ihren Namen schon auf die Einladungsliste für das Diner am kommenden Donnerstag. Kleiner erlesener Kreis, Wissenschaftler, Künstler, Kritiker, die Leute halt, die man einlädt, wenn man einer kultivierten und weltläufigen Person wie Ihnen Eindruck machen will. Ich bin sicher, Sie werden, wenn Sie sich entschließen sollten, die Einladung anzunehmen, Ihrem Ruf gerecht werden. So kultiviert, wie Sie sind, so belesen und urteilssicher.



Johano Strasser

ist Politologe, Publizist und Schriftsteller und war von 2002 bis 2013 Präsident des PEN-Zentrums Deutschland. Zuletzt ist im Verlag J.H.W. Dietz Nachf. erschienen: *Das Drama des Fortschritts*.

johano.strasser@t-online.de

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Kurt Beck, Sigmar Gabriel, Klaus Harpprecht, Jürgen Kocka, Thomas Meyer und Bascha Mika

Redaktion

Thomas Meyer (Chefredakteur und verantwortlich), Jana Heisel, Hanjo Kesting, Dirk Kohn, Klaus-Jürgen Scherer, Clemens Kind (Internet), Janna Schneider (Praktikantin)

Redaktionsberater

Peter Brandt, Johano Strasser

Anschrift Redaktion

Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin, T (030) 26935 7151, -52, -53
F (030) 26935 9238, www.ng-fh.de, ng-fh@fes.de

Redaktionsbeirat

Frank Benseler, Jürgen Burckhardt, Eckhard Fuhr, Susanne Gaschke, Gerhard Hofmann, Richard Meng, Wolfgang Merkel, Siegmars Mosdorf, Herfried Münkler, Karin Priester, Karsten Rudolph, Hans-Joachim Schabedoth, Thorsten Schäfer-Gümbel, Wolfgang Thierse, Volker Ullrich, Heidemarie Wiczorek-Zeul und Christoph Zöpel

Verlag

Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH, Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn,
T (0228) 184877-0, F (0228) 234104, www.dietz-verlag.de
Geschäftsführer: Michael Dauderstädt, Amtsgericht Bonn HRB 887,
Umsatzsteueridentifikationsnummer gemäß § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE 122118114

Bezugsbedingungen

Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag.
Vertrieb: Heidemarie Pankratz (heidemarie.pankratz@dietz-verlag.de)
Die NG/FH erscheint zehnmal im Jahr (Heft 1+2 und 7+8 als Doppelheft).
ISSN 0177-6738.
Einzelheft: € 5,50; Doppelheft: € 10,80 (zzgl. Versand); Jahresabonnement: € 50,60 (frei Haus). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt (Lieferende mit Heft 12). In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.

Anzeigen

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1.1.2015, Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH
Flora Frank (flora.frank@dietz-verlag.de)

Gestaltungskonzept

tiff.any GmbH, Berlin

Satz, Lithografie, Druck und Verarbeitung

Limberg Druck GmbH, Kaarst

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.